
Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter

Investieren in Familien - Investition in die Zukunft

Pressemitteilung 26032002

Landesjugendämter begrüßen Bundesinitiative für Kindergärten

Berlin./Köln. Bundeskanzler Schröder und Bundesfamilienministerin Bergmann haben sich für mehr Familienunterstützung stark gemacht. Es soll mehr Kindergeld, mehr Familienleistungsausgleich, mehr Tageseinrichtungen für Kinder geben.

Dieses Ziel kann und muss nach Meinung der Landesjugendämter - unabhängig vom Wahlkampf - breit unterstützt werden. Vor allem der Ausbau von Krippenplätzen für unter 3jährige, Ganztagsplätzen mit Über-Mittag-Betreuung und die Forcierung von Betriebskindergärten gehören raus aus dem politischen Schattendasein.

Der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, Markus Schnapka erklärte dazu in Köln, die Kindergärten seien „ein Pfund deutscher Infrastruktur“, mit dem sich in positivem Sinne wuchern lasse. In einem großen Kraftaufwand sei es gelungen, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3- bis 6-jährige Kinder zu verwirklichen - aber es fehlten Krippenplätze für unter 3jährige und es mangle an Ganztagsbetreuung, vor allem für Schulkinder.

Wie die BAG mitteilt, ist es zwar nach Bundesgesetz vor allem Aufgabe der Kommunen, den Erhalt und den Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu leisten. Doch die Kommunen sind bekanntlich längst an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt - ihnen diesen Ausbau aufzubürden hieße, sie zu überfordern.

Das Ziel der Leistungsverbesserung bei der Kinderbetreuung hat nur dann eine reale Chance, wenn der Bund auch finanziell die Initiative ergreift. Der Appell des Kanzlers an seinen Finanzminister geht deshalb in die richtige Richtung: Die gezielte Investition in den Kindergarten mit Bundesmitteln, ohne allerdings die kommunalpolitische Autonomie anzutasten.

Markus Schnapka, im Hauptamt Leiter des Landesjugendamtes im Landschaftsverband Rheinland, unterstreicht die neue Rolle, die der Bund beim Ausbau der sozialen Infrastruktur in Deutschland übernimmt:

„Kindergärten sind Standortfaktoren in unseren Kommunen. Angesichts der Tatsache, dass Kinder nicht nur unser wertvollstes, sondern mit dem drastischen Bevölkerungsrückgang der nächsten Jahre auch ein rares Gut sind, hat die frühe Förderung bildungspolitisch, jugendpolitisch und auch strukturpolitisch Priorität. Der Rückgang der Kinderzahlen gibt uns andererseits auch Spielraum, die Leistungen für Familien zu verbessern. Der Bund ist gefordert, die Initiative nun auch finanziell zu ergreifen. Die Förderung in Krippen und Kindergärten sowie die direkte Entlastung von Familien mit Kindern sind die besten und die nachhaltigsten Investitionen in die Zukunft Deutschlands.“

Tab.: Bevölkerungsvorausberechnung ausgewählter Altersgruppen (1998-2010; alte und neue Länder; Angaben in 1.000)				
Angaben jeweils zum 31.12.	Alte Länder		Neue Länder	
	0 bis unter 5 Jahren	6 bis unter 10 Jahren	0 bis unter 5 Jahren	6 bis unter 10 Jahren
1998	3 470,6	3 758,7	467,8	653,5
1999	3 426,7	3 716,0	492,0	546,5
2000	3 376,3	3 633,6	513,7	457,8
2001	3 288,6	3 590,1	529,3	443,5
2002	3 177,2	3 565,3	541,1	454,3
2003	3 089,9	3 511,6	552,1	477,0
2004	3 004,6	3 469,8	564,9	502,3
2005	2 924,3	3 421,5	578,8	524,7
2006	2 850,8	3 334,6	591,2	540,5
2007	2 787,0	3 223,1	602,5	552,5
2008	2 734,2	3 134,9	612,7	563,4
2009	2 693,0	3 048,5	621,2	576,2
2010	2 662,3	2 966,2	627,1	589,9
<i>Indexentwicklung (Index: 31.12.1998 = 100)</i>				
1998	100,0	100,0	100,0	100,0
1999	98,7	98,9	105,2	83,6
2000	97,3	96,7	109,8	70,1
2001	94,8	95,5	113,1	67,9
2002	91,5	94,9	115,7	69,5
2003	89,0	93,4	118,0	73,0
2004	86,6	92,3	120,8	76,9
2005	84,3	91,0	123,7	80,3
2006	82,1	88,7	126,4	82,7
2007	80,3	85,7	128,8	84,5
2008	78,8	83,4	131,0	86,2
2009	77,6	81,1	132,8	88,2
2010	76,7	78,9	134,1	90,3
<i>Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschland bis 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2000; eigene Berechnungen</i>				
				© Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Hans Meyer

PISA 2000: Fragestellungen für Jugendhilfe und Schule Überblick über Positionen und aktuelle Diskussionsstränge

Schwerpunktthema der JugendamtsleiterInnen-Tagung NRW 2002 am 19. und 20. März 2002 in Münster war PISA. Frau Dr. Birgit Holler-Nowitzki, Bielefeld, eröffnete die Veranstaltung mit dem Vortrag „PISA 2000: Konzeption der OECD-Studie und zentrale Ergebnisse“. Der Leiter des Landesjugendamtes und der Westfälischen Schulen, Herr Landesrat Meyer, formulierte anschließend die Position der Jugendhilfe.

Sehr geehrte Frau Dr. Holler – Nowitzki,
Ihnen zunächst einmal recht herzlichen Dank für Ihre ausgesprochen interessante und informative Vorstellung der Ergebnisse der PISA-Studie.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,
ich denke, dass diese umfassende Information zu den Inhalten, Bewertungen und Aussagen der Studie für unsere Tagung unbedingt erforderlich war, um die Verantwortung und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendhilfe an einer Verbesserung der Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen in den kommenden beiden Tagen diskutieren zu können, und zwar losgelöst von der Hektik und den Schnellschüssen selbsternannter Bildungsexperten, an ihrer Spitze der Arbeitgeberpräsident.

Dessen sogenanntes 5-Punkte-Programm, in dem u. a. die Abschaffung der "Kuschelpädagogik", Verzicht auf mehr als 50 % des Lehrstoffes, regelmäßige Leistungstests in Grundschulen und die Verkürzung der Schulzeit gefordert werden, mag zwar - ich bezweifle dies allerdings - die von der Wirtschaft gewünschten Arbeitskräfte produzieren, nicht aber die Menschen, die unsere Gesellschaft für ihre Fortentwicklung und ihr Bestehen tatsächlich braucht, nämlich kritische, selbstbewusste, selbständig und wertorientiert denkende Menschen.

Es wird höchste Zeit meine Damen und Herren, dass diese Entschiedenheitsprotzereien endlich bei Seite gelegt werden.

Denn nach meinem Dafürhalten könnte gerade die kurzatmige Rechthaberei in Politik, Journalistik und Wissenschaft zu den wesentlichen Gründen des schwachen Abschneidens deutscher Schülerinnen und Schüler gehören.

Ich denke es ist höchste Zeit, zunächst einmal wieder gründlich zuzuhören und nachzudenken, denn komplexe Sachverhalte brauchen Übersicht und Konstanz, wenn man sie nachhaltig verändern will.

Lassen Sie mich zunächst jetzt kurz auf die Frage eingehen, warum sich Jugendhilfe überhaupt mit PISA zu beschäftigen hat.

Man könnte sich durchaus auf den Standpunkt stellen, so liest und hört man ja auch, dass PISA ausschließlich Defizite der Schule aufdeckt; Jugendhilfe also nicht betroffen ist.

Für diese Aussage spricht sicherlich zunächst einmal, dass PISA keine Bildungsverläufe von Jugendlichen aufzeigt, keinen umfassenden Intelligenztest darstellt, sondern vielmehr die aktuellen Lösungskompetenzen von 15jährigen überprüft und bewertet hat.

Die Studie gibt auch keine Informationen dazu, inwieweit die heute 15jährigen vor 10 - 12 Jahren tatsächlich eine Kindertageseinrichtung oder aktuelle Jugendhilfeeinrichtungen besucht haben.

Die daher häufig zu hörende Aussage, Diskussionen über die Qualität von Kindertageseinrichtungen sollen nur von den Defiziten und dem Versagen der Schule ablenken, ist daher auf den ersten Blick nachvollziehbar.

Ich denke aber meine Damen und Herren, dass eine solche Haltung für uns nicht richtig sein kann, denn PISA mit seinen Ergebnissen betrifft auch Kernfelder der Jugendhilfe.

So ging es nicht, wie uns heute auch vermittelt wurde, um die Frage allgemeiner Bildung, sondern vor allem um die Feststellung von Lösungskompetenzen und damit vor allem um die Feststellung von Lebenstüchtigkeit.

Und wenn dazu nun festgestellt wird, dass ca. 25 % der 15jährigen den Anforderungen an Beruf, Familie und Gesellschaft nicht gewachsen sind - in der Shell-Studie ist im übrigen von einem Drittel die Rede - dann betrifft dies selbstverständlich auch die Jugendhilfe.

Dies umso mehr als PISA auch eindeutig feststellt, dass in keinem Land Europas der Einfluss des sozialen Milieus auf die Schulleistungen so groß ist, wie in Deutschland.

Um es auf den Punkt zu bringen:

Unser Bildungssystem bietet keine Chancengleichheit; im Gegenteil es verstärkt die sozialen Unterschiede, nirgendwo haben es Schüler aus unteren sozialen Schichten so schwer ihre geistigen Fähigkeiten zu entfalten, wie in der Bundesrepublik.

Auf den Zusammenhang von mangelnder Bildung, fehlenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Kriminalität brauche ich in diesem Kreis nicht besonders hinzuweisen.

Lebenstüchtigkeit, soziale Ungerechtigkeit und Chancenlosigkeit in unserer Gesellschaft aber sind Begriffe, mit denen die Jugendhilfe schon seit Jahren arbeitet, leider zum großen Teil nur als "Reparaturbetrieb".

Wir sollten daher die Chance, die auch PISA der Jugendhilfe gibt, unbedingt nutzen und nicht in Abwarte- und Abwehrhaltung verharren nach dem Motto: "Wir haben doch alles richtig gemacht".

Vielmehr sollten wir unsere Aufgabe darin sehen, nunmehr gemeinsam mit der Schule dafür Sorge zu tragen, dass Forderungen nach Vermittlung von Lernkompetenz und Lebendstüchtigkeit sowie sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit auch tatsächlich umgesetzt werden.

Ich bin sicher, dazu kann Jugendhilfe aufgrund ihrer Erfahrung und herausragenden Kompetenz eine ganze Menge beitragen.

Dies bedeutet aber auch, dass wir uns selbstverständlich kritisch mit den Bereichen auseinander zu setzen haben, für die wir verantwortlich sind.

Ich denke hier vor allem an die Tageseinrichtungen für Kinder, die Familienbildung und die Jugendarbeit.

Lassen Sie mich zunächst auf die Kindertageseinrichtungen eingehen, die zwar unmittelbar nicht überprüft wurden, denen aber unbestritten eine besondere Rolle in der Bildungsdiskussion zukommt.

Dazu zunächst ein Zitat aus der Wochenzeitschrift "Die Zeit".

Ich zitiere:

"Die Kindergärten bereiten die Kinder unzureichend auf die Schule und das Leben vor. Im Kindergarten wird nicht gelernt, sondern nur gespielt. Eine Studie belegt, dass 2/3 der Kindergartengruppen mittelmäßige Arbeit abliefern. Es fehlen vernünftige Gespräche zwischen Kindern und Erziehern; gemeinsame Spiele oder künstlerische Anregungen kommen zu kurz. Die Auswirkungen: viele Kinder haben Probleme, ihre Sprachfähigkeit zu entwickeln."

Soweit das Zitat aus "Der Zeit".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicherlich starker Tobak diese Aussage.

Sie ist nach Erkenntnissen der Landesjugendämter weit überzogen und trifft in den meisten Fällen auf die Arbeit der Erzieherinnen nicht zu.

Sie sollte uns aber zumindest Anlass geben, durchaus auch einmal kritisch die Arbeit in den Tageseinrichtungen zu beleuchten.

Positiv festgehalten werden kann, dass der Betreuungsanspruch, der sich aus dem GTK ergibt, mit der Realisierung des Rechtsanspruches weitgehend erfüllt ist.

Wie aber sieht es mit dem Bildungsanspruch aus, der ja gleichfalls verbindlich eingeführt ist.

Hier gibt es nach meinem Dafürhalten doch noch einige Defizite.

So ist festzustellen, dass zumindest ein Teil der Tageseinrichtungen nicht über ausreichende pädagogische Konzepte verfügt.

Welche Folgerungen und Notwendigkeiten sich daraus ergeben, darauf möchte ich gleich eingehen.

Lassen Sie mich aber zunächst festhalten, dass wir als Jugendhilfe ganz entschieden gegen eine Verschulung der Bildung im Kindergarten Stellung beziehen sollten.

Dies kann und darf nicht der Auftrag des Kindergartens sein.

Ich bin sicher eine solche Lösung würde die durch PISA bereits festgestellten Defizite eher verstärken.

Der Elementarbereich hat einen eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrag ohne Selektion.

Kinder in diesem Alter lernen über Bewegung, sinnliche Wahrnehmungen, Anregungen sowie persönliche und verlässliche Beziehungen zu Erwachsenen.

In den Tageseinrichtungen sind die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen zu legen und zwar nicht durch formelle Wissensvermittlung, sondern durch Entwicklung der Persönlichkeit, von sozialem Lernen und sozialem Verhalten, Vermittlung von Lösungskompetenzen und –strategien, von Sprachkompetenz sowie Erwerb und Erhalt der Freude am Lernen.

Es genügt aber nicht diese Begriffe nur aufzuzählen, sie müssen auch mit Inhalt gefüllt und es muss sichergestellt werden, dass diese Bildungsziele auch tatsächlich erreicht werden.

Dies bedeutet für mich, dass auch verbindliche pädagogische Konzeptionen in den Kindertageseinrichtungen einzuführen sind, die den Erzieherinnen zur Orientierung und als Leitfaden zur Erreichung der o. g. Ziele dienen.

Dies allein aber wird nicht genügen.

Weiter ist nach meinem Dafürhalten erforderlich die Einführung und der Aufbau eines Qualitätsmanagements dessen wesentlicher Bestandteil eine nachhaltige Erfolgskontrolle sein muss.

Zur Qualität im Kindergarten sollte auch gehören, dass Entwicklungen der Kinder dokumentiert werden und beim Übergang zur Schule der Entwicklungsstand gegebenenfalls in einem verpflichtenden Gespräch zwischen Eltern , Tageseinrichtung und Schule festgehalten wird.

Ich weiß, dass diese Forderungen nicht nur auf Begeisterung stoßen werden.

Ich denke aber, dass nur durch solche Qualitätsnachweise in den Kindertageseinrichtungen der Vorwurf der "Kuschelpädagogik" entkräftet und der selbständige Bildungsauftrag deutlich gemacht werden kann.

Was die Zusammenarbeit mit der Schule angeht, so ist diese mit Sicherheit verbesserungsbedürftig.

M.E. sind hier abgestimmte Verfahren erforderlich, die den Umgang miteinander verbindlich regeln.

So sollten Kindergartenkinder im letzten Jahr durch Besuche die Schule von innen kennen lernen, Lehrer sollten die Kinder schon im Kindergarten beobachten können, die Mitwirkung von Erzieherinnen auch in der Schule sollte selbstverständlich sein.

Gemeinsame Gesprächsrunden würden es ermöglichen, auch in der Schule frühzeitig auf die Belange des Kindes einzugehen.

Die Zusammenarbeit bezieht sich aber nicht nur auf die Schule, sondern selbstverständlich auch auf alle anderen Institutionen im Sozialraum, sei es den ASD oder die Erziehungsberatungsstelle.

Die Kindertageseinrichtung muss das Frühwarnsystem in unserer Gesellschaft werden, das die Chance bietet, frühzeitig Defizite festzustellen und entsprechend zu reagieren.

M. E. steht auch hier das Jugendamt in besonderer Verantwortung etwa durch Stadtteilkonferenzen, regelmäßige Besprechungen und Absprachen vor allem aber verbindliche und institutionalisierte Beziehungen aller zu organisieren und aufzubauen.

Mittel- bis langfristiges Ziel könnte das „Haus der Kinder“ sein, das ja insbesondere von meinem Kollegen aus dem Rheinland favorisiert und vorangetrieben wird.

Ein ganz wesentlicher Punkt der PISA-Studie, nämlich die fehlende Sprachkompetenz wurde ja bereits durch das entsprechende Programm des Landes angegangen.

Die Sprachförderung wird insgesamt mit 2 Mio. EURO in 2002 und entsprechender Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2003 unterstützt.

Davon gehen allerdings nur ca. 900000,- Euro zur Bewilligung an die Landesjugendämter.

Der Rest von über 1 Mio Euro wird über die Bezirksregierungen zur Fortführung von Sprachfördermaßnahmen an den Schulen bereit gestellt.

Ich bin mir sicher, dass dieses Angebot in den kommenden Jahren noch erheblich ausgeweitet werden muss.

Im übrigen bin ich der Auffassung, dass sich Spracherziehung und Sprachförderung, die nicht nur für Migrantenkinder zu leisten sind, hervorragend mit dem Bildungsauftrag der Tageseinrichtung verbinden lassen, denn Sprache lernen Kinder am besten über Bewegung, Denken, Sprechen sowie vor allem über verlässliche Beziehungen wie sie gerade in Tageseinrichtungen geboten werden.

Ein Punkt der mir noch von besonderer Bedeutung erscheint ist die Elternarbeit. Hier werden die Erzieherinnen verstärkt tätig werden müssen.

Denn leider ist es sowohl im Kindergarten als auch in der Schule so, dass Elternarbeit in der Regel mittelstandsorientiert ist, d. h. die Eltern, die tatsächlich angesprochen werden müssten, werden häufig nicht erreicht.

Die Einrichtungen werden Aktivitäten und Prozesse entwickeln müssen bei denen die Eltern mehr als heute in die Arbeit einbezogen werden und der Erziehungsauftrag der Eltern zu verdeutlichen ist.

Ich denke hier u.a. an gemeinsames Spielen, gemeinsamen Mittagstisch im Sinne einer Mitnutzung, d.h. nicht arrangiertes sondern normales Miteinander, so dass für Eltern und Erzieherinnen wechselseitiges Lernen und Austausch von Informationen möglich sind.

Erste Ansätze dazu sind ja bereits im Rahmen der Erprobung gemacht worden.

Natürlich werden diese umfangreichen Anforderungen von den Erzieherinnen nur dann bewältigt werden können, wenn die Aus- und Fortbildung und die Rahmenbedingungen erheblich verbessert werden .

Wenn man die Debatte in der Öffentlichkeit verfolgt, geht es immer wieder um die Frage, welche Qualifikationen werden denn zukünftig für die Erzieherinnen erforderlich sein?

Man spricht vom Fachhochschulstudium oder akademischen Graden, dem Bachelor oder dem Master.

Ich halte diese Diskussion für überflüssig und neben der Sache liegend.
Ich meine wir sollten uns zunächst einmal über die Inhalte unterhalten, nämlich das, was wir zukünftig von den Erzieherinnen verlangen.

Dann wird man darüber reden können, welche Qualifikation erforderlich ist.

Gleiches gilt auch bei der Frage, ob denn nun umgehend die Gruppengrößen in den Kindergärten zu reduzieren sind.

Auch hier denke ich sollten wir zunächst einmal darüber nachdenken, wie wir denn tatsächlich den eigenständigen Bildungsauftrag der Tageseinrichtung mit Leben erfüllen, die Qualität sichern und die zu erreichenden Ziele auch nachweisen können.

Erst wenn wir hier klare Antworten haben, stellt sich für mich die Frage der Gruppengröße.

Ich verweise hier auch auf ein Ergebnis der PISA-Studie zur Schule.
Danach ist nicht immer die Größe der Klasse ausschlaggebend für die Lernkompetenz der Schüler, sondern vielmehr der Unterricht selbst.

Für die Tageseinrichtungen gilt entsprechendes.

So gibt es Untersuchungen, die belegen, dass die Qualität einer Einrichtung zu 50% durch die Rahmenbedingungen und zu 50% durch die pädagogische Arbeit bestimmt wird.

Von besonderer Bedeutung für die Tageseinrichtungen ist sicherlich die Absicht der Landesregierung, die offene Ganztagschule einzuführen.

Aus Sicht der Jugendhilfe kann m. E. die Ganztagschule nur begrüßt werden.
Sie darf allerdings nicht zu einer ausschließlichen Betreuung am Nachmittag verkommen.

Um gerade dies zu verhindern vor allem aber um eine zielgenaue Förderung sicherzustellen ist ein Einbringen der Jugendhilfe unerlässlich.

Allerdings, das sage ich hier auch ganz deutlich:

Eine Zusammenarbeit darf nicht unter der Leitung der Schulen laufen.

Dieses System hat offensichtlich versagt und wird auch kurz- bis mittelfristig nicht in der Lage sein die vorhandenen Defizite zu beseitigen.

Denkbar ist nur ein gleichberechtigte Kooperation.

Entsprechend wird die Frage, ob Horte und große altersgemischte Gruppen verzichtbar sind erst zu beantworten sein, wenn die Qualität der Ganztagschule geklärt ist.

Neben den Inhalten wird hier auch von Bedeutung sein, wie zukünftig die Betreuung am späten Nachmittag, in den Ferien und unterrichtsfreien Zeiten gesichert wird.

Wir sollten diese und andere offene Fragen allerdings auch als Chance verstehen und uns frühzeitig an der Diskussion beteiligen.

Ich denke dass gerade bei der offenen Ganztagschule im besonderen Maße die Jugendhilfe gefragt ist, sich mit ihren Erfahrungen einzubringen.

Ich persönlich würde es begrüßen, wenn die Verantwortung der Nachmittagsbetreuung von der Kommunen wahrgenommen würde.

Nur so scheint es mir möglich, örtlich angemessene Regelungen mit allen Beteiligten zu treffen.

Die Federführung könnte etwa bei den Schulverwaltungsämtern und den Jugendämtern liegen.

Allerdings, eines ist klar, dies wird nicht mit den derzeitigen finanziellen Ressourcen möglich sein.

Die Kommunen – und das sind Sie - werden nur bereit sein, sich intensiv in die Betreuung einzubringen, wenn ein voller Finanzausgleich durch das Land gewährleistet ist. Ich denke dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die geplanten Maßnahmen auch greifen.

Bevor ich kurz noch auf weitere Felder der Jugendhilfe und ihre Verzahnung mit Bildung und Schule eingehe, lassen Sie mich noch festhalten, dass der Ruf nach enger Kooperation ja nichts Neues ist.

Wir reden seit vielen Jahren davon, ohne dass wir diesem Ziel trotz vieler guter Projekte, die aber in der Regel nur Einzelmaßnahmen darstellen, wirklich näher gekommen sind.

Wir als Jugendhilfe sollten die Chance die Pisa uns gibt nutzen, um aus der bisherigen Unverbindlichkeit der Zusammenarbeit mit der Schule herauszukommen.

Wir sollten in der Bildungsdebatte selbstbewusst konkrete Ziele und genaue Verfahren sowie Methoden definieren und darauf hinwirken, dass diese in institutionalisierten Kooperationsformen auch wahrgenommen werden.

Für die Jugendarbeit bedeutet dies, dass die dort gewonnenen Erfahrungen in die Umsetzung der offenen Ganztagschule einbezogen werden müssen.

Ferner ist unmissverständlich klar zu machen, dass die Jugendarbeit nach wie vor unverzichtbar ist, und zwar nicht nur weil sie Zeiten abdeckt, die auch von der Ganztagschule nicht erfasst werden, sondern vor allem weil sie der Eindämmung erzieherischer Hilfen dient.

Unsere Aufgabe wird es ferner sein den informellen Bildungsauftrag der Jugendarbeit deutlich zu machen sozusagen als ergänzendes aufbauendes System zur formalen Bildung der Schule.

Um dabei aber glaubhaft zu bleiben werden wir hier allerdings denselben Maßstab anlegen müssen wie bei den Tageseinrichtungen.

Dies bedeutet, dass wir eigenständige Konzepte und Qualitätsbeschreibungen entwickeln müssen, die dem Anspruch einer Schule ergänzenden und darauf aufbauenden Systems i. S. der Vermittlung von Alltagskompetenzen gerecht werden, nach denen die Arbeit zukünftig verstärkt auszurichten und die über Zielvereinbarungen und Erfolgskontrollen abzusichern sind.

Denkbare Arbeitsfelder könnten sein:

- Bereitstellung außerschulischer Lernorte
- Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern bei der persönlichen und schulischen Entwicklung
- Angebote für geschlechtsspezifische Erfahrung, Reflexion und Orientierung
- Soziale Gruppenarbeit und Projektarbeit zu den verschiedensten Fragestellungen

Erfolgsversprechend im Sinne von Bildung wird dies alles aber nur dann sein wenn auch Schule sich in diesem Bereich konzeptionell mit einbringt und mitwirkt.

Noch ein Wort zur Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit.

Die Ergebnisse der Pisa-Studie weisen in besonderem Maße auf die Brisanz des Übergangs von der Schule in den Beruf hin.

Angesichts der Anzahl derjenigen jungen Menschen, die in der Studie als Risikogruppe bezeichnet wird – dies sind etwa 25% des Altersjahrgangs und diese Zahl wird sich in absehbarer Zeit nicht verbessern - wird deutlich, dass Landesprogramme und kommunale Aktivitäten finanziell zu gering ausgestattet und zu wenig an die Aktivitäten der Arbeitsmarktpolitik angebunden sind.

Jugendhilfe wird auch in absehbarer Zeit die bestehenden Bildungsdefizite und damit die Chancenlosigkeit vieler junger Menschen nicht auffangen können.

Dringend notwendig erscheinen mir hier neue Ideen und Formen der Zusammenarbeit, etwa kommunale Jobangebote für die, denen der Übergang in den Beruf in absehbarer Zeit allein nicht gelingen wird.

Abschließend möchte ich noch auf einen Bereich eingehen, dessen Bedeutung schon immer bekannt, der aber durch Pisa einen neuen Schub erhalten hat:

Die Familienbildung und – förderung:

Betrachtet man in der Pisa-Studie etwas genauer die sogenannten Risikogruppen, so sind zwei Ergebnisse besonders wichtig:

- Mädchen und Jungen, deren Eltern aus anderen Herkunftsländern kommen sind in besonderem Maße vom Scheitern in der Schule betroffen. Dabei bestimmt nicht nur der ausländische Status die Bildungschancen, die zu Hause gesprochene Sprache ist entscheidend für den Bildungsweg.
- Spracherwerb und die Kompetenz zum selbstregulierten Lernen werden in den ersten Lebensjahren entwickelt.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich, dass eine ausschließlich am Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen orientierte Diskussion zu kurz greift.

Der Auftrag an die Jugendhilfe zur Arbeit mit Müttern und Vätern betrifft vor allem auch Eltern von Säuglingen und Kindern unter 3 Jahren.

Ein Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung - dies ist auch die zentrale Botschaft des 11. Kinder- und Jugendberichtes – fängt eben nicht mit dem Kindergartenalter an.

Die Jugendhilfe muss daher die Frage beantworten, wie sie den Anspruch der Förderung der Erziehung in der Familie in der frühen Kindheit umsetzt und wie sie Migrantenfamilien ansprechen und einbeziehen kann.

Unser bisheriges Angebot – dies kann man sicherlich ohne Widerspruch festhalten – reicht nicht aus.

Die Realität möchte ich - etwas überspitzt – charakterisieren als weitgehend mittelschichtorientiertes Leistungsangebot.

Eltern die in den Erziehungsberatungsstellen und Familienbildungsstätten erscheinen sind in der Regel nicht die Migrantenfamilien bzw. die Familien mit einem niedrigen sozioökonomischen Hintergrund.

Auch die ASD's sind nach wie vor erst dann im Spiel, wenn familiäre Probleme eskalieren.

Tatsächlich werden nur ca. 3% der unter dreijährigen Kinder durch die Jugendhilfe, d.h. über die Tageseinrichtungen erreicht.

Sozioökonomische Benachteiligungen und damit Bildungsbenachteiligungen werden somit in der Regel erst erkannt, wenn die Kinder die Tageseinrichtung besuchen.

Wenn wir die Pisa-Studie ernst nehmen, müssen wir mehr tun und vor allem die Frage beantworten, wie wir es schaffen wollen, attraktive und offen zugängliche Angebote für Mütter – natürlich auch Väter - und Kleinkinder bereitzustellen.

Im Blickwinkel der Jugendhilfeplanung sollte dabei vor allem die Suche nach attraktiven Begegnungsorten für Familien im Stadt-/Ortsteil sein, damit sich auch notwendige Selbsthilfepotentiale entfalten können.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen ich möchte damit meine Ausführungen zur Bedeutung der Pisa-Studie für die Jugendhilfe schließen.

Ich bin sicher wir werden in den vor uns liegenden Stunden genug Diskussionsstoff haben. Es werden sich noch eine Reihe anderer Bezugspunkte ergeben.

Wichtig ist mir, dass wir die Ergebnisse der Pisa-Studie auch als Chance für die Jugendhilfe sehen, notwendige Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Chance nutzen.

Danke

Karl Janssen

PISA & Jugendhilfe

Konsequenzen und Forderungen aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe

In Deutschland macht sich ein wahrer PISA-Schock breit. - Oje –die deutschen Kinder sind doof!? - Unsere Eltern versagen!? - Die deutschen Lehrer sind faul!? Es herrscht eine allgemeine Aufgeregtheit in Politik, Fachwelt und Bevölkerung. Viele sind vollkommen überrascht über das Ergebnis der PISA-Studie, obwohl wir nur Dinge erfahren, die wir schon lange wussten. Stellen wir uns einmal vor, Deutschland hätte bei der PISA-Studie nicht mitgemacht. Wären wir dann heute tatsächlich schlauer? Sind wir Deutschen nicht nur typisch deutsch betroffen, weil wir die PISA-Olympiade nicht gewonnen haben? Nun holt dieser internationale Wettbewerb alle auf den Plan. Das ist gut für die Jugendhilfe in Deutschland. Wir diskutieren nun über Erziehung und über den Bildungsnotstand unserer Republik.

Im Umgang mit der PISA-Studie wird derzeit intensiv die Schuldfrage diskutiert. Sind die Kinder und Jugendlichen schuld, weil sie faul sind und nicht lernen wollen? Sind die Eltern schuld, weil sie ihren Selbstverwirklichungen und ihrer Freizeitlust folgen? Sind die Lehrer schuld, weil sie demotiviert zur Schule gehen und mittags häufig nur Privates im Kopf haben? Politiker warnen, nur keine Schuldzuweisungen! Wer ist schuld? Antwort: Natürlich die Gesellschaft! Wer schafft die Rahmenbedingungen für die Gesellschaft? Antwort: Die Politik! Ich bin der Meinung, wenn jemand die Hauptschuld trägt, dann die politisch Verantwortlichen, die über viele Jahre eine umfassende Bildungs- und Schulreform in Deutschland nicht angefasst haben.

Im Umgang mit der PISA-Studie sind, bezogen auf die Kinder- und Jugendhilfe, folgende Inhalte zu beleuchten:

- Welche gemeinsamen Ziele haben Jugendhilfe und Schule?
- Welchen Auftrag kann die Jugendhilfe aus der PISA-Studie ableiten?
- Welche Verknüpfungsfelder haben Schule und Jugendhilfe?
- Wie muss Schule aussehen, damit sie mit Jugendhilfe kooperieren kann?

Gemeinsame Ziele von Jugendhilfe und Schule

§ 1 Absatz 1 SGBVIII sagt: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“. § 1 Absatz 3 Satz 1 SGBVIII sagt: „...junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“.

Das gemeinsame Ziel von Jugendhilfe und Schule ist die Entwicklung von Kindern außerhalb des Elternhauses. Es geht um Lernen, Fördern und Begleiten, nicht im Schwerpunkt um die Erziehung, denn das ist Sache der Eltern. Die Konsequenz aus der PISA-Studie ist nicht die staatliche Erziehung!

Eigentlich müsste Lernen große Freude bereiten, denn Lernen ist eine Überlebensfertigkeit, ein Grundbedürfnis wie Essen und Trinken. Es entspricht unseren angeborenen Anlagen, beim Lernen ähnlich intensive Freude erleben zu können, wie bei anderen lustvollen Tätigkeiten. Das sehen wir bei jedem kleinen Kind, leider bei wenig Erwachsenen, wenn wir beobachten, mit welchem Gusto sie sich Neuem nähern, wie fasziniert sie ihre eigenen ersten Anfänge bei Lernprozessen erleben.

Leider bauen Menschen durch negative Erlebnisse einen neuen Schaltkreis im Gehirn auf, der extrem durch Schule verursacht wird. Statt Freude macht sich Unlust breit und Lernen wird als Stress und etwas unangenehmes empfunden. Der größte Teil des Lernens geschieht beiläufig. Wir stoßen auf etwas interessantes, registrieren nicht bewusst, das es sich ums Lernen handelt, und entwickeln keine Angst und Lernstress. Lernen fällt immer dann leicht, wenn wir das Sagen haben. Selbstbestimmtes Lernen ermöglicht erst Entfaltung und Entwicklung. Kommt aber jemand und will uns seine Art zu Lernen aufzwingen, verschwindet die Freude und lernen wird zu einer unangenehmen Arbeit, schlimmstenfalls zu einer Tortur, wie das viele Erwachsene in der Schule erlebt haben und Kinder heute auch weiter erleben.

Die Gemeinsamkeit von Schule und Jugendhilfe ist, dass die Kinder in den Mittelpunkt gehören. Lehrer und Pädagogen müssen jedes Kind als Auftrag begreifen! Kinder zu formen muss Spaß machen! Die Kinder müssen als einzigartige Individuen wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Ihre Persönlichkeitsstruktur und Lebensgeschichte muss beachtet werden. Ihre Würde muss respektiert und alle ihre Entwicklungsbereiche berücksichtigt und gefördert werden.

Kinder lernen nicht für die Schule, sondern fürs Leben! Es gibt keinen trockenen Lernstoff und keine trockene Theorie, sondern nur trockene Theoretiker.

Wenn Schüler sich in Zukunft per Multimedia und via Datenautobahnen fast jeden Wissensstoff aneignen können, werden sie sich nicht länger der Frustration eines Mathelehrers aussetzen, der erstens unfähig ist, ihnen zu erklären wozu Wurzelziehen gut ist, und der zweitens ihnen nicht beibringen kann, wie man diesen Stoff lernt. Fachspezialisten, die keine Pädagogen sind, hindern unser Lernsystem und Pädagogen, die keinen Spaß an Kindern haben, können Kinder nicht in ihrer Entwicklung fördern und zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten machen.

Jugendhilfe und Schule müssen die Eigeninitiative von Kindern fördern und lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen! Jugendhilfe und Schule sollten mehr Allgemeinbildung vermitteln und zum lebenslangen Lernen befähigen! Das Wesentliche muss sitzen und nicht alles muss gelernt sein. Jugendhilfe und Schule sollten stärker die Kreativität von Kindern fördern! Jugendhilfe und Schule sollten umfassender den Erwerb sozialer Kompetenzen und das Denken in breiteren Zusammenhängen fördern und gewährleisten.

Auftrag der Jugendhilfe

Für die Jugendhilfe ist die PISA-Studie Wasser auf ihre Mühlen. In Deutschland wird wieder über Erziehung debattiert. Was brauchen unsere Kinder? Der grundsätzliche Zielauftrag der Jugendhilfe würde gut zu einer verbesserten Schullandschaft passen.

Für die Jugendhilfe gibt es drei wesentliche Anknüpfungsfelder:

- die Familienförderung,
- der Kindergarten als Fundament des Bildungssystems,
- und die Erziehungshilfe.

Die Schulen sagen häufig, dass sie nicht das wettmachen können, was Familien täglich versäumen. Das ist grundsätzlich richtig. Der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern und da muss er auch bleiben. Die Familienbilder haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Wir haben einen hohen Anteil an Alleinerziehenden und der Doppelverdienst ist in vielen Familien unabdingbar notwendig. Jugendhilfe hat den Auftrag, Eltern stärker zu unterstützen. Familie heute ist angewiesen auf Begegnungsmöglichkeiten und Weiterbildung. Programme der Nachbarschaftshilfe, Familienbildung und Familienerholung dürfen nicht in den Streichkatalog der Finanzpolitiker.

Wir brauchen eine Enttabuisierung, dass über Erziehungsfragen geredet werden darf. Familie heute funktioniert nicht von selbst. Bei den vielfältigen Problemlagen sind Eltern oft auf Beratung angewiesen. So sind Erziehungsberatung und auch Eheberatung Familienprävention. Sie sollten vor Ort ausreichend, im Schonraum von Freiwilligkeit und Anonymität, angeboten werden.

Kinder dürfen nicht allein gelassen werden. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung muss weiter forciert werden. Der Schulkinderbereich hinkt leider nach. Wir brauchen mehr Ganztagsbetreuung, aber bitte nicht unter der Schulaufsicht, sondern unter der Fachlichkeit der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe.

Parallel sollte der deutsche Staat nun endlich zu einem ausreichenden Familienlastenausgleich kommen. Wer für Kinder zu Hause bleibt, sollte finanziell entlastet und getragen werden.

Die Anteile der außerschulischen Bildung müssen wieder stärker in den Blick und dürfen nicht als sogenannter freiwilliger Jugendhilfeteil am Ende der Kette stehen. Gerade auch für Kinder aus Migrantenfamilien ist das von besonderer Bedeutung.

Der Kindergarten ist das Fundament des Bildungssystems. Die Kindergartenzeit darf nicht verkürzt werden. Wir brauchen deutliche personelle und finanzielle Investitionen für die Tagesbetreuungseinrichtungen. Die begonnene Qualitätsdebatte muss weitergehen. Die Ausbildung und auch der Status der Erzieherausbildung muss verbessert werden. Keine Verschulung des Kindergartens – eher mehr Kindergartenmethoden in den Schulen.

Elternhaus und Schule brauchen starke Unterstützung bei auffälligen Erziehungsproblemen. Die Erziehungshilfen gehören nicht in den Streichkatalog einer Kommune. Die Erziehungshilfesysteme sind weiter auszubauen und zu qualifizieren.

Verknüpfungsfelder von Jugendhilfe und Schule

Es ist unabdingbar. Wir brauchen eine engere Verzahnung von schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit. Die Kooperation von Schule und Jugendhilfe muss verstärkt werden, nicht nur um Ressourcen zu bündeln, sondern auch um Erziehungs- und Bildungsprozesse besser aufeinander abzustimmen.

Die Schule ist für Kinder und Jugendliche neben der Familie die am stärksten prägende Lebenswelt. Kinder- und Jugendhilfe ist in der Freizeit ergänzend zwischen Schule und Elternhaus aktiv. Kinder- und Jugendhilfe muss hier an den Bedarfen anknüpfen. Der Freizeitbedarf koppelt sich stark auch an den Betreuungsbedarf am Mittag an. Hier kommen Versorgung (Mittagessen), Schulaufgaben und besonders auch die persönliche Annahme der Kinder und Jugendlichen in den Focus zeitgemäßer Jugendarbeit. Die Systeme Schule und Jugendarbeit müssen es lernen, gemeinsam Raum- und Zeitressourcen zu nutzen.

Sozialpädagogen aus der Jugendarbeit kommen in die Schule und Lehrer sind auch in d Jugendeinrichtungen präsent.

Schulsozialarbeit unter der Trägerschaft von Jugendhilfe muss stärker als integrierter Ansatz in Schule entwickelt werden. Schule ist nicht nur Lernort, sondern auch Lebensort für viele Kinder und Jugendliche.

Programme der Jugendsozialarbeit kümmern sich um Benachteiligungen (z.B. Jugendberufshilfe, Sucht, Spracherwerb). Auch hier ist eine räumliche Zusammenarbeit unabdingbar.

Die vielfältigen Ansätze der Erziehungshilfe helfen bei stark auffälligen Kindern. Auch hier muss es stärkere fallbezogene Zusammenarbeiten geben. Keine reine Abgabe an das Jugendamt! Nicht nach dem Motto, wir rufen das Jugendamt und dann sind wir fertig.

Kindergarten und Grundschule müssen eng verknüpfte Partner sein. Insbesondere die Grundschule kann vom Kindergarten lernen, dass die Familie für die kindliche Entwicklung wesentlich ist und sie kann erkennen, dass es Sinn macht, mit den Eltern eine Erziehungspartnerschaft einzugehen und die Familienerziehung durch Maßnahmen der Elternarbeit positiv zu beeinflussen. Die Grundschulkindbetreuung muss in der Trägerschaft der Jugendhilfe bleiben und die Flankierung durch schulische Ressourcen ermöglichen.

Ist die Schule kooperationsfähig?

Lange Jahre hat die Jugendhilfe Kritik an Schule ausgeklammert, damit gemeinsame Ziele und Projekte überhaupt eine Chance hatten. Es geht nicht anders. Mit der PISA-Studie müssen die Fakten und Kritiken an Schule deutlicher benannt werden.

Die Systeme Schule und Jugendhilfe sind geprägt von der Annahme – wir (Schule) hier oben, ihr (Jugendhilfe) da unten. Der Dualismus zwischen Kommunen und den Ländern hat sich als nachteilig erwiesen. Die Kompetenzaufteilung zeichnet sich weder durch Transparenz, noch durch Bürgernähe aus. Die Kommunen sollten für die Schulen die Personalhoheit übernehmen und auch die Fachaufsicht wahrnehmen. Die Länder regeln nur noch die Rahmenbedingungen und Standards und verabschiedet sich von der Eingriffsverwaltung.

Lehrer sollten zukünftig keine Beamten mehr sein und an den BAT angegliedert werden. Das heißt auch, 38,5 Stunden im Schuldienst vor Ort oder im Außendienst und Arbeitszeitkontrolle durch die Schulleitung. 30 Tage Urlaub im Jahr reichen auch für Lehrer aus. Die restlichen Ferienzeiten sind für die Schule und insbesondere für die Förderung von Einzelschülern und für die Elternarbeit einzusetzen. Nachhilfe ist nicht Sache der Eltern, sondern Sache der Lehrer. Die Besoldungsstrukturen in der Jugendhilfe und in der Schule müssen angeglichen werden.

Die Lehrerausbildung in Deutschland muss grundlegend reformiert werden. Das Fachstudium ist viel zu wissenschaftlich, viel zu praxisfern, das pädagogische Schmalspurbegleitstudium zu dürrig, zu beliebig und zu theoretisch. Die Lehrer müssen lernen, wie Wissen vermittelt wird. Hierzu brauchen sie sozialpädagogische Grundkenntnisse. Vor Beginn des Lehrerstudiums muss geklärt werden, ob man für den Beruf geeignet ist. Mathematische Aussiebverfahren helfen hier gar nicht. Während des Studiums muss es ausreichende Praxistests geben.

Insbesondere Professoren sollten auch mal die Schule von innen sehen, damit sie Bodenhaftung und Realitätsbewusstsein behalten.

Es gilt der Satz – „Ein artiger Schüler wird nicht unbedingt ein toller Lehrer“.

Lehrer wird man aus Berufung, weil man die Anlagen eines Pädagogen hat und Spaß und Freude an der Entwicklung und Förderung von Kindern und Jugendlichen, genauso wie bei den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe.

Karl Janssen

Erster Beigeordneter der Stadt Recklinghausen

Hans Joachim Stahl

PISA-Studie und Jugendarbeit

Vortrag zur Eröffnung der Jahrestagung Jugendarbeit / Offene Jugendarbeit am 18. April 2002 im Landeshaus

Ein Gespenst geht um in der Bildungslandschaft, das Gespenst heißt PISA-Studie - und es sucht auch die Jugendhilfe heim.

Aber: Für die Jahrestagung Jugendarbeit/Offene Jugendarbeit 2002 hatte die Fachberatung Jugendarbeit schon im November vergangenen Jahres das Thema „Bildung“ benannt, als die PISA-Studie noch gar nicht erschienen war. Zu diesem Zeitpunkt nämlich hatte in der Jugendarbeit eine Bildungsdebatte begonnen, die uns vom Landesrechnungshof aufgezwungen worden war, der die Jugendverbände zwei Jahre geprüft und so auch die Landesjugendämter und das Jugendministerium gequält hatte und besonders lang in den Bildungsveranstaltungen wühlte und dort neben anderen Fragen die Frage stellte: Wie lautet eigentlich der Bildungsauftrag im Landesjugendplan und wie ist der Bildungsbegriff der Jugendverbände und der Jugendarbeit und wie und wo ist der Bildungsauftrag genau formuliert?

Und die Mitteilung, dass die Diskussion um das Thema „Bildung“ in der Jugendarbeit vor der PISA-Studie begonnen hat - ausgelöst, weil aufgezwungen, vom Landesrechnungshof -, ist doch eine überraschende, verblüffende Mitteilung.

Mit unserer Tagung wollen wir an die Bildungsansprüche, aber auch an die Bildungschancen von Jugendarbeit erinnern. Vorab wollen wir uns auf den aktuellen Stand der Jugendarbeit im Land und in den Kommunen und Kreisen beziehen und die Tagung abschließen mit Arbeitsgruppen, die sich den akuten Praxisproblemen und Krisen zuwenden, die wesentlich durch Einsparungszwänge entstehen.

Die PISA-Studie hat die Debatte um Bildung auch in der Jugendarbeit entscheidend beschleunigt. Da Sie alle die Grobresultate von PISA kennen, brauche ich hier nur an die wichtigsten Ergebnisse erinnern.

Ich möchte zunächst festhalten, was PISA alles nicht untersucht und getan hat, denn das wird in der aufgeregten Debatte nach PISA häufig vergessen. Die PISA-Studie hat nicht geprüft, inwieweit sich die Schüler den Lehrplanstoff „draufgezogen“ haben, sondern richtet sich auf die so genannten Basiskompetenzen, die Schüler für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben benötigen. Was die Lehrer besonders aufmerken ließ war, dass es nicht darum ging zu zeigen, dass ihre Schüler die Lernziele der nationalen Lehrpläne erfüllen, sondern eher, ob sie in der Lage sind, das dort Gelernte auf einen Umgang mit Alltagsanforderungen zu übersetzen.

PISA hat auch keine Erforschung von Ursachen für Leistungsunterschiede zwischen den teilnehmenden Staaten vorgelegt, sondern diagnostiziert nur die Unterschiede zwischen den Ergebnissen von Schülern aus unterschiedlichen Staaten. PISA kann jedoch keine einzelnen Faktoren identifizieren, die diese Unterschiede erschöpfend erklären könnten. Es gibt offensichtlich unterschiedliche Wege und Praktiken, um Schulerfolg zu erreichen.

PISA hat keine Schuldzuweisungen vorgenommen. PISA ist eine Untersuchung der Schülerleistungen. Diese hängen von vielen schulischen und außerschulischen Faktoren ab. PISA lässt deshalb keine einseitigen Schuldzuweisungen zu an die Lehrkräfte, Schüler, Eltern, Bildungspolitik oder an andere. PISA hat keine Untersuchung aller Kompetenzen von Schülern geleistet, sondern das Leseverständnis, die mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildungen sowie fächerübergreifende Kompetenzen untersucht.

PISA hat auch keinen Längsschnitt geleistet, d. h. die Studie erfasst Schülerleistungen unter den Bedingungen, wie sie zum Zeitpunkt der Datenerhebungen an den beteiligten Schulen gegeben waren. Über die Entwicklung von Schülerleistungen, also über den Lernprozess, lassen sich deshalb keine Aussagen treffen. PISA hat auch keine schulklassenbezogenen Aussagen getroffen, sondern ausschließlich altersbezogene, und zwar bezogen auf die Altersstufe 15 Jahre. Dies alles hat PISA nicht getan oder gesagt.

Was PISA allerdings herausgefunden hat, ist erschreckend genug:

- Schülerleistungen liegen unter dem Durchschnitt: Der Durchschnitt der deutschen Schüler im Alter von 15 Jahren erreicht im Lesen sowie bei der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung Leistungen, die im unteren Mittelfeld der an PISA teilnehmenden OECD-Staaten liegen.
- Die Leistungsstreuung ist sehr breit: Die Streuung der Leistung, also der Abstand zwischen den oberen und den unteren Leistungsgruppen, ist in Deutschland besonders groß. Der internationale Vergleich zeigt jedoch, dass eine hohe Gesamtleistung mit vergleichsweise geringen Abständen zwischen den Besten und Schwächsten einhergehen kann.
- Viele Schüler liegen auf unterstem Kompetenzniveau: Der Anteil von Schülern, der nur das unterste Kompetenzniveau erreicht, ist in Deutschland besonders hoch - vor allem beim Leseverständnis. Die Gruppe der leistungsstärksten Schüler erreicht in Deutschland einen Platz im vorderen Drittel der teilnehmenden Länder.
- Schlechte Leistungen wurden beim Leseverstehen festgestellt: Beim Leseverstehen fehlt es deutschen Schülern vor allem an Kompetenzen, die für das Reflektieren und Bewerten von Texten notwendig sind.
- Soziale Herkunft bedingt Bildung: In allen untersuchten Leistungsbereichen ist in Deutschland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb besonders eng. In Deutschland gelingt es offenbar in geringerem Maße als in anderen Staaten, Kinder aus sozial benachteiligten Familien zu fördern.
- Migrantenkinder erzielen schlechte Testergebnisse: In allen teilnehmenden Ländern schneiden Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund schlechter ab als Muttersprachler. Im Vergleich mit Staaten, die eine ähnliche Zuwanderungssituation wie Deutschland haben, erreichen Jugendliche, deren Eltern beide nicht in Deutschland geboren sind, jedoch besonders schlechte Ergebnisse.

Die Studie zeigt, dass deutsche Schüler vergleichsweise geringere Lesefähigkeiten haben als Schüler aus anderen Ländern. Lesen bezieht sich hier zwar auch auf die reine Fähigkeit zur Wort- bzw. Satzerkennung, aber besonders auf die Kompetenz des Verstehens, also auf die Fähigkeit, Informationen eines Textes zu erkennen, sie auf einen erweiterten Kontext beziehen zu können und mit ihrer Hilfe zu eigenständigen Denklösungen zu kommen. Es geht hier um Fähigkeiten eines kritisch-analytischen Verstehens, das nicht auf den Text oder Dinge blickt, sondern dahinter. An der Lesekompetenz zeigt sich allgemein der Stand solcher Fähigkeit eines kritischen Denkens und Verstehens, denn Schüler, deren Schlüsselkompetenz Lesen schlecht ausgebildet ist, haben auch in den Naturwissenschaften und der Mathematik Schwierigkeiten.

Es lässt sich folgern, dass deutsche Schüler immer noch Wissensbestände pauken, statt sich Fähigkeiten des Lernens, kritischen Denkens, Zusammenhänge-Erkennens, kreativer Lösungsentwicklung usw. anzueignen (manche Kritiker meinen sogar, dass nicht einmal das Wissensbestände-Pauken gelänge). Daraus lässt sich auch folgern, dass ihre Kompetenz der selbsttätigen Aneignung von Welt nicht angemessen vorhandenen ist. Eine eigenständi-

ge, aktive und kritische Erschließung von Phänomenen der Realität in der Lebenswelt ist wenig geübt. Gerade den Zusammenhang oder die Komplexität von Phänomenen, Verhältnissen, Problemen und Themen erkennen zu können, ist aber eine wichtige Voraussetzung, auch aktiv handeln zu können und das eigene Leben selbstbestimmt und mitverantwortlich zu gestalten.

Was hat die Jugendarbeit mit PISA zu tun?

Die PISA-Studie bezieht sich ganz ausschließlich auf Schule und ignoriert andere Bildungssysteme wie die Jugendarbeit und auch andere Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Wenn die Jugendarbeit jedoch ihre Lebensweltorientierung ernst nimmt, kann sie den für die meisten Kinder und Jugendlichen dominanten Anteil der Lebenswelt, nämlich die Schule, nicht ignorieren. Die Jugendarbeit ist nicht die Helferin des Schulsystems, sehr wohl aber hat sie den Auftrag, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Wenn dieser Auftrag in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen (hier durch die Schule) nicht ausreichend vorangebracht wird, muss Jugendarbeit im Interesse der Kinder und Jugendlichen aktiv werden.

Wenn die Lebensbedingungen die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen hemmen und einschränken, haben Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit den Auftrag, diese Lebensverhältnisse mit zu optimieren.

Eines der zentralen Kompetenzelemente von mitverantwortlicher Selbstbestimmung, die ja vom SGB VIII als zentrales Bildungsziel der Jugendarbeit formuliert wird, liegt in der Kompetenz zur eigenmächtigen Aneignung der Welt. Zur Aneignung gehören unterschiedliche motorische, kognitive, emotionale, soziale Kompetenzen, die im Prozess der Aneignung entwickelt werden, aber auch Voraussetzung von gelingender Aneignung sind. Wenn diese Aneignungsfähigkeiten nicht ausreichend entwickelt sind (und PISA beschreibt besonders die für die kritisch-analytische Schlüsselkompetenz des Lesens), ist auch die Jugendarbeit, vor allem aber auch die Jugendsozialarbeit, betroffen, weil damit ihr zentrales Ziel der Förderung von Entwicklung von Kindern und Jugendlichen infrage steht.

Statt die Verantwortung für die mangelnde Aneignungskompetenz der Kinder und Jugendlichen nur auf die Schule zu schieben, muss Jugendarbeit sich selber fragen, wie sie diese Fähigkeit fördert bzw. was sie bisher zu wenig getan hat, um diese Kompetenzentwicklung zu unterstützen.

Ich glaube, dass Jugendarbeit viele Bildungschancen hat. Seit Wilhelm von Humboldt versteht man unter Bildung die Entwicklung von Selbstbestimmung. Mit ihrem Auftrag, Kinder und Jugendliche zur mitverantwortlichen Selbstbestimmung zu befähigen (§ 11 SGB VIII), hat Jugendarbeit deutlich einen Bildungsauftrag. Ich bin der Meinung, dass wir diesen Bildungsauftrag häufig erfüllen, ihn aber nicht genügend unter dieser Perspektive erkennen und beschreiben. Die heutige Tagung soll dazu dienen, den Bildungsanspruch wie die Bildungsleistung der Jugendarbeit stärker hervorzuheben und Ihnen dafür Anregungen für die Praxis zu geben.

Hans Joachim Stahl

Landesverwaltungsdirektor, Leiter des Referates Jugendförderung im Landesjugendamt Westfalen-Lippe

Mareile Kalscheuer

Gute Dienstleistungen - aber zahnloser Tiger!

Ergebnisse der Umfrage zum Profil und zu den Leistungen des LWL- Landesjugendamtes

Im Herbst 2001 führte das LWL-Landesjugendamt eine schriftliche Befragung der Leitungsebene der 87 Jugendämter und der freien Jugendhilfe in Westfalen-Lippe durch.

In diesem Artikel werde ich die zentralen Ergebnisse und die ersten Schritte zur Umsetzung der vielfältigen Wünsche und Anregungen beschreiben. Für all diejenigen Leser/innen, die differenzierter die Einzelergebnisse nachlesen möchten, befindet sich eine umfangreichere Auswertung auf unserer Internetseite (www.lja-wl.de).

Der Artikel gliedert sich drei Bereiche:

- Die Flucht nach vorn – Warum eigentlich eine Kundenbefragung?
- Viel Bestätigung aber auch ein langer Wunschzettel - Die Ergebnisse
- Kleine und große Wünsche – Die Umsetzung

Die Flucht nach vorn - Warum eigentlich eine Kundenbefragung?

Zur Rolle der Landesjugendämter heißt es im gerade erschienenen elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung:

„Die 18 Landesjugendämter in Deutschland agieren in einem Spannungsfeld zwischen Fachlichkeit und Politik. (...). Einerseits fand mit der Einführung des KJHG eine Verlagerung von Aufgaben, die früher dem Landesjugendamt zufielen, auf das kommunale Jugendamt statt (z.B. die frühere „Fürsorgeerziehung“ bzw. Heimerziehung). Aufgrund dieser Entwicklung versucht ein Teil der Kommunen, sich der Aufsichtsinstanz des Landesjugendamts zu entziehen, um finanzielle Folgen zu vermeiden, die sich aufgrund landesweit festgelegter Standards ergeben können. Andere Jugendämter hingegen wissen die fachliche Unterstützung durch das Landesjugendamt, auch bei Konflikten innerhalb der eigenen Kommune, zu schätzen (vgl. Wolf 2000). Andererseits geraten die Landesjugendämter auch durch die Länderregierungen unter Druck, die Veränderungen in Richtung Kompetenzverlagerung und Deregulierung anmahnen (...).“¹

Zwar sprechen sich sowohl die Sachverständigenkommission, als auch die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Bericht für die Zweistufigkeit und die Zweigliedrigkeit der Jugendhilfe aus, dennoch bleibt die Notwendigkeit, das eigene Profil kontinuierlich weiterzuentwickeln. Mit den vier Schwerpunkten Beratung, Fortbildung, Förderung und Aufsicht gibt es zwar auf den ersten Blick eindeutige Aufgaben, auf den zweiten Blick gibt es aber auch ebenso viele Überschneidungsbereiche zu den Aufgaben der anderen Akteure in der Jugendhilfe. Bund und Länder fördern ebenso wie die Landesjugendämter modellhafte Entwicklungen in der Jugendhilfe. Öffentliche und freie Träger haben ebenso Aufsichtsfunktionen und Verantwortung für die Qualitätssicherung und -entwicklung in Jugendhilfeeinrichtungen. Freie Institute, Universitäten und Fachhochschulen tummeln sich ebenso wie die Wohlfahrts- und Jugendverbände in der Fortbildung und Beratung der Fachkräfte in der Jugendhilfe. Wo also ist das spezifische Profil der Landesjugend-

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFJFS; Hrsg.) (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bundestagsdrucksache 14/8181. Berlin, S.68.

ämter und wo liegt der spezifische Nutzen für die Adressat/innen des Landesjugendamtes?

Es gibt Landesjugendämter, die mittlerweile zur Briefkastenfirma im Jugendministerium geschrumpft sind. Nun gibt es zwei Möglichkeiten, sich in den ständigen Legitimationsdebatten zu verhalten: Abwarten was passiert mit dem Risiko, zur Briefkastenfirma zu schrumpfen oder aber die Flucht nach vorn anzutreten, mit der Chance, durch eine inhaltliche Diskussion zu den überregional wahrzunehmenden Jugendhilfeaufgaben und den eigenen Leistungen die politische Debatte zu versachlichen. Wir haben uns für die zweite Variante entschieden.

Bei insgesamt 88 höchst unterschiedlichen Jugendämtern in Westfalen-Lippe ist nachvollziehbar, dass es hier sehr unterschiedliche, zum Teil auch sich widersprechende Wünsche und Erwartungen gibt. Die Städte und Kreise in Westfalen-Lippe haben den berechtigten Anspruch, für ihre Mittel, die sie in den Landschaftsverband und damit in das Landesjugendamt investieren, zeitnah genau die Leistungen zu erhalten, die sie benötigen. Ob unsere aktuelle Aufgabenwahrnehmung den örtlichen Bedarfen entspricht, wie die Qualität beurteilt wird und welche Angebotslücken bestehen, sollte deshalb durch eine Bedarfserhebung geklärt werden.

Angesprochen wurden Jugenddezernent/innen, Fachbereichs- und Amtsleiter/innen der Jugendämter, mit der Bitte, zu einzelnen Fragestellungen die Mitarbeiter/innen in den Jugendämtern zu beteiligen. Parallel zu den Jugendämtern wurden die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Westfalen-Lippe und der Landesjugendring gebeten, ebenfalls aus Ihrer Perspektive die Fragen zu beantworten. Im Fragebogen an die freien Träger wurde zusätzlich noch um eine Bewertung der Beteiligung und Mitwirkung gebeten.

Bis zum 15. Oktober 2001 hatten 50 der insgesamt 87 Jugendämter geantwortet. Sicher hätten wir uns einen höheren Rücklauf gewünscht und es bleibt die Frage, was diejenigen denken, die nicht geantwortet hatten, dennoch waren alle Jugendamtstypen mit über 40% vertreten, so dass ihre Rückmeldungen eine hinreichende Grundlage darstellten. Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und der Landesjugendring NRW hatten neben Einzelrückmeldungen auch einen gemeinsam abgestimmten Fragebogen ausgefüllt.

Viel Bestätigung aber auch ein langer Wunschzettel – Die Ergebnisse

Unser Anspruch – Ihre Erfahrung Das fachliche Profil des LWL-Landesjugendamt

Anspruch des LWL-Landesjugendamtes ist es, umfassend zu allen fachlichen Fragen rund um die Jugendhilfe kompetent zu informieren und zu beraten. Dort, wo wir selbst nicht genügend Erfahrungen haben oder aber aufgrund unserer Rolle nicht tätig werden können (Bspw. Anfragen für Organisationsuntersuchungen, assessment center), ist unser Ziel eine qualifizierte Vermittlung an andere externe Partner.

Wie bewerten Sie aufgrund ihrer konkreten Erfahrungen mit dem LWL-Landesjugendamt die Umsetzung dieses Anspruchs?

Zunächst einmal die kritischen Stimmen: Übereinstimmend bemängelten die Jugendämter unzureichende und zum Teil verspätete Informationen über relevante Änderungen in der Gesetzgebung. Aktuelle Themen in der Jugendhilfe - so die Kritik - würden manchmal zu spät aufgegriffen

Ein neues Aufgabenfeld wurde deutlich: Es fehlt – so der Wunsch einiger Jugendämter - eine Ansprechperson, die einen differenzierten Überblick über alle jugendhilferelevanten Förderinstrumentarien (EU, Bund, Land, Stiftungen etc.) hat. Erwartet wird eine Unter-

stützung bei der Drittmittelakquisition auch außerhalb der klassischen „Jugendhilfeförder-töpfe“.

Immer wieder reklamierten die Befragten den Ausbau der Kapazitäten in der Beratung. Da ein vergleichbares Angebot auf dem freien Markt fehle (insbesondere im Feld der Jugendarbeit), sei man auch bereit, diese Beratung zu bezahlen. Zu den Inhalten der Beratung wurde angemerkt, dass - soweit notwendig und möglich - der Finanzaspekt fester Bestandteil sein sollten.

Von Seiten der freien Jugendhilfe wurden Defizite in der Vernetzung und strukturellen Zusammenführung von unterschiedlichen Handlungsfeldern in und außerhalb der Jugendhilfe genannt.

Wesentlich umfangreicher waren positive Rückmeldungen auf unsere Frage nach dem Profil. Die nachfolgenden Statements zeigen, dass der selbst formulierte Anspruch in weiten Teilen zufriedenstellend umgesetzt werden kann. Das Landesjugendamt wurde als ein kompetenter und zuverlässiger Partner bezeichnet und der eingeschlagene Weg sei richtig. Als Beratungs- und Informationsinstanz halte man das Landesjugendamt für unverzichtbar, die Qualität der Arbeit sei überwiegend gut, teilweise sogar sehr gut. Positive Resonanz bekam der Einsatz des Internet und des newsletter-Angebotes. Informationen könnten jetzt wesentlich zeitnäher abgerufen werden. Gelobt wurden zudem praxisnahe und frühzeitige Empfehlungen (z.B. zum Wirksamkeitsdialog in der offenen Jugendarbeit²) und das umfassende Fortbildungsangebot. Immer wieder lobten die Befragten die Möglichkeit, örtlich wichtige Themen in gemeinsam entwickelten Inhouse-Seminaren zu erarbeiten.

Als diese Ergebnisse im Landesjugendamt bekannt wurden, zeigte sich auch, dass das von den Jugendämtern gezeichnete Bild besser ausfiel, als man zuvor gedacht hatte. Wer aber nun geglaubt hatte, es sei alles gut so wie es ist, der bekam mit der nächsten Frage einen riesigen Wunschzettel präsentiert:

Kinder- und jugendpolitisch relevante Themen aktuelle Entwicklungen in der Jugendhilfe

Das LWL-Landesjugendamt soll – so der Auftrag aus dem KJHG – Praxisentwicklung fördern und insbesondere neue Herausforderungen für die Jugendhilfe aufgreifen. Der formulierte Anspruch setzt voraus, selbst umfassend über neue Praxisentwicklungen und jugendhilferelevante Forschungsergebnisse informiert zu sein, damit dieses Fachwissen von den örtlichen Trägern bei Bedarf abgerufen werden kann.

Bitte nennen Sie fachliche Themen, zu denen Sie Informationen, Fortbildungs- oder Beratungsangebote wünschen, die das Landesjugendamt aus Ihrer Sicht zur Zeit aber nur unzureichend abdeckt.

Insgesamt wurden 140 unterschiedliche Themen von 42 Jugendämtern genannt. Die quantitative Verteilung zeigte deutlich, dass mit 41 % aller Nennungen insbesondere die Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendhilfe nur unzureichend abgedeckt sind. Auch die freie Jugendhilfe sah den Bereich integrierter und vernetzter Formen in der Jugendhilfe nur unzureichend umgesetzt.

Mit 23% der Nennungen folgten dann Themenbereiche aus dem Feld der Jugendförderung. Deutlich zeigte sich hier, dass der Jugendhilfe das Thema Jugendarbeitslosigkeit / Jugendsozialarbeit auf den Nägeln brennt. Mehrere Jugendämter wünschten sich „Einstiegerfortbildungen“ für ihre Fachkräfte und von Seiten der freien Jugendhilfe wurden verstärkte Initiativen im Bereich des Jugendwohnens gem. § 13 Abs. 3 SGB VIII gefordert. In der Jugendarbeit stand die Jugendhilfeplanung in Mittelpunkt.

² Als Wirksamkeitsdialog wird in NRW ein Evaluationsverfahren bezeichnet zum Einsatz von Landesmitteln in der Jugendhilfe. Hier ist konkret der Wirksamkeitsdialog in der offenen Jugendarbeit gemeint.

Im Feld der Hilfen zur Erziehung nannten 15% der Jugendämter Themen, die ihrer Einschätzung nach zurzeit nur unzureichend abgedeckt würden. Mehrfach bestand der Wunsch nach vermehrter Information und Beratung hinsichtlich des Profils von Pflegeeltern und Adoptionsbewerbern. Weitere Nennungen betrafen Qualitätsentwicklungs- und Leistungsvereinbarungen, die Arbeit mit Herkunftseltern, die Umsetzung von Sozialraumbudgets im Kontext flexibler Erziehungshilfen, den "Umgang mit den Schwierigsten", die Umsetzung des § 35a KJHG, die Hilfeplanung, Mitwirkung gem. § 36 KJHG und junge Volljährige.

In der Gesamtschau zeigte sich ein deutlicher Nachholbedarf arbeitsfeldübergreifender Information, Beratung und Fortbildungen sowie erneut die erhöhte Nachfrage nach Unterstützung in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit.

Leistungen konkret

Die Produkte des LWL-Landesjugendamtes

Die aktuellen Aufgaben des Landesjugendamtes lassen sich fünf Produkten zu ordnen: Fortbildung, Beratung, Testate, Förderung und allgemeiner Service.

Wie bewerten Sie die Arbeit des Landesjugendamtes in diesen Arbeitsbereichen? Formulieren Sie bitte auch ihre Anregungen!

Fortbildung

Auch hier zunächst die wichtigsten Kritikpunkte der Jugendämter: Gerade über Fortbildungen /Fachtagung sollten nach Ansicht der Befragten zeitnähere Information über zu erwartende Gesetzesänderungen vermittelt werden. Geplante neue Themen auch außerhalb des Fortbildungsprogramms sollten auf der Internetseite des Landesjugendamtes publiziert werden.

Bei den Wünschen zeigt sich deutlich der Wunsch einer weiteren Regionalisierung. Kommentare der Befragten: *„Der Trend zu Regionalveranstaltungen sollte beibehalten und verstärkt werden. Mehr praxisorientierte Inhouse-Seminare..“*

Das Landesjugendamt sollte sich zukünftig als der Anbieter positionieren, der die Situation und Probleme der Jugendämter vor Ort am konkretesten beurteilen kann. Es sollte auch geprüft werden, ob Felder, die die Fachhochschulen besetzen, zugunsten dieser Perspektive freigegeben werden können. In die gleiche Richtung geht der Hinweis der befragten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die den Fortbildungsbereich positiv bewerten zugleich, aber auch eine bessere Koordination und Kooperation mit der freien Wohlfahrtspflege anregen.

Beratung

Als vorrangiger Kritikpunkt in der Beratung wurde erneut der Termindruck der Berater/innen und damit zu lange Vorlaufzeiten bei Beratungsprojekten genannt. Neben der Organisationsentwicklung betraf dies vor allen die Jugendarbeit.

Nahezu alle Fragebögen enthielten überaus positive Statements zum Beratungsangebot des Landesjugendamtes. Hierzu einige Beispiele: *„Beratungsangebote sind umfassend und nicht zu beanstanden. Eigene Erfahrungen bei Beratungsprojekten sind positiv. Die Fachberatung ist auf allen Ebenen und in allen Sachgebieten ausgezeichnet! Beratungsleistungen, besonders Modellprojekte stehen auf "hohem Niveau“.*

Auch die LWL-Modellprojekte wurden inhaltlich positiv gewertet. Aktuelle Probleme werden – so die Einschätzung der Befragten - zeitnah aufgegriffen und untersucht. Modellprojekte der jüngsten Zeit beschäftigen sich mit aktuellen Themen der Jugendhilfe und geben den am Modellprojekt nicht beteiligten Jugendämtern wertvolle fachliche Anregun-

gen. Die Ergebnisse der Modellprojekte sollten allerdings hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit transparenter dargestellt werden.

Von Seiten der freien Wohlfahrtspflege wird ein mögliches Spannungsfeld innerhalb des Landesjugendamtes thematisiert: Die Beratung wird als insgesamt positiv bewertet, der mögliche Konflikt zwischen der Beratung einerseits und der Rolle als Bewilligungsbehörde andererseits erfordere eine hohe Transparenz der Bewilligungspraxis. Gemeinsame Beratungsprozesse mit Kolleg/innen der freien Wohlfahrtspflege sollten fortgeführt und weiter verstärkt werden.

Testate

Eindeutig fiel die Bewertung des politisch umstrittenen Arbeitsbereiches „Schutz von Kinder in Einrichtungen“ aus und dies betraf die Tageseinrichtungen wie auch die Erziehungshilfeeinrichtungen gleichermaßen: Zitat: *„Wir unterstützen mit Nachdruck "überörtliche" Testate (Heimaufsicht). Gute, kollegiale Zusammenarbeit, kooperative und kompetente Wahrnehmung der Aufgaben der "Heimaufsicht" mit notwendiger Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den beteiligten Jugendhilfeeinrichtungen, gute Kooperation zwischen örtlichem und überörtlichem Träger, die Prozesse laufen flüssig.“*

Sehr deutlich zeigte sich, dass Aufsicht in der Praxis Fachberatung und vielfach auch Konfliktmoderation ist: *„Die Erfahrungen mit den Leistungen der Heimaufsicht - Tageseinrichtungen und Heime - sind sehr positiv. Besonders die fachliche Beratung ist für Einrichtungsträger und die örtlichen Träger der Jugendhilfe sehr hilfreich.“*

Über die positiven Statements wird deutlich, welche Qualitätsmerkmale aus der Sicht des örtlichen Jugendamtes wichtig sind. So betonen die Jugendämter die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter/innen, die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die umfassende und zeitnahe Erledigung der Anfragen, die Wirksamkeit der Einflussnahme auf Entwicklungen bei Heimträgern und öffentlicher Jugendhilfe, zielgerichtete Beratung, die gute Einbeziehung der öffentlichen Träger, hohe Flexibilität und die Bereitschaft, sich auf Individuallösungen einzulassen, unbürokratische Handhabung und hohe Praxisorientierung. Im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder wird noch mehr Flexibilität gefordert, Einzelfälle sollten noch besser berücksichtigt werden. Von Seiten der freien Träger wird der Bereich des Jugendwohnens als problemlos beschrieben, gewünscht werden aber transparente Kriterien für die Bewertung im gesamten Testatbereich.

Da von allen 50 Fragebögen nur ein einziger die Forderung der Kommunalisierung erhebt, werten wir die vielen positiven Rückmeldungen insgesamt als eine deutliche Bestätigung des Aufgabenbereiches Schutz von Kinder in Einrichtungen beim Landesjugendamt aus kommunaler Sicht und aus der Sicht der freien Jugendhilfe.

Förderung

Zunächst wurde eine Vielzahl von kritischen Anmerkungen zum Förderverfahren im Landesjugendplan gemacht:

- *„Landesförderung scheitert an der Bagatellgrenze (Eigenanteil von 25.000 DM),*
- *Vergabe der Mittel aus dem Landesjugendplan ist nicht nachvollziehbar. Bewilligung für 2001 erst im Mai zu erhalten, ist für weitere Planung sehr ungünstig. Bewilligungszeitpunkt ist nicht praktikabel.*
- *Projekte sind oft zu "kurzatmig"; Abstimmung mit der örtlichen Ebene (Jugendhilfeplanung!) fehlt häufig.“*

Inhaltlich gab es positive Rückmeldungen: *„Projektförderung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit dient der fachlichen Weiterentwicklung und ermöglicht zeitgemäße Akzentuierungen.“*

Ein vergleichbares Bild zeigte sich in der Förderung der integrativen Erziehung. Die Förderung integrativer Erziehung sei fachlich vorbildlich aber teilweise mit erheblichen bürokratischen Hemmnissen verbunden. Hingewiesen wurde auf die zunehmende Schwierigkeit, qualifiziertes Personal für befristete Stellen zu finden.

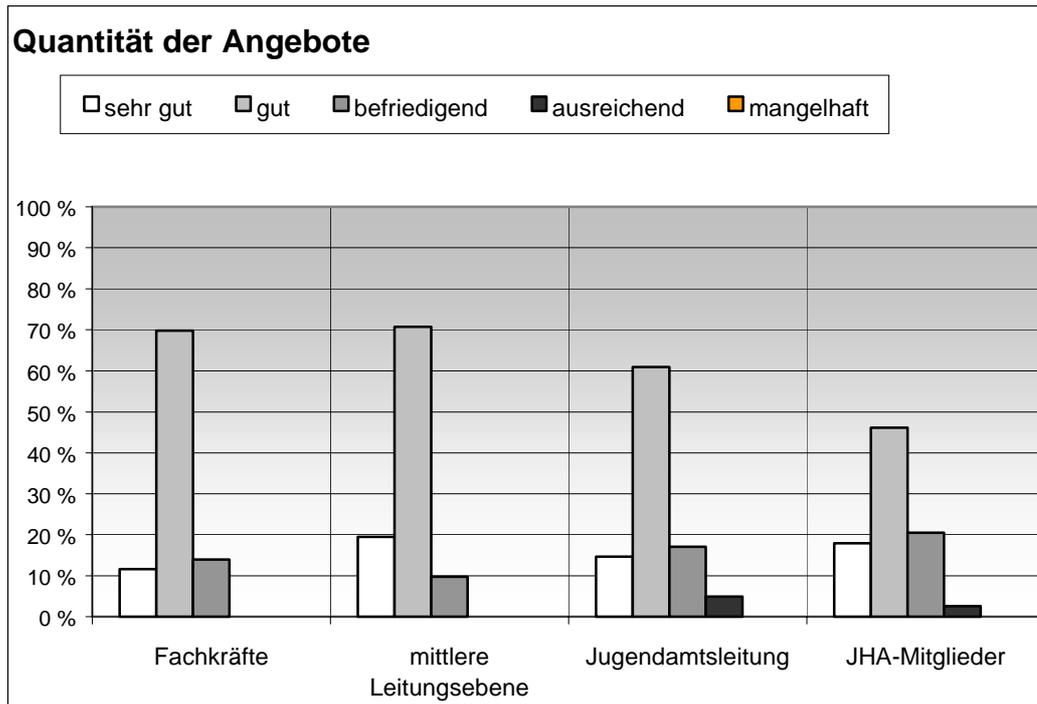
Als Anregungen wurde durchgängig die Beendigung des Zuständigkeits- und Finanzierungswirrwarrs im Bereich der Tagesbetreuungsmaßnahmen für Schulkinder gefordert (SiT-Programm,13 Plus, GTK, Landesjugendplanförderung). Gerade in diesem Bereich sollte das Landesjugendamt gegenüber dem Land stärker Flagge zeigen und die Bedarfe eher benennen.

Allgemeiner Service

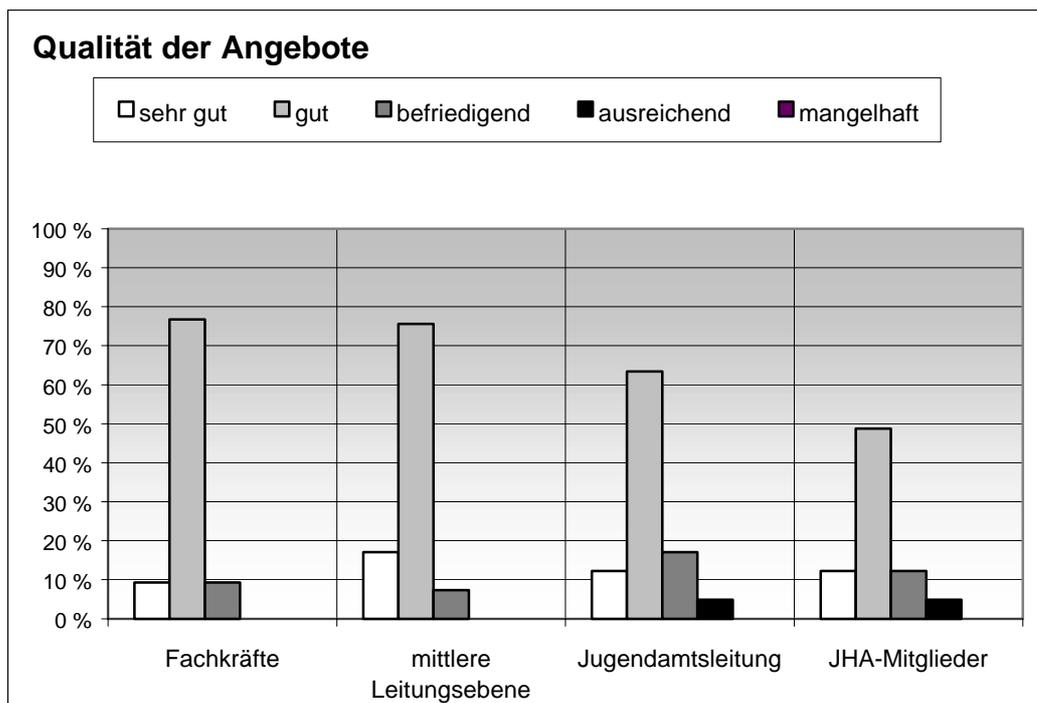
Durchgängig wird von den Jugendämtern, wie auch von der freien Jugendhilfe, der Service positiv und praxisrelevant bezeichnet. Übereinstimmend wird eine weitere Nutzung der neuen Medien angeregt.

Landesjugendamt – für wen?	
Die Zielgruppen / Kunden	
Zu den Kunden und Kundinnen des Landesjugendamtes gehören hauptamtlich tätige Fachkräfte auf unterschiedlichen Hierarchieebenen und in der Jugendpolitik engagierte Personen.	
<i>Wie beurteilen Sie als Leitungskraft der öffentlichen Jugendhilfe die Leistungserbringung des LWL-Landesjugendamtes für diese unterschiedlichen Gruppen in Ihrem Verantwortungsbereich? Durch einen kurzen Kommentar erleichtern Sie uns die Interpretation.</i>	
Quantitativer Umfang der Angebote (bitte ankreuzen)	Qualität der Angebote (bitte ankreuzen)
<i>Ihre Bewertung:</i>	
☺☺ ☺ ☹ ☹☹	☺☺ ☺ ☹ ☹☹
a) Für diejenigen Fachkräfte der Jugendhilfe in Jugendämtern bzw. kommunalen Einrichtungen, die unmittelbar mit Kindern, Jugendlichen und/oder deren Familien arbeiten.	
b) Für die mittlere Leitungs- und Planungsebene in der Jugendhilfe (ASD-Leitungen, Fachberater/innen, Jugendhilfeplaner/innen, Jugendpfleger/innen, etc.)	
c) Für Leitungskräfte in der Jugendhilfe (Jugendamts-, Fachbereichsleitungen, Dezernent/innen)	
d) Für die Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse	
<i>Ihr Kommentar:</i>	

Hinsichtlich des quantitativen Angebotes zeigte sich eine hohe Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten für Fachkräfte, die unmittelbar mit Kindern, Jugendlichen und Familien zusammenarbeiten und für die mittlere Leitungs- und Planungsebene. 82 % bzw. 91% der Befragten gaben die Noten sehr gut bzw. gut. Angebotslücken bestehen eher für Leitungskräfte der Jugendämter und Mitglieder aus Jugendhilfeausschüssen. Hier gaben jeweils nur 76% bzw. 65% der Befragten die Noten sehr gut und gut.



Unter qualitativen Gesichtspunkten fiel das Gesamturteil für die Fachkräfte und die mittlere Leistungsebene noch besser aus. Die Qualität der Angebote für die Fachkräfte wurde von 86% der Befragten als sehr gut bzw. gut bewertet. Bei der mittleren Leitungsebene stieg dieser Anteil auf 93%. Qualitätsverbesserungen wurden für die Jugendamtsleitungen und Jugenddezernent/innen reklamiert (hier waren lediglich 75% der Befragten zufrieden). Bei den Angeboten für JHA-Mitglieder zeigt sich ein weiterer Handlungsbedarf, 61% der Befragten waren zufrieden, 12% gaben die Note befriedigend und 5% ein ausreichend. 22% der Befragten machten keine Angaben, z.T. enthielten hier die Fragebögen die Anmerkung, dass man hier keine Informationen habe.



Aus den Kommentierungen ergaben sich folgende Anregungen: Die Fortbildungsangebote für die Fachkräfte sollten nach Einschätzungen einiger Befragter kürzer d.h. eintägig angeboten werden. Gelobt wurde die gute Vorbereitung und Durchführung der Fortbildungen. Ein wichtiger Aspekt sei hier auch direkte Austausch mit den Kolleg/innen anderer Jugendämter.

Besonders positiv hervorgehoben wurden die Angebote des Landesjugendamtes für Jugendhilfeplaner/innen. So wurde die Kommission Jugendhilfeplanung als sehr effektives Gremium bezeichnet. Generell wurden die Fortbildungs- und Beratungsangebote für die mittlere Planungs- und Leitungsebene als sehr gut bezeichnet, die Mitarbeiter/innen seien im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer ansprechbar und hilfsbereit mit kompetenter Unterstützung. Hervorgehoben wurde die gute bis sehr gute Mischung aus Fachinfos und informellem Austausch. Das Fachberatungsangebot solle aber weiter ausgebaut werden.

Mehrfach wurde bei den Angeboten für die Leitungsebene bemängelt, dass die eintägigen Veranstaltungen für Jugendamtsleiter/innen zu wenig Raum für den Erfahrungs- und Meinungsaustausch bieten. Die in letzter Zeit besuchten Veranstaltungen waren inhaltlich sehr informativ und gut organisiert. Besonders hervorgehoben wurden die Bemühungen um richtungsweisende, zukunftsorientierte Informationsleistungen.

Inhouse-Seminare für örtliche Jugendhilfeausschüsse wurden immer wieder positiv bewertet. Hier seien die Rückmeldungen der JHA-Mitglieder sehr positiv ausgefallen. Mehrfach wurde aber auch das mangelnde Interesse und die geringe Beteiligung der JHA-Mitglieder an Fachtagungen und Seminare genannt.

Unsere Auftraggeber

Zwischen der Wahrnehmung kommunaler Interessen und Auftragstätigkeit für das Landes NRW.

Das LWL-Landesjugendamt hat zwei Auftraggeber. Über die Landschaftsumlage finanzieren die Kommunen den überwiegenden Teil unserer Aktivitäten. Gleichzeitig sind wir in der Umsetzung der Förderinstrumente im Auftrag des Landes und des Bundes tätig. Der Landesjugendplan NRW bestimmt in hohem Maße die Ausgestaltung der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, das GTK in Verbindung mit der Förderpolitik des Landes bestimmt die Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder. Diese Landesförderung eröffnet den Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten, auf der anderen Seite ergeben sich Grenzen, in denen sich örtliche Jugendämter ebenso wie das Landesjugendamt bewegen müssen.

Bitte nennen Sie diejenigen Aspekte der kommunalen Jugendhilfe, in denen örtliche Bedarfe auf der einen Seiten und Realisierbarkeit auf der anderen Seite im Widerspruch zur überörtlichen Förderpolitik oder Gesetzgebung stehen:

Die befragten Jugendämter nannten eine Vielzahl von Widersprüchen zwischen der örtlichen Jugendhilfe(planung) und den landesgesetzlichen Regelungen und Förderinstrumenten. Deutlich wurde zudem der Unmut über die im Herbst 2001 geplante Mittelkürzung im Bereich der kommunalen Erziehungsberatungsstellen, der kommunalen offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienerholungsmittel formuliert. Ein Teil der Rückmeldungen bezog sich deshalb eher generell auf die geringe Verlässlichkeit und mangelnde Planungssicherheit. Kritisiert wurde vor allem die mangelnde Koordination der verschiedenen Förderinstrumente in der Ganztagsbetreuung von Schulkindern. (SiT – Programm, 13 plus-Programm u.ä.). Hier sollten eher alle Mittel gebündelt werden.

Beklagt wurde die deutliche Unterversorgung unter 3-jähriger Kinder und von Schülerinnen und Schülern mit ganztägigen Angeboten in Tageseinrichtungen. Der gesetzliche Anspruch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird nach Ansicht der Befragten durch die Förderpraxis des Landes bei diesen Altersgruppen nicht ausreichend berücksichtigt. Für die Schulkinder wird eine flächendeckende Ganztagschule gefordert.

Kritisch wurde auch die Jugendförderung gesehen. Kritisiert wurde immer wieder von kleinen kreisangehörigen Jugendämtern die bestehende Bagatellgrenze von 25.000 DM im Landesjugendplan. Angesichts der zum Landeshaushalt 2002 drohenden Mittelkürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit wiesen die Jugendämter auf die Not-

wendigkeit der Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hin. Ein Teil der Befragten warf zudem die Frage der Nachhaltigkeit der Landesjugendplanförderung auf. Die deutliche Projektförderung, verbunden mit jährlichen Antragsstellungen entsprächen nicht der örtlichen Planungsrealität. Da schon kein Drittes Ausführungsgesetz in NRW existiere, sollten garantierte Förderpauschalen (z.B. bemessen nach Jugendeinwohnerwerten i.V.m. Sozialstrukturindikatoren) nach Maßgabe der örtlichen Jugendhilfeplanung eingesetzt werden (mit doppeltem Kommunalanteil).

Das Landesjugendamt sollte – so der Wunsch der Befragten - hinsichtlich der Vermittlung kommunaler Bedarfslagen die Praxisentwicklungen pointierter für das Land aufbereiten.

Von Seiten der freien Jugendhilfe wurde die Gefahr mangelnde Flexibilität vor Ort durch die Versäulung der Förderung benannt. Allerdings garantiere dies auch gleichzeitig Qualitätsstandards.

Zum Schluss: Große Erwartungen.....

Ihre Erwartungen an LJHA und Landesrat

Jede neue Leitungsperson wird konfrontiert mit neuen Erwartungen, von außen wie auch von den eigenen Mitarbeiter/innen. Weil dies so ist, möchte ich Sie abschließend bitten, Ihre Erwartungen zu beschreiben. Mein Anliegen ist es, im kommenden Jahr auch persönlich mit Ihnen über unseren Auftrag als Landesjugendamt ins Gespräch zu kommen und es wäre hilfreich, wenn Sie die folgende Frage beantworten:

Welche Erwartungen an den Landesjugendhilfeausschuss und die Leitung des LWL-Landesjugendamtes haben Sie für die zukünftige Kooperation zwischen Landesjugendamt und Kommunen?

Die Antworten der befragten Jugendamtsleiter/innen und Jugenddezernent/innen zeigten deutliche Übereinstimmungen. Sie wünschen sich ein Landesjugendamt, das deutlich die Interessen der kommunalen Jugendhilfe vertritt. Ein zweiter Bereich der Erwartungen betrifft die Positionierung des Landesjugendamtes in der Diskussion um die Organisation des Jugendamtes. Hier wünscht sich die Leitungsebene der Jugendämter weiterhin Unterstützung. Ein dritter Aspekt betrifft die fachliche Unterstützung der Jugendämter durch Information, Beratung, Fortbildung und Unterstützung des kollegialen Austauschs: *„Wir erwarten Hilfestellung bei der Entwicklung von Standards und Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Jugendhilfe und die Sicherstellung des fachlichen Austausches zwischen den einzelnen Kommunen. Für die örtliche Ebene ist es sehr hilfreich, wenn das Landesjugendamt aktuelle Themen der Jugendhilfe aufgreift und exemplarische Lösungsmöglichkeiten entwickelt. Diese Aufgaben sollten weiterhin sichergestellt werden.“*

Insgesamt – so der Tenor der Befragung – wünscht man sich eine stärkere fachliche Ausstrahlung des Landesjugendamtes. Neben der aktiveren Rolle gegenüber anderen Akteuren in der Jugendhilfe wünscht man sich auch gegenüber den eigenen Fachkräften eindeutiger fachliche Positionierungen. Hier schreibt ein Jugendamt: *„Deutlichere und konkretere Vorgaben von Standards, Definitionen, Konzepten etc., dies wird nach meiner Einschätzung nicht als Bevormundung sondern als Hilfe empfunden.“*

Die freie Wohlfahrtspflege sah, gefragt nach der Beteiligung und Mitwirkung der freien Jugendhilfe an Entscheidungsprozessen des Landesjugendamtes bzw. des Landesjugendhilfeausschusses keine grundsätzlichen Defizite, eher mangelnde Beteiligung in Einzelfällen. Als Erwartung formulierten die Träger, dass die freie Jugendhilfe als Partnerin im Blick behalten werde und auf die Beteiligung auch vor Ort weiter geachtet werden sollte. Das Landesjugendamt sollte auch künftig dafür sorgen, dass landesweite Qualitätsstandards in der Jugendhilfe und der Jugendhilfeplanung vorgebracht werden.

Kleine und große Wünsche – die Umsetzung

Im Anschluss an die Auswertung der Erhebung wurden zunächst alle Teams im Landesjugendamt auf Referats- und Teambesprechungen informiert. Allen Fachkräften wurden hierzu die Detailergebnisse via Internet zugänglich gemacht. Diejenigen Anregungen und Wünsche, die sich speziell auf einzelne Themenfelder bezogen, wurden unmittelbar von den Sachgebieten aufgegriffen und werden laufend umgesetzt.

In den Produktkonferenzen des Landesjugendamtes (Planungsgruppen zu den Schwerpunkten Beratung, Fortbildung, Förderung und Testate) wurden die komplexeren Handlungsbedarfe gesichtet und bewertet. Hier betrifft die Umsetzung der genannten Anregungen zumeist veränderte Prioritätensetzungen (z.B. die Regionalisierung der Fortbildung), z.T. völlig neue Aufgaben (z.B. die Unterstützung der Jugendämter in der Drittmittelakquisition) oder arbeitsfeldübergreifende fachliche Weiterentwicklungen (z.B. verbesserter Transfer der Modellprojekte, Entwicklung von mehr Transparenz in der Förderung). Unmittelbar zu Jahresbeginn ging ein neuer Internetauftritt an's Netz., der kontinuierlich weiterentwickelt wird. Auf den Wunsch, zukünftig frühzeitiger und umfassender über neue Gesetzesregelungen und aktuelle Themen zu informieren, wurde durch gezielte Beratungsangebote und Inhouse-Seminare reagiert. Seit Herbst 2001 wurden nahezu flächendeckend Beratungs- und Qualifizierungsangebote zum SGB IX und zum Adoptionsrecht umgesetzt, als aktuelle Themen bieten wir zur Zeit Informationen vor Ort zur PISA-Studie und zum elften Kinder- und Jugendbericht an.

Bewertet man die Umfrage, so können Jugendämter und freie Träger sicher ebenso wie wir von den Ergebnissen profitieren. Es gibt konkretere Arbeitsplanungen, klare Anforderungen an das zukünftige Profil und viele Unsicherheiten (insbesondere zum Bereich Schutz von Kindern in Einrichtungen) konnten genommen werden. Es bleiben aber auch Phantasien, was diejenigen denken, die sich nicht beteiligt haben. Immerhin 37 Jugendämter hatten noch keine Zeit oder kein Interesse eine Bewertung abzugeben. Wer nun neugierig geworden ist, die Ergebnisse mit uns beraten möchte, andere oder ergänzende Hinweise machen möchte, der sollte sich mit uns in Verbindung setzen.

Zum Schluss: Ein Fragbogen enthielt den Kommentar: „Ihr seid gute Dienstleister aber auch ein zahnlöser Tiger!“ Nun wachsen Zähne nicht über Nacht und aus einer gezähmten Hauskatze wird auch nicht von heute auf morgen ein Raubtier. Aber wir üben schon, lauter zu fauchen!

Mareile Kalscheuer

Diplom-Pädagogin, Referentin für Marketing und Leistungsangebote im Landesjugendamt Westfalen-Lippe

Hilmar Peter

Der Jugendhilfeausschuss

Zentrum der örtlichen Jugendpolitik und Vorbild für die Bürgerkommune

Der Jugendhilfeausschuss ist im Gefüge der kommunalen Ausschüsse eine Sonderkonstruktion. Er ist zum einen *Teil des Jugendamtes*, er bildet also mit der *Verwaltung des Jugendamtes* zusammen das Amt. Zum anderen ist seine *Zusammensetzung* gesondert geregelt und unterscheidet sich dadurch von den übrigen Ausschüssen eines kommunalen Parlamentes.

Zusammensetzung und Sinn des Jugendhilfeausschusses

Die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) wird in § 71 Abs. 1 SGB VIII geregelt. Dort wird vorgeschrieben, dass drei Fünftel seiner Mitglieder sich aus der Vertretungskörperschaft oder von ihr gewählten Männern und Frauen, die in der Jugendhilfe erfahren sind, rekrutieren. Zu zwei Fünftel soll der Ausschuss aus Männern und Frauen bestehen, die von den *anerkannten* (s. § 75 SGB VIII) freien Trägern der Jugendhilfe vorgeschlagen und von der Vertretungskörperschaft gewählt werden. Dabei sollen die Vorschläge der Jugend- und Wohlfahrtsverbände angemessen berücksichtigt werden. Die freien Träger müssen im Einzugsbereich des öffentlichen Trägers wirken.

Soweit schreibt das Gesetz die Zusammensetzung vor. Es gibt hierzu noch zusätzliche Regelungen der Länder. Im Rahmen der landesrechtlichen Regelungen können auch die Zahl und die Art der beratenden Mitglieder bestimmt werden.¹

Um den Sinn einer eigenständigen Jugendbehörde und deren Zusammensetzung ergründen zu können, ist es erforderlich, in die Geschichte der Jugendgesetzgebung in Deutschland zu blicken: Die Regelungen gehen auf das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) des Jahres 1922 zurück, das 1924 in Kraft getreten ist. Der JHA (früher JWA, Jugendwohlfahrtsausschuss) war ursprünglich als Beirat konstruiert und wurde später (1953) mit eigenen Rechten ausgestattet. Mittels eines Reichsgesetzes wurde die Organisation der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften teilweise vorgegeben; dies hat das Bundesgesetz fortgesetzt:

- es wurde und wird vorgeschrieben, dass Jugendämter zu gründen sind,
- es wurde und wird eine grundlegende Organisationsstruktur definiert (Zweigliederigkeit), und
- es wird die Zusammensetzung eines Jugendamtsgliedes, nämlich des Ausschusses, festgelegt.

Dem lag die Annahme zu Grunde, dass für die Wohlfahrt der Jugend ein eigener starker öffentlicher Auftrag zu definieren sei. „Jugendhilfe - die sich historisch aus der Armenfürsorge entwickelt hatte - wurde dabei als Aufgabe angesehen, welche die Elemente Erziehung, Bildung und Fürsorge gleichermaßen umfasste.“ (Pröll, R. 1992: 39) Erziehung der Jugend außerhalb von Schule und Elternhaus sollte ein eigenständiger Zweig öffentlicher Wohlfahrt werden.

„Die Eigenständigkeit des Jugendamtes sollte klarstellen, dass Jugendhilfe nicht nur eine Fürsorgeleistung ist, sondern pädagogische Intentionen und Ansprüche beinhaltet und deswegen auch organisatorisch von der Wohlfahrtsbehörde gesondert sein muss“, so

¹ Ausführlich hierzu: *Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Landesjugendamt und Westfälische Schulen* (Hg.) 2000: 64 ff und *Münder, J./ Ottenberg, P.* 1999: 26 ff

Münder, J./ Ottenberg, P. (1999: 12). Das Ziel war also, der Jugendbehörde eine besondere Stellung im Gemeinwesen zu geben und sie auch deshalb mit besonderen Rechten auszustatten.²

Die Zusammensetzung des Ausschusses hatte aber auch noch andere Wurzeln: Es sollten nicht nur „leitende Beamte“ (wie es im Gesetzestext von 1922 heißt), sondern Männer und Frauen, die mit Jugendlichen Erfahrung hatten, Mitglied werden können, insbesondere solche Menschen, die im Spektrum der freien Träger tätig waren.

Analysiert man die Zusammensetzung des Ausschusses und die zweigliedrige Konstruktion des Jugendamtes, kann man zu folgenden Ergebnissen kommen:

- Das Jugendamt ist eine demokratische Kollegialbehörde;
- es werden gesellschaftliche Kräfte (bürgerschaftliche Vereinigungen) in den politischen Prozess einbezogen;
- es werden ebenso engagierte Bürger und Bürgerinnen des Gemeinwesens einbezogen;
- es können rein bürokratische Strukturen durch die Einbeziehung der genannten Personen und Organisationen bürger- und bürgerinnennäher gestaltet werden;
- die Fachlichkeit der Entscheidungen kann durch die Erfahrungen und das Können anderer Beteiligter und insbesondere auch durch die Einbeziehung der nicht stimmberechtigten Mitglieder gesteigert werden.

In den Worten von Münder und Ottenberg: „Insofern lässt sich die Vorstellung über die Funktion des Jugendamtes mit den Stichworten lebendiges Jugendamt, demokratische Kollegialbehörde, bürgerschaftliche Mitverantwortlichkeit beschreiben. Damit kommen reformpädagogische Überlegungen der damaligen Zeit mit entsprechenden Demokratiebestrebungen der ersten deutschen Republik zusammen.“ (1999: 12)

Die Rechte des Ausschusses

Die Stellung des Ausschusses ist nicht nur strukturell durch die Zweigliedrigkeit eine Besondere, sondern sie wird auch durch die Ausstattung mit besonderen Rechten gestärkt. Um das zu verdeutlichen, sollen die wesentlichen Rechte des Ausschusses im folgenden kurz dargestellt werden. Die rechtliche Situation kann man in Anhörungs-, Beratungs-, Antrags- und Beschlussrechte unterteilen.

Das *Anhörungsrecht* (§ 71 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII) bestimmt, dass der JHA vor jeder Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe angehört werden soll. Soll-Bestimmungen können nur in begründeten Ausnahmefällen übergangen werden. Mit dieser Regelung wird ebenfalls der Wert, den Jugendhilfe im Gemeinwesen haben sollte, hervorgehoben. Bei der Einstellung einer neuen Jugendamtsleiterin oder eines -leiters soll ebenfalls der JHA gehört werden.

Das *Beratungs- oder Befassungsrecht* besagt, dass sich der JHA mit *allen* Angelegenheiten der Jugendhilfe befassen kann (§ 71 Abs. 2). Damit wird der JHA zum zentralen Beratungsgremium in Sachen kommunaler Jugend- und Jugendhilfepolitik. Als Beratungsgegenstände nennt das Gesetz *insbesondere* (d.h. nicht ausschließlich)

- die Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien...
- die Jugendhilfeplanung und
- die Förderung der freien Jugendhilfe

Das *Antragsrecht* (§ 71 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII) besagt, dass der Ausschuss sich direkt mit Anträgen an den Rat oder den Kreistag (Vertretungskörperschaft) wenden kann. Dadurch können Anträge eingebracht werden, obwohl sie bereits z.B. vom Hauptausschuss abgelehnt worden sind. Andererseits kann der JHA „auf Angelegenheiten Einfluss nehmen,

² Einen kurzgefassten Rückblick zur Geschichte, auch zu den pädagogischen Hintergründen geben Galuske, M./ Struck, N./ Thole, W. 2000, in: dies. (Hg.): 3 ff sowie Müller, C.W.2000, in: Galuske et al.: 91 ff

die aufgrund der Gemeindeordnung/Kreisordnung und ggf. der Hauptsatzung der Gemeinde/ des Kreises dem Rat/ Kreistag selbst vorbehalten sind." (*Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hg.) 2000: 28*)³

Das *Beschlussrecht* besagt, dass der JHA im Rahmen

- der bereitgestellten Mittel
 - der Satzung und
 - der Beschlüsse der Vertretungskörperschaft
- eigene Beschlüsse fassen kann (§ 71 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII).

Diese rechtlichen Sonderstellungen sind als Instrumente zu betrachten, die den Ausschuss stärken sollen, ihm ein besonderes Gewicht innerhalb der Vertretungskörperschaft zu kommen zu lassen. Damit sollen die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen gestärkt werden.

Der pädagogische und politische Gehalt des Gesetzes

Im Gesetz stehen einige zentrale Begriffe, die Zielsetzung und "Geist" verdeutlichen. Man kann sagen, dass die leitende Terminologie eine pädagogische ist. Dies soll an einige Beispielen erläutert werden.

Schaut man sich u.a. den mittlerweile berühmten § 1 des SGB VIII an, so werden die sinnleitenden Begriffe deutlich: *fördern, entwickeln, beraten, unterstützen* und *schützen*. Die *Entwicklung* des jungen Menschen soll *gefördert* werden und in diesem Zusammenhang sollen Benachteiligungen vermieden oder abgebaut werden. Erziehungsberechtigte sollen *beraten* und *unterstützt* werden. Kinder und Jugendliche sollen vor Gefahren *geschützt* werden.

Dies soll mit *individuellen Rechtsansprüchen* und mit *infrastrukturellen Gewährleistungspflichten* erreicht werden (*Münder, J./Ottenberg, P. 2000: 16 ff*).

Die leitenden Begriffe sind in ihrer Umsetzung nur denkbar, wenn die Handlungsfelder des SGB VIII (*Leistungen* §§ 11 ff und *andere Aufgaben* §§ 42 ff) sich als Möglichkeiten erweisen, mit deren Hilfe eine pädagogische Beziehung konstituiert werden kann. Eine solche Beziehung ist geprägt von der Unterstellung, dass es möglich ist, jungen Menschen - egal in welcher geistigen, körperlichen oder sozialen Lage sie sich gerade befinden - angemessene Entwicklungsanreize zu geben. Dabei sollen Erziehungsberechtigte unterstützt und beraten werden. Es handelt sich im wesentlichen um eine positive Orientierung, die von der Lern- und Entwicklungsfähigkeit des Kindes oder des Jugendlichen ausgeht.

Da diese Entwicklungsmöglichkeit nicht nur über Personen gefördert werden kann, sondern die gesellschaftlichen Umstände, die ihrerseits politisch gesteuert werden, ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen, sieht der Gesetzgeber vor, dass Jugendhilfe auch dazu beitragen soll

- positive Lebensbedingungen und
 - eine kinder- und familienfreundliche Umwelt
- zu erhalten oder zu schaffen (§ 1 Abs. 3 Pkt. 4)

Diese *pädagogische* und *strukturell-politische* Sicht der Unterstützung und Förderung von jungen Menschen und ihren Erziehungsberechtigten taucht an verschiedenen Stellen des Gesetzes in unterschiedlichen Varianten auf.

Die jeweilige kommunale Jugendhilfepolitik soll dadurch, dass sie angemessene Rahmenbedingungen schafft, die individuellen pädagogischen Beziehungen ermöglichen und erleichtern. Um dies zu erreichen, sieht der Gesetzgeber einige Steuerungsinstrumente vor. Das vorrangige Instrument ist die *Jugendhilfeplanung* (§ 80 SGB VIII). Der Jugendhilfeausschuss ist hierfür das zentrale Steuerungsorgan (§ 71 Abs. 2 SGB VIII). Planung soll die Grundlagen für jugendhilfepolitische Entscheidungen vor Ort legen.

³ Zur vertieften rechtlichen Betrachtung *Münder, J./Ottenberg, P. 1999: 59 ff*

soll die Grundlagen für jugendhilfepolitische Entscheidungen vor Ort legen. Deshalb ist Jugendhilfeplanung auch kommunale Pflichtaufgabe. Ein zweites Steuerungsinstrument ist die *Qualitätsentwicklungsvereinbarung* nach § 78b SGB VIII. Hierdurch sollen Hilfen nach qualitativen Gesichtspunkten gefördert und gewährt werden. Das dritte Steuerungsinstrument ist die *Hilfeplanung* nach § 36 SGB VIII. Dieses ist im wesentlichen ein fachlich-pädagogisches Instrument. Es ist in diesem Sinne kein Steuerungsinstrument des JHA.

Die Modernität des Jugendamtes

Wenn man sich die im SGB VIII vorgeschriebene Struktur des Jugendamtes und die Zusammensetzung des JHA vor Augen führt, so wird klar, dass die Schöpfer dieser Grundidee im Jahre 1922 ihrer Zeit weit voraus waren. Genau diese Konstruktion passt in die heutige Zeit, in der bürgerschaftliche Mitverantwortung groß geschrieben wird, die Bürgergesellschaft auf der politischen Agenda steht.⁴ Sie passt in eine Zeit, deren verfassungsmäßig vorgesehenen politischen Beteiligungsstrukturen offensichtlich den Menschen nicht mehr genügen. Die Parteien z.B. spiegeln nicht mehr das politische Meinungsspektrum wider. Es gibt immer mehr relevante Öffentlichkeiten, die sich unabhängig vom Parteispektrum zu Wort melden. Gerade für diese bürgerschaftlich engagierten Gruppen müssen viel mehr Mitsprachemöglichkeiten geschaffen werden. Das Gleiche gilt für junge Menschen. Sie sind zwar daran interessiert, sich politisch zu beteiligen, nicht aber an politischen Ritualen.

Darüber hinaus kann man durchaus feststellen, dass die gegenwärtigen Bemühungen um bürgernahe Verwaltungsreformen von der Jugendhilfe lernen können. "In der Jugendhilfe sind bereits Strukturelemente angelegt und praktiziert worden, die den Prozess der Verwaltungsreform stützen und weiterbringen, so z.B. der Einbezug gesellschaftlicher Gruppierungen, die Orientierungen von Leistungen bzw. Produkten am Bedarf der Bürger, die Einbeziehung der Adressaten in die Hilfestaltung als Form der Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung, die Verbindung von adressaten-orientierter Fachplanung und Ressourcen-Planung in Form der Jugendhilfeplanung u.a.m." (*Merchel, J.* 1999: 146 ff)

Es gäbe nun vielfältigen Anlass darüber zu spekulieren, warum die Möglichkeiten des JHA nur zum Teil mit der politischen Realität übereinstimmen. Das hat vielfältige Gründe, die nur cursorisch aufgeführt werden können: Zunächst muss festgehalten werden, dass es in keinem hohen politischen Ansehen steht, sich mit Kindern und Jugendlichen und deren Problemen zu befassen. Es handelt sich nicht um relevante Bezugsgruppen. Für Wahlen sind sie relativ uninteressant. Außerdem gibt es Fachausschüsse im kommunalen Parlament, in denen ein höheres Ansehen erworben werden kann, weil sie "mächtiger" sind. Es sind vor allem Ausschüsse, die mit Wirtschaft und Finanzen zu tun haben oder aber mit der internen Politiksteuerung. Die "sichtbaren" Erfolge im JHA sind - im Gegensatz zum Bau- oder Kulturausschuss beispielsweise - relativ gering. Man kann sich schlecht Denkmäler errichten, die auch noch öffentlich honoriert werden. Ein weiterer Grund kann im Handeln und in der Haltung der Verwaltung liegen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat erst sehr spät verstanden - teilweise versteht sie es immer noch nicht - dass der Ausschuss ein Teil des Amtes ist und von der Verwaltung in die Lage versetzt werden muss (als interne Dienstleistung und Politikberatung) Entscheidungen zu fällen. Scheinbar eindeutige Entscheidungsvorlagen verhindern weitgehend Diskussionen und das kontroverse Ringen um den richtigen Weg. So sind JHA und Verwaltung des Jugendamtes nominell - dem Gesetze nach - ein Amt. Mental sind es jedoch weiterhin zwei Welten: Ein Verwaltung, die den Weg des geringsten Widerstandes gehen will, und ein Ausschuss, der nicht eingebunden wird in Diskussionen und Entscheidungsvorbereitung. Außerdem fühlt er sich nach wie vor als eine Versammlung von "Laien" gegenüber einer Fachverwaltung, bei der man aufpassen muss, nicht "über den Tisch gezogen" zu werden. Misstrauenskultur ersetzt Kooperationskultur.

⁴ vgl. hierzu auch *Ackermann, P.* 1998 und *Theodor-Heuss-Stiftung* 1999, sowie *MFJFG-NRW* 2000

Verwaltung des Jugendamtes und Jugendhilfeausschuss beginnen erst allmählich zu begreifen, dass sie die Speerspitze einer modernen Verwaltung sein könnten. Diese Speerspitze könnte aus den beiden Seiten

- *bürger- und bürgerinnenorientierte Verwaltung mit demokratischer Selbstkontrolle* und einem
- modernen Politikverständnis, das auf produktiven Streit und Partizipation der Bevölkerung ausgerichtet ist, bestehen.

Hoffentlich merken die Verwaltungsreformenden aller Couleur und die entscheidenden kommunalpolitischen Köpfe, dass mit dem Jugendamt dafür ein Modell zur Verfügung steht.

Die Handlungsfähigkeit des JHA in dem geforderten modernen Sinne kann gestärkt werden,

- wenn er sich auf *Ziele* verständigt, um die *Situation von Kinder und Jugendlichen* zu verbessern. Dies auf der Basis einer
- *kontinuierlichen Planung*, die die Verständigung innerhalb des Ausschusses mit unterschiedlichen Interessen⁵ fördern kann;
- wenn er sich auf *Grundsatzentscheidungen* konzentriert und die Umsetzung der Verwaltung überlässt;
- wenn er seine nicht geringen *Rechte* selbstbewusst wahrnimmt, im Bewusstsein, dass er einem *modernen Ausschuss* angehört, der als Vorbild für andere Ratsausschüsse dienen kann;
- wenn er sich darüber im Klaren ist, dass er Teil einer *Kollegialbehörde* ist, die sich selber *demokratisch kontrolliert*;
- wenn die Verwaltung des Jugendamtes sich endlich gegenüber dem politischen Teil seines Amtes als *interner Dienstleister* und *Politik beratende Institution* definieren würde.

Literatur

Ackermann, P. 1998: Bürger Handbuch - Basisinformationen und 57 Tips zum Tun. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag)

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hg.) 1992: Reader Jugendhilfe. Bonn

Galuske, M./ Struck, N./ Thole, W. 2000: Das Ende des Jugendamtes? Vom "leisen" Verschwinden einer sozialpädagogischen Fachbehörde - Ein thematischer Aufriss, in: *dies.* (Hg.)

Galuske, M./ Struck, N./ Thole, W. (Hg.) 2000: Zukunft des Jugendamtes. Neuwied/Kriftel (Luchterhand)

Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Landesjugendamt und Westfälische Schulen (Hg.) 2000: Der Jugendhilfeausschuss. Einführung - Stichworte - Materialien. (Bezugsanschrift: Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Landesjugendamt und Westfälische Schulen, 48133 Münster)

Merchel, J. 1999: Wohin steuert die Jugendhilfe? Innovationsfähigkeit der Jugendhilfe zwischen neuen Steuerungsmodellen und Debatten um Jugendamtsstrukturen, in: *Jugendhilfe* 37, Heft 3

MFJFG-NRW (Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen) 2000: Sozialstaat im Wandel. Herausforderungen, Risiken, Chancen, neue Verantwortung. Eine wissenschaftliche Untersuchung. Bezug über Ministerium

⁵ diese sind sehr gut bei *Münder, J./ Ottenberg, P.* 1999 herausgearbeitet

Müller, C.W. 2000: Das Jugendamt: Ein Amt, das Geschichte machte, in: *Galuske et al.*: 91 ff

Münder, J./ Ottenberg, P. 1999: Der Jugendhilfeausschuss. Münster (Votum)

Pröbß, R. 1992: Der Jugendhilfeausschuss: Gesetzliche Grundlagen und jugendpolitischer Auftrag, in: *Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hg.)*

Theodor-Heuss-Stiftung (Hg.) 1999: Die Bürgergesellschaft lebt! Schwalbach/Ts (Wochenschau Verlag)

Hilmar Peter

Dr., Leiter des Jugendhofes Vlotho, Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe

Gerhart Schöll

Politische Bildung, Islam und Muslime

Erfahrungen in Seminaren und mit Teilnehmenden im Jugendhof Vlotho

Veranstaltungen, die sich mit dem Islam, mit Muslimen und islamischen Ländern befassen gibt es, von früheren Einzelthemen einmal abgesehen, seit einem Vierteljahrhundert im Jugendhof. Sie waren eine konsequente Weiterführung von Seminaren zur Nord/Süd-Problematik zu Beginn der 60er Jahre (aus denen auch der Arbeitskreis Entwicklungspolitik mit dem AKE-Bildungswerk entstand). Über Studienreisen, später Jugend- und Fachkräfteaustausch mit Ländern Nordafrikas und der Türkei, wurden zunehmend die Nord/Süd-Problematik in unserem eigenen Lande, Fragen der Migrationsgesellschaft und der Menschen, die es betraf, aufgegriffen. Als Referentinnen und Referenten wurden von Anfang an auch Muslime eingeladen, die Teilnehmenden waren zunächst nur selten selbst Migranten.

Seit der Mitte der 80er Jahre gab es Seminare mit Asylsuchenden (in jüngerer Zeit insbesondere aus Afghanistan, Algerien, der Türkei, dem Iran), die ihnen einerseits ein Stück Orientierung in der Gesellschaft, in der sie nun lebten, geben sollten. Dazu gehörten Hilfe in Alltagsfragen ebenso wie Kontakte zu interessierten „Einheimischen“ und Verständnis für deren Verhalten und Kultur. Umgekehrt richteten sich andere Seminare dann an diese, Sozialarbeiter/innen, zu deren Aufgabe auch die Betreuung von Flüchtlingen gehörte (oder anderer Migranten/innen) ebenso wie ehrenamtlich in Initiativgruppen Engagierte.

In den letzten Jahren kamen dann zunehmend Musliminnen und Muslime in den Jugendhof Vlotho, die schon lange hier leben oder hier schon geboren sind. Ihre Familien sind meist türkischer Abstammung, manche stammen auch aus arabischen oder anderen islamischen Ländern. Manche trinken alkoholische Getränke, die Meisten nicht, einige essen auch Schweinefleisch, die Meisten nicht, einige essen überhaupt kein Fleisch sondern schließen sich den Vegetariern an, weil die Tiere, deren Fleisch im Jugendhof auf den Tisch kommt, nicht nach den religiösen Geboten des Islam geschlachtet worden sind. Einige Mädchen und Frauen tragen Kopftücher, andere nicht. Viele Männer sind Machos, aber bei weitem nicht alle. Solche mehr äußerlichen Erscheinungsbilder, die uns häufig als erste Assoziationen beim Stichwort Islam kommen, sind hier bewusst an den Anfang gestellt, um noch einmal deutlich zu machen, wie breit nicht nur das Spektrum derer ist, die sich als Muslime bezeichnen sondern auch das breite Spektrum der muslimischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen im Jugendhof (die meist in Zusammenarbeit mit dem AKE-Bildungswerk stattfinden, bei dem selbst zwei Bildungsreferenten mit Migrationshintergrund, eine Muslimin und ein Muslim, mitarbeiten).

Seminare mit Jugendlichen: Muslime in Schulklassen

Einige junge Muslime kamen – wie in anderen Bildungsstätten – innerhalb ihrer Schulklassen in den Jugendhof. Wer es noch nicht wusste, dem konnte spätestens hier deutlich werden: Das Spektrum des gelehrten ebenso wie des gelebten Islam ist mindestens so breit wie das, was unter dem Begriff Christentum zusammengefasst wird. Hinzu kommt – und darauf ist ja auch in den vielen politischen Diskussionen seit dem 11. September verstärkt hingewiesen worden – dass sich politische und religiöse Ideologie gerade bei Muslimen oft nicht oder mindestens nicht sauber voneinander trennen lassen. Aber nicht nur werden oft politische Vorstellungen aus dem Islam begründet, die sich weder aus dem Koran noch der islamischen Überlieferung begründen lassen oder muss der Islam sogar dazu herhalten, politische Ziele, die nach weitgehend übereinstimmender

Einschätzung mit dem Islam überhaupt nicht vereinbar sind, zu rechtfertigen oder zu begründen. Auch vieles, was Alltagsverhalten rechtfertigt, wird aus dem Islam begründet, obwohl dahinter (häufig vorislamische) kulturelle Traditionen des jeweiligen Herkunftslandes stecken.

Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: traditionelle Frauen- und Mädchen, Männer- und Jungenbilder (und entsprechende Rollenzuweisungen). Wer sich in den 60er oder frühen 70er Jahren mit der Rolle von Frauen und Mädchen in vielen Regionen Spaniens, Italiens (besonders Sizilien) oder Griechenlands befasste (und in Vlotho gab es damals schon in der Vorbereitung von Studienaufenthalten in Entwicklungsregionen in Griechenland, Unteritalien und Sizilien Seminare, bei denen solche Fragen eine große Rolle spielten), konnte und kann erstaunliche Parallelen finden zwischen der damals konstatierten Situation von Frauen und Mädchen in diesen Regionen und dem, was uns heute typisch für die islamischen Länder Nordafrikas oder für die Türkei erscheint, insbesondere für die ländlichen Regionen. Aus (eher westeuropazentrierter) kritischer Sicht lässt sich das als starke Benachteiligung von Mädchen und Frauen zusammenfassen, aus eher konservativer dortiger Sicht als die natürliche bzw. gottgewollte Ungleichheit, verbunden mit strengen Auffassungen über Kontakte bzw. Abgrenzungen zwischen Jungen und Mädchen, Männern und Frauen. Dazu passt dann das Bild von deutschen (bzw. nichtmuslimischen) Frauen und Mädchen, deren Verhalten als zu freizügig und oft anstößig empfunden wird, hinter dem oft ein sehr einfaches, um nicht zu sagen primitives religiöses Verständnis steckt, bei türkischen Jugendlichen oft verbunden mit einem gehörigen Schuss Nationalismus.

Es sind eher solche Fragen und Positionen, mit denen man konfrontiert wird, wenn man es in der politischen Bildung mit jungen Musliminnen und Muslimen zu tun hat, beispielsweise in der Arbeit mit multikulturell zusammengesetzten Schulklassen. Positionen aus besonders strenggläubigen Familien fehlen häufig, weil die Kinder, insbesondere die Mädchen, aus solchen Familien nicht zu Klassenveranstaltungen mitfahren dürfen (ähnlich wie bei strenggläubigen Aussiedlerfamilien).

Da den meisten türkisch-muslimischen Schülern tiefergehende religiöse Kenntnisse fehlen, sie aber dennoch davon überzeugt sind, sich mit ihren Überzeugungen auf dem Boden ihrer Religion zu befinden, ist eine Diskussion in einer homogen zusammengesetzten Gruppe von Muslimen meist nicht sehr effizient, in einer heterogen zusammengesetzten Gruppe von Muslimen und Nichtmuslimen leicht problematisch, weil sich bei den Nichtmuslimen das Bild von „dem Islam“ und vorhandene Vorurteile eher noch verfestigen.

Interessant kann es da sein, wo in einer Gruppe Muslime mit unterschiedlichen Positionen zusammensitzen und wo diese untereinander über sie bewegende Fragen, die mit ihrer Religion zusammenhängen, diskutieren, insbesondere wenn es gelingt, dazu auch einen Teamer oder eine Teamerin mit entsprechendem Sachverstand zu gewinnen, am besten selbst Muslim oder Muslimin. Ähnliches gilt für gemischte Gruppen: Teamer/innen aus beiden Religionen und in religiösen und politischen Fragen gleichermaßen gut bewandert. Auch da können noch Probleme auftreten, wenn ein starkes Misstrauen dem Haus bzw. der Einrichtung gegenüber besteht, in der die Veranstaltung stattfindet oder wenig Kenntnisse darüber vorhanden sind und die Teilnehmenden Sorge haben, sie sollten missioniert bzw. vom Glauben abgebracht werden.

Auch wenn Religion selbst in einem solchen Fall für die gesamte Gruppe zum Thema gemacht wird, kann es sehr hilfreich und auch für alle Beteiligten interessant sein, jemanden einzuladen, der sachkundig und offen seine Religion bzw. die wichtigsten Grundzüge dieser Religion darstellen kann. In der Regel wird dabei sowohl muslimischen wie christlichen (zum Teil stark säkularisierten) Jugendlichen auch oft für sie selbst neues zusätzliches Wissen über ihre eigene Religion vermittelt, insbesondere in der Gegenüberstellung. Sinnvoll ist es, dies mit einem gemeinsamen Besuch einer Kirche und einer Moschee bzw. eines muslimischen Gebetsraumes zu verbinden.

Wenn junge Muslime in dieser Situation als Schülerinnen und Schüler von Klassen an Maßnahmen der politischen Bildung in Bildungsstätten teilnehmen, treten nach meinen Erfahrungen wenig Unterschiede zwischen Muslimen und Nichtmuslimen in Einstellungen zu politisch/gesellschaftlichen Fragestellungen auf, zumal auch bei Nichtmuslimen, bei „typisch deutschen“ Jugendlichen in den o.g. Fragen (wie männlich/weiblich) durchaus häufig nicht allzu weit entfernte Positionen zu finden sind.

Relevante Unterschiede gibt es vor allem in zwei Themenkomplexen:

- Fragen von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, die Muslime – aber in erster Linie nicht als solche, sondern in ihrer Eigenschaft als Migranten - in der Regel anders erleben als Jugendliche, die nicht aus Migrantenfamilien kommen
- während „wir Deutschen“ aufgrund unserer Geschichte uns vielfach verpflichtet fühlen, eher mit Kritik an Israel zurückzuhalten, fühlen sich Muslime in der Regel eher mit den Palästinensern solidarisch.

Jugendliche aus (religiösen) Gemeinden

Durchaus ähnlich sind die Erfahrungen, die wir in einer speziellen Form von Seminaren mit Jugendlichen gemacht haben, zu denen gemeinsam Jugendliche aus einem Stadtteil einer westfälischen Großstadt eingeladen wurden, die dort jeweils einer Kirchen- bzw. Moscheegemeinde angehören.

Wichtiger Bestandteil schon der Vorbereitung war es, bei den Eltern um Vertrauen zu werben, was klar getrennte Unterbringung von Jungen und Mädchen bedeutete, Schweinefleisch- und Alkoholtabu und auch über Begleiterinnen, die für die Eltern vertrauenswürdig waren, dafür zu sorgen, dass auch die türkisch-muslimischen Mädchen mitkommen konnten. Aber sonst? Es war ein Seminar, das dem besseren gegenseitigen kennen lernen diente, dem Abbau von Vorurteilen (die auch durchaus da waren – aber soweit jedenfalls geäußert – nicht auf religiöse Fragen bezogen) und Fragen, wie man im Stadtteil mehr gemeinsam tun kann.

Aus Seminarberichten:

„Bilder, die wir voneinander haben“

So heißt ein Wochenendes, bei dem es um das Kennenlernen geht. „Welche Vorurteile haben Türken über Deutsche“, ist am Samstag Morgen die Aufgabe für rein muslimische Kleingruppen. „Welche Vorurteile haben Deutsche über Türken“ heißt entsprechend die Aufgabe der deutschen Beteiligten. In den Umriss eines Teilnehmers werden die bekannten Vorurteile gemalt und geschrieben. Dass Türken „Dönerfresser“, „Knoblauchstinker“ und in der „Türkenmafia“ sind, dass sie immer Messer und Goldkettchen tragen, schwarze schmalzige Haare haben und überhaupt stinken, sind ja bekannte Klischees. Aber das Deutsche Karoffelfresser sind, immer Risse in der Kleidung haben, blond – blöd und blauäugig sind, dass sie Hunde lieber haben als Kinder, dass sie genauso Dönerfresser sind und dass sie auch stinken, weil sie im Intimbereich unrasiert sind, das ist den deutschen Teilnehmenden doch neu. Das Gelächter über die Ergebnisse kann ausgesprochen befreiend sein.

Nachmittags dann vier Neigungsgruppen. Eine Zeitungsgruppe verfasst am Computer Artikel, in denen die genannten Vorurteile satirisch überzogen entfaltet werden. Mit einem guten Layout-Programm werden die Artikel dann zu einer kleinen Zeitung zusammengestellt und der Gesamtgruppe vorgestellt. Eine Malgruppe bearbeitet mitgebrachte Fotos und Zeitungsausschnitte, die die Moschee, die Kirche und den Stadtteil zeigen. Mit viel Farbe werden die Bilder und Artikel in Beziehung gesetzt und als Kollagen zu großen Bildern zusammengestellt. Eine Videogruppe lernt den Umgang mit der Kamera, interviewt auf der Strasse Menschen zu ihren Vorurteilen und besucht die Kirche und den

muslimischen Gebetsraum in Vlotho . Anschließend werden die Aufnahmen geschnitten und der Gesamtgruppe gezeigt. Beim Kochen lernt eine vierte Gruppe sich besser kennen. Karniyarik – gefüllte Auberginen lernen die deutschen Teilnehmenden kochen, den türkischen zeigen sie dafür, wie man einen deftigen Eintopf macht. Zum Abendessen dürfen dann alle probieren und natürlich kommentieren.

Ein gemeinsames Gebet zum „Balken im eigenen Auge“, zur Verantwortung für den Fremden und zur Nächstenliebe vertieft das Thema am Sonntag Morgen.

Anti-Gewalt-Training

Die Angst vor rechter Gewalt und die ausgerufene Dekade gegen Gewalt geben dieser Thematik neue Aktualität. In ihren Wohnbezirken lernen türkische Schüler genauso wie deutsche, sich durch Gewalt zu behaupten. Der Rechtsradikalismus zeigt aber auch Jugendlichen deutlich, dass jeder in die Position des Schwächeren geraten kann.

Die gegenseitige Einschätzung von deutschen und türkisch-stämmigen Jugendlichen zum Thema Gewalt ist kompliziert. Beide erklären die andere Seite zu Feiglingen: Türken, weil sie „ihren großen Bruder holen“, das heißt, Konflikte zu Gruppenkonflikten machen; Deutsche, weil sie zuschauen, wenn zwei sich prügeln und nicht eingreifen, beschwichtigen oder abwiegeln.

Alle haben schon mehr oder weniger starke Formen von Gewalt erlebt. Neben Gewaltformen, die jeder erleben kann, berichten türkische Jugendliche auch von Situationen, in der sie als Türkin oder Türke bedroht worden sind. Mit diesen eigenen Erlebnissen wird gearbeitet. Die Rollenspiele fesseln und lassen die Jungen neue Rollen des Mannseins ausprobieren. Was mache ich, wenn ich erlebe, wie eine türkische Frau mit Kopftuch und Kinderwagen von Deutschen daran gehindert wird, in einen Bus zu kommen? Hier kann ganz neue Solidarität gelernt werden.

Im abschließenden gemeinsamen Friedensgebet wird Sure 3,103f. rezitiert, und aus der christlichen Tradition die Bergpredigt Matth.5,43-48

„Männer und Frauen – Mädchen und Jungen“

Ein drängendes Thema, leben die teilnehmenden Jugendlichen doch in einem enormen Spannungsfeld zwischen türkischen und mitteleuropäischen Kulturmustern, zwischen christlichen und muslimischen Moralvorstellungen und zwischen Tradition und Moderne. Die Teilnahme türkisch-deutscher Pärchen mit ihrer eigenen Liebes- und Leidensgeschichte kann die Gespräche beflügeln. Nur in einer Atmosphäre des Vertrauens kann dieser Dialog gelingen. Alles muss seinen Ort haben können, schnelle Urteile oder Vorverurteilungen sind fehl am Platze; da sollte das Leitungsteam einig, deutlich und vorbildhaft sein. Machos fertig zu machen oder vorzuführen ist gerade für die Gesprächsleitung eine Verlockung, der sie widerstehen sollte. Viele Gesprächsgänge finden besser in getrenntgeschlechtlichen Gruppen statt. „Was denken wohl Mädchen über Jungen?“ wurde in zwei Jungengruppen gefragt. Antworten waren: Männer sind gewalttätig; Schweine; wollen nur das Eine; Männer sind stärker; unromantisch; gefühllos; Machos. Männer gehen fremd; sind angeberisch; schnell eifersüchtig; geldbesessen; Säufer; Befehlshaber.

„Was denken Männer über Frauen“, wurde in den Mädchengruppen gefragt. Antworten waren: Frauen sind viel ordentlicher, für Kinder zuständig; gute Zuhörerinnen; gute Hausfrauen; müssen geschützt werden. Mädchen sind zickig; sollen nicht so oft rausgehen; leicht rumzukriegen; eine Stufe tiefer; schwächer als Jungen. Jungen denken, sie seien etwas Besseres. Jungen denken, dass es Mädchen schadet, mit den Jungen abzuhängen. Mädchen werden nach Kleidung und Aussehen beurteilt; geben viel Geld aus. (Bernd Neuser)

Bis auf die eingangs genannten mehr organisatorischen Fragen gab es dabei eher keine, und noch weniger eindeutig religiös bedingte, Unterschiede zwischen Muslimen und den anderen. Alle waren offen für gegenseitiges Kennenlernen und für Zusammenarbeit (wobei sie sich wahrscheinlich auch nicht zu diesem Seminar angemeldet hätten, wenn sie aus religiösen oder sonstigen Gründen Bedenken gehabt hätten).

Extremistische Positionen kommen nicht

„Fundamentalistische“ oder „islamistische“ Positionen habe ich in Seminaren im Jugendhof bisher nicht erlebt. Bei offen ausgeschriebenen Seminaren in Vlotho erscheint mir auch wenig wahrscheinlich, dass sich entsprechende Ideologen dort anmelden würden. Es kommen in der Regel eher die, die offen für Austausch und Gespräche sind. Am wahrscheinlichsten wäre es noch, dass derlei Positionen unter Teilnehmenden vertreten sind, die gemeinsam im Klassenverband, also eben nicht ganz freiwillig zu einer Veranstaltung kommen. Aber auch da sind sie mir nicht begegnet, jedenfalls nicht in eindeutiger Form. Dies liegt zum einen daran, dass sie – worauf ja auch in der allgemeinen politischen Diskussion derzeit immer wieder hingewiesen wird – insgesamt in Deutschland unter den Muslimen selbst eine kleine Minderheit sind (wobei die Einschätzungen, wer konkret dazu zu rechnen ist, allerdings auseinandergehen). Andererseits stellt sich, wie bereits erwähnt, die Frage, inwieweit entsprechende Familien ihre Kinder überhaupt an solchen Klassenveranstaltungen teilnehmen lassen und bzw., inwieweit Jugendliche, selbst wenn sie aus entsprechenden Familien kommen und auch selbst ein ähnliches Weltbild haben, sich in einer solchen Situation dazu offen bekennen würden.

Von daher geht es im Folgenden nicht darum, wie man mit militanten, gewaltbereiten, antidemokratischen oder ähnlichen Menschen, die sich zum Islam bekennen und sich möglicherweise sogar in ihren Einstellungen auf diesen berufen, in Veranstaltungen der politischen Bildung umgeht. Mit ihnen ist pädagogische Arbeit oder politische Bildung so sinnlos wie mit anderen abgefahrenen Fanatikern oder Extremisten, etwa aus der rechts-extremistischen Szene.

Eine Gruppe bleibt unberücksichtigt: Viele Teilnehmer an Seminaren des Jugendhofs kommen aus arabischen Ländern, im Rahmen internationaler Austauschprogramme für Fachkräfte der Jugendarbeit. Solche Seminare finden in der Regel mehrfach jährlich im Jugendhof statt, allerdings zu vorher festgelegten Fachprogrammen, zu denen nicht die politische Bildung gehört. Die politischen Strukturen der Herkunftsländer genügen in der Regel nicht strengen westlichen Ansprüchen nach Demokratie. Kooperationspartner sind in der Regel staatliche Institutionen. Intensivere politische Gespräche finden, wenn überhaupt, eher im persönlichen Gespräch statt, nicht in der Gruppe.

Seminare mit religiös engagierten jungen Musliminnen und Muslimen

Der Schwerpunkt dieses Beitrages soll von Erfahrungen aus Seminaren berichten, die offen ausgeschrieben waren und an denen sich junge Muslime beteiligten, die in der Regel sehr bewusst zu ihrer Religion stehen aber gleichzeitig offen, interessiert und engagiert sind für das Gespräch mit Andersdenkenden, die ebenfalls offen für solche Gespräche sind. Gerade in der aktuellen politischen Diskussion (vor und erst recht nach dem 11. September) scheinen mir die Erfahrungen aus diesen Seminaren wert, Anregungen generell für die (politische) Bildungsarbeit mit (jungen) Musliminnen und Muslimen zu geben.

Der Ansatz, speziell unter dem Stichwort Islam und Muslime in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland die Kooperation mit jungen Muslimen zu suchen, ist erst einige Jahre alt. Aufbauend auf teilweise schon lange bestehende Kontakte ist es uns gelungen, dass inzwischen mehrfach im Jahr junge Musliminnen und Muslime (in z.T. geschlechtsspezifisch getrennten) Seminaren im Jugendhof zusammenkommen.

Die dargestellten Erfahrungen beziehen sich einerseits auf Seminare, in denen es um das Gespräch über Muslime und Islam in Deutschland ging, bewusst als Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen gestaltet, die bei den Seminaren, die hier berücksichtigt sind, etwa zu jeweils gleichen Teilen unter den Teilnehmenden vertreten waren. Zum Anderen geht es um zwei Kurse, die sich offen an alle Interessierten richteten, die mit muslimischen Kindern und Jugendlichen arbeiten und die in Kooperation mit muslimischen Trägerinstitutionen stattfanden. Teilnehmende an diesen Kursen waren – trotz der offenen Ausschreibung – ausschließlich junge Musliminnen und Muslime, die selbst mit muslimischen Kinder- und Jugendgruppen arbeiten oder die es vorhaben, in zahlreichen Fällen im Rahmen oder im Umfeld von Moscheen und Moscheegemeinden.

Während der erste dieser Kurse ausschließlich aus (jungen) Frauen bestand (mit entsprechendem Team), setzte sich der zweite Kurs zu etwa gleichen Teilen aus jungen Männern und jungen Frauen zusammen, einigen Schülern, vielen Studierenden und einigen aus nichtakademischen Berufsfeldern. Dieser Kurs war die Veranstaltung, die zuletzt stattgefunden hat (ein neuer hat gerade begonnen), drei Seminarblöcke mit insgesamt knapp 10 Tagen Umfang. Inhalt waren schwerpunktmäßig methodische Fragen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (Qualifizierung zum/r Jugendgruppenleiter/ in), darunter und ergänzend aber auch viele Fragen zur Religion, Politik und Gesellschaft, insbesondere im Zusammenhang mit der Situation von Muslimen in Deutschland.

Die Teilnehmenden selbst waren ganz überwiegend sehr bewusste Musliminnen und Muslime, alle Frauen trugen Kopftücher, alle saßen in der Seminarrunde in der Regel getrennt als Männer oder Frauen zusammen, ebenso beim Essen. Bei vielen Inhalten wurde ganz bewusst in geschlechtsspezifischen Gruppen gearbeitet. Alle Mahlzeiten waren vegetarisch, da die Mahlzeiten des Jugendhofs zwar schweinefleischfrei sein können, das Fleisch aber nicht den religiösen Vorschriften (Schlachtung) entspricht. Bei einem Abschiedsfest am letzten Abend wurde gegrillt – das Rindfleisch hierfür hatten einige Teilnehmerinnen bei einem türkischen Schlachter an ihrem Wohnort besorgt. Für das landläufige Verständnis des einen oder anderen Beobachters mag das schon reichlich konservativ wenn nicht gar fundamentalistisch wirken. Gerade deshalb ist es noch einmal ausdrücklich erwähnt, denn inhaltliche Positionen hoben sich insbesondere da, wo es um politische und gesellschaftliche Fragen ging, meist sehr von dem ab, was man gemeinhin unter Fundamentalismus fasst.

Das Seminarteam bestand aus Muslimen und Nichtmuslimen, ebenfalls Männern und Frauen.

Religiöse Grundeinstellungen

Im religiösen Bereich wurde neben einigen Diskussionen über religiöse Grundverständnisse vor allem eine Handreichung („Knigge“) für das Verhalten von Muslimen von den Teilnehmenden selbst unter Zuhilfenahme von religiösen Software-Programmen erarbeitet, mit den Schwerpunkten bei Verhaltensregeln für den Alltag wie

- Verhältnis von Muslimen zu Nichtmuslimen
- Umgang von Muslimen mit Fremden
- Umgang von Muslimen unterschiedlichen Geschlechts

Im Folgenden sind dazu einige Beispiele wiedergegeben (die erarbeiteten Aussagen berufen sich jeweils auf den Koran, überlieferte Aussagen des Propheten Mohamed oder Beispiele/Aussagen anderer wichtiger muslimischer Vorbilder):

Die „Säulen des Islam“

Das Gebet (Salah)

Das Gebet erzieht zu Disziplin und Pünktlichkeit und stärkt die Bindung zwischen dem Betenden und Allah (ta). Es verleiht einem ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit und der Nähe Allahs.

Zusätzlich unterbindet es die Entstehung von Stolz und Hochmut, da der Betende sich mit dem Höchsten was er hat, nämlich seiner Stirn auf den Boden wirft und somit seiner Demut gegenüber dem Schöpfer Ausdruck verleiht.

- **Das Fasten (Saum)**
Das Fasten fördert die Selbstkontrolle und Entbehrung des Menschen. Man lernt seine Trieb zu kontrollieren und sich zu beherrschen. Auch das Einfühlungsvermögen für hungernde Menschen wird gestärkt.
- **Die Pilgerfahrt (Hadsch)**
Die Pilgerfahrt dient der Besinnung der Menschen und führt sie zurück zu den Wurzeln ihres Glaubens und mit Gläubigen anderer Nationalitäten zusammen. Das Gefühl der Gemeinschaft wird gestärkt und somit werden Vorurteile abgebaut.
- **Die Armenabgabe (Zakah)**
Die Armenabgabe ist eine Pflichtabgabe für die Vermögenden, wobei niemand diese Abgabe kontrolliert. Nur Allah weiß, wer sie entrichtet und wer sie unterschlägt. Sie beträgt 2,5% auf das Vermögen, das länger als ein Jahr im Besitz des Abgabepflichtigen ist.
Die Zakah unterbindet die Gier und fördert das soziale Denken, da diese Abgabe ausschließlich den Bedürftigen zur Verfügung gestellt wird.
Zudem ist sie ein wirtschaftlicher Antrieb, dass immer eine gewisse Menge Geld im Umlauf bleibt.
- **Das Glaubensbekenntnis (Shahada)**
Sie ist die Bezeugung des Glaubens. Der Mensch identifiziert sich mit dem Islam und bezeugt ihn.

Essen

„Ihr Gläubigen, esst von den guten Dingen, mit denen Wir euch versorgten und seid Allah dankbar, wenn Er es ist, dem allein ihr dient. Was Er euch verboten hat ist Kriechendes und Blut und Schweinefleisch und das, was einem anderen als Allah geopfert wurde. Aber wenn jemand durch Notwendigkeit gezwungen ist, nicht aus Verlangen oder Übertretung, dann ist keine Sünde auf ihm, Allah ist vergebend, barmherzig.“ (2: 172-173).

Mit dieser Botschaft trägt Allah an die Gläubigen auf, von den guten Dingen zu essen, die Er bereitgestellt hat und Ihm für Seine Gnade zu danken. Keine Nahrung ist haram (verboten) außer den vier im Vers genannten Arten.

Beim Verbot gegenüber **Rauschmitteln** nimmt der Islam eine kompromisslose Haltung ein. Ein Muslim darf weder große noch kleine Mengen Rauschmittel konsumieren. Der Prophet (s) sagte dazu: „Das, was in großen Mengen berauscht, ist auch in kleinen Mengen haram“ (Abu Dawud, Tirmidhi).

Jede Substanz, die den Geist benebelt oder verdunkelt, seine Fähigkeiten des Denkens, der Wahrnehmung und der Unterscheidung beeinträchtigt, ist von Allah und Seinem Gesandten (s) verboten. Umar erläuterte von der Kanzel des Propheten: „Kahmr ist das, was den Geist benebelt.“ (Buchari, Muslim). Drogen wie Marihuana, Kokain, Opium usw. gehören zweifellos dazu.

Hygiene

Ein Muslim ist gehalten, Glieder, die dem Staub und der Verschmutzung besonders ausgesetzt sind, wie Hände, Arme, Gesicht und Füße täglich mehrmals zu waschen (rituelle Gebetswaschung, Wudu).

Mehrmals wöchentlich wäscht er seinen ganzen Körper (rituelle Ganzwaschung, Ghusl). Der Gesandte Muhammad (s) hat den Gläubigen nachdrücklich empfohlen und gesagt: „Fünf Sachen gehören zur natürlichen Veranlagung des Menschen: Das Entfernen der Schamhaare, die Beschneidung, das Stutzen des Schnurrbartes, das Zupfen der Achselhaare und das Kürzen der Nägel.“

Sauberkeit und Verschönerung sind islamische Eigenschaften. Denn Sauberkeit ist das Wesen der guten Erscheinung und das Schöne bei jedem Schmuck.

Freizeit, Musik

Sport ist in vielerlei Hinsicht sehr zu empfehlen. Nach einem Hadith des Propheten hat der Körper ein Anrecht (auf Versorgung, Pflege und Ertüchtigung).

Wichtig ist auch beim Sport die islamische Bekleidung. Auch ist es sinnvoll, Sport in reinen Frauen- oder Männergruppen zu betreiben.

Musik

Junge Menschen sollten darauf achten:

- ihre weltliche Wünsche und geschlechtliche Empfindungen nicht auch noch durch eine Musik die ausschließlich dazu geeignet ist, aufzustacheln.
- nicht die meiste Zeit darauf zu verwenden, sich die Beschäftigung damit zur Gewohnheit werden zu lassen, so dass man von anderen wichtigen Tätigkeiten abgehalten wird. Es darf nicht zu einer Vernachlässigung der religiösen oder sonstigen Pflichten führen. Die fünf tägliche Gebete sind die allererste der religiösen Pflichten und darum ist es für einen Muslim haram, ein Gebet zu versäumen, um Musik anzuhören oder Filme anzuschauen. Allah der Erhabene spricht: „Darum wehe den Betenden, die nachlässig in ihren Gebeten sind.“ (107:4-5)

Die Begrüßung

Wenn Nichtmuslime unterschiedlichen Geschlechts aufeinander treffen ist es üblich, dass sie sich zur Begrüßung die Hand geben, auf die Schulter klopfen oder sich umarmen. Wenn ein Nichtmuslim dies bei einem Muslim des anderen Geschlechts versucht, wird er wahrscheinlich auf Ablehnung stoßen, oder es wird darauf eingegangen aber erklärt, es beim nächsten Mal zu unterlassen. Es mag dem Nichtmuslim im ersten Moment vielleicht als unhöflich erscheinen, wenn auf seine ausgestreckte Hand nur ein freundliches Kopfnicken folgt, ist jedoch eine Geste des Respektes und der Achtung. Zudem sollte im Umgang mit dem anderen Geschlecht immer eine andere respektvolle körperliche Distanz vorhanden sein um die Schamhaftigkeit zu wahren bzw. nicht zu verletzen und um Eifersucht der jeweiligen Ehepartner zu vermeiden.

Bevor sich zwei Menschen unterschiedlichen Geschlechtes treffen oder miteinander reden, sind bestimmte Bedingungen einzuhalten. Von beiden Geschlechtern wird verlangt, dass sie den Blick senken; denn ein Teil des Glaubens ist das Schamgefühl und der beste Ausdruck des Schamgefühls ist das Senken des Blickes wie Allah im Quran sagt: „Und sage zu den gläubigen Frauen, das sie ihre Blicke senken und ihre Scham hüten ...“

Und wie unser Prophet(Friede sei mit ihm) gesagt hat: „Oh Ali, wer viererlei in sich vereint, ist der Vollkommenheit im Islam nah: Ehrlichkeit und Dankbarkeit und Schamgefühl und guten Charakter.“ Und sogar in der Bibel wird gesagt: „Ihr habt gehört, dass gesagt ist: du sollst nicht ehebrechen. Ich aber sage euch: Wer eine Frau ansieht, ihrer zu begehren der hat schon mit ihr die Ehe gebrochen in seinem Herzen.“(Matt. 5:27-28)

Die Bekleidung

Die Kleidung von Frau und Mann müssen den islamischen Grundsätzen entsprechen, d.h. die Aura muss bedeckt sein. Aura (wörtlich das zu Verhüllende) bezeichnet die Körperteile, die nach islamischer Lehre in der Gegenwart anderer bedeckt sein müssen. Die Aura des Mannes reicht vom Nabel bis zum Knie. Für einen Mann, der nicht der Familie angehört, gilt als Aura der Frau ihr gesamter Körper mit Ausnahme von Gesicht und Händen.

Unser Prophet (Friede sei mit ihm) sagte : „Ein Mann soll nicht die Aura eines anderen betrachten und auch nicht die Aura einer anderen Frau.“

„Sprich zu deinen Frauen und Töchtern und zu den Frauen der Gläubigen, sie sollen ihre Übergewänder über sich ziehen. So ist es am ehesten gewährleistet, dass sie dann erkannt und nicht belästigt werden.“

Homosexualität

Homosexualität wird im Islam als nicht erwünschtes Verhalten beschrieben.

Die Folgenden Qur'anstellen appellieren schon an eine Verhaltensveränderung bei solcher Gewohnheit:

Und da sagte Lot zu seinem Volk: „Ihr begeht eine Schändlichkeit, die keiner von allen Menschen je vor euch begangen hat. (29:28)

Wollt ihr euch in (eurer) Sinneslust mit Männern statt mit Frauen abgeben? Nein, ihr seid ein unwissendes Volk.“(27:55)

Bildung

Der Wissensbildung im Islam wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Alle möglichen Anstrengungen sollen die Gläubigen beiderlei Geschlechts demnach auf sich nehmen, um diesem Ziele näher zukommen.

Im **religiösen** Bildungswesen ist das Erlernen der Religionsinhalte und der arabischen Sprache auch für Muslime anderer Muttersprachen unabdingbar. Der Koran gilt in seiner Vollkommenheit als unübersetzbar, wenngleich ein ausgesprochenes Übersetzungsverbot aufgrund der Vielzahl nicht-arabischer Muslime heute nicht mehr aufrechterhalten wird.

Von islamischer Seite wird heute der **Schulbesuch** grundsätzlich positiv bewertet, allerdings nicht ohne kritisch auf die evtl. Notwendigkeit der Geschlechtertrennung, der vorrangigen Behandlung religiöser Fragen und der rollenspezifischen Erziehung hinzuweisen.

Die Tendenz junger berufstätiger Frauen, als Zeichen ihrer Selbstbestimmung freiwillig das Kopftuch anzulegen, stellt „westliche“ Vorstellungen von Emanzipation vor eine weitere Herausforderung. Nach ihrem Selbstverständnis streben die Frauen nach einem Ideal islamischer Weiblichkeit und wollen nach ihren Charakter und Fähigkeiten, nicht nach ihrem „äußeren Erscheinungsbild“ beurteilt werden.

Der Umgang mit dem nichtmuslimischen Staat

Der Muslim hat die Gesetze und Vorschriften des Staates zu achten und zu befolgen, sofern sie nicht dem Islam widersprechen. Leider sieht man es all zu oft, dass Muslime mit der Begründung „das ist ja kein Islamischer Staat..“ die Ämter betrügen und ausnutzen. Dies ist auf keinen Fall zulässig, der Muslim hat immer ehrlich zu handeln, ganz gleich wen er vor sich hat, Muslim oder Nichtmuslim.

Umgang mit Andersgläubigen

Der Muslim darf Menschen anderer Religionszugehörigkeit nicht verspotten, oder benachteiligen. Alle Menschen sind Geschöpfe Allahs und müssen mit entsprechendem Respekt behandelt werden. Wir Menschen reagieren in der Regel mit Abneigung gegen-

über uns Ungewohnten. Doch Muhammed (sas) hat gelehrt, in unserer Grundeinstellung geduldig und nachsichtig zu sein.

Der folgende Hadith beschreibt das Verhalten eines Wüstenarabers, welche zur Zeit von Muhammed (sas) bekannt für ihr barsches Verhalten waren:

Ein Wüstenaraber stand auf und urinierte in der Moschee. Als die Leute nach ihm griffen, sagte der Prophet (Allahs Segen und Heil auf ihm): "Lasst ihn und gießt einen Eimer Wasser - oder etwas mehr – auf seinen Urin; denn eure Aufgabe besteht darin, es den Menschen leicht zu machen, nicht es ihnen zu erschweren." [Hadith, überliefert von Abu Huraira bei Buchari]

Ein Staat, wie er von Islam vorgesehen ist, spiegelt einerseits eine vorherrschende Kultur wieder, gesteht aber neben ihm vorhandenen Kulturen innerhalb seiner Herrschaftsgebietes volle Autonomie zu.

Er räumt allen Bürgern (Muslimen wie auch Nichtmuslimen) vollen Schutz, soziale Autonomie, Freiheit und Unantastbarkeit der Persönlichkeit ein. Die Unantastbarkeit der menschlichen Persönlichkeit ist die Grundlage der von Gott für alle Menschen geforderten Gerechtigkeit. Es ist daher nicht zulässig, die Freiheit des einzelnen in irgendeiner Weise einzuschränken, außer wenn er die ihm gesetzlich zustehenden Rechte auf Kosten der Rechte der Unantastbarkeit anderer überschreitet oder die Interessen des Volkes durch ungesetzliches Handeln schädigt. Jede Einschränkung der oben erwähnten Freiheit stellt eine Abweichung vom Wort und Gehalt des islamischen Rechts dar [nach RAMADAN, S. 157f., 181f.].

Die Nichtmuslime haben als Ahlul-Dhimma im islamischen Staat einen besonderen Schutz:

"Wenn jemand jemanden, mit dem ein Vertrag geschlossen wurde, unterdrückt, eines seiner Rechte beraubt, ihn über seine Kräfte hinaus belastet oder von ihm etwas gegen sein Einverständnis nimmt, so werde ich am Tage der Auferstehung in dieser Sache für denjenigen, mit dem der Vertrag geschlossen wurde, eintreten." [Hadith, überliefert bei Abu Dawud und Baihaqi]

"Wer einen nichtmuslimischen Staatsbürger unterdrückt oder ihn über seine Kräfte hinaus belastet, den werde ich am Tag der Auferstehung in dieser Sache in Vertretung des Nichtmuslims anklagen." [Hadith, siehe Mourad, S. 79]

Die Ahlul-Dhimma müssen sich als Staatsbürger des islamischen Staates auch an die Gesetze des Staates halten, sofern sie nicht ihre Religion und ihre Religionsfreiheit berühren.

So brauchen sie nicht die gottesdienstlichen Pflichten der Muslime erfüllen (auch z.B. Zakat, Dihad).

Auch müssen sie nicht im persönlichen wie auch im gesellschaftlichen Bereich auf das verzichten, was ihnen ihre Religion erlaubt. (z.B. Heirats- und Scheidungsgesetz, Essen von Schweinefleisch / Trinken von Alkohol).

Was jedoch das islamische Recht bzgl. Mord, Eigentum oder Verletzung der Ehre angeht, und auch Dinge wie Handel und Verträge, so müssen sie sich der Scharia unterordnen.

Allgemein kann man sagen, dass Nichtmuslime alles, was der Islam als ein Übel ansieht, was jedoch gemäß ihrer Religion erlaubt ist, wenn sie es tun wollen, privat tun dürfen und nicht in einer Art, die provozierend auf die große Mehrheit der Muslime wirkt.

Diese Einschränkung der Nichtmuslime dient dem Frieden und der Harmonie innerhalb der Gesellschaft, die aus Muslimen und Nichtmuslimen besteht.

[Nach Mourad, S. 84ff.]

Hier sind bewusst einige Beispiele ausgesucht worden, die den Alltag und alltägliches Verhalten betreffen, aber auch andere, die stärker den politischen-gesellschaftlichen Bereich tangieren. Gerade bei letzterem wird teilweise deutlich, dass viele der dort genannten Regeln in vielen islamischen Ländern heute so nicht praktiziert werden. Das bedeutet, dass das, was in diesen Ländern geschieht, nicht immer den Regeln des Islam

entspricht, so wie sie von diesen jungen Leuten, Seminarteilnehmern im Jugendhof, gesehen werden (die sich wiederum auf Religionsexperten und deren Aussagen stützen).

Damit wird eine für viele aktive und engagierte junge Muslime in unserer Gesellschaft wichtige Situation deutlich: die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Religionsausübung, die den Muslimen hier möglich ist, trotz aller Vorurteile und Schwierigkeiten (wie z. B. bei der Errichtung von Moscheen etc.). Sie wird auch in den meisten islamischen Ländern den Angehörigen anderer Religionen, mindestens Juden und Christen, gestattet. Selbst da wo Christen oder Juden diskriminiert oder im Einzelfall heute sogar verfolgt werden, redet ihnen in ihre religiöse Inhalte niemand hinein (soweit ihnen die Möglichkeit bleibt, sie noch zu praktizieren). Anders sieht es oft für Muslime aus: gerade wegen der engen Verbindung von Religion und Staat im Islam bestimmen in fast allen islamischen Staaten (und es gibt keinen einzigen islamischen Staat der wirklich demokratisch wäre) staatliche Instanzen über zahlreiche Inhalte der Religion mit. Besonders verfolgt werden oft Angehörige der eigenen Religion, die als Sektierer oder Abtrünnige mit abweichenden Meinungen verfolgt werden. Viele gläubige Muslime beklagen auch, dass sie in manchen offiziell islamischen Ländern mehr Schwierigkeiten haben, ihren Glauben zu leben als in Deutschland, wenn ihnen etwa verboten wird, bestimmte Glaubensäußerungen (auch hier ist wieder das markanteste Beispiel das Kopftuch), zu praktizieren, weil solche Äußerungen eines religiös getragenen Lebens oft mit islamistischen Tendenzen gleichgesetzt und bekämpft werden.

Gerade sehr viele Muslime, die ihre Religion nicht nur aus Gewohnheit sondern aus Überzeugung und mit innerem Engagement und Reflexion praktizieren, wissen diese Situation bei uns zu schätzen (wie wir wissen, natürlich auch einige, die entgegengesetzte Tendenzen verfolgen, ebenfalls unter dem Schutz der Religionsfreiheit).

Ein prominenter deutscher Muslim hat es einmal in einem unserer Seminare so formuliert: „Angesichts der Situation in den meisten islamischen Ländern hoffen viele von uns Muslimen auf eine Erneuerung des Islam, nicht von dort, sondern aus der Situation hier, in der Diaspora, heraus.“

Politik und Gesellschaft

Zum Thema Politik und Gesellschaft sind zunächst Stichworte aus zwei Arbeitseinheiten interessant, die im genannten Kurs erarbeitet wurden. Zum Einen ging es um die Frage nach der „Gesellschaft in der wir leben und glauben“, der Frage wie die Teilnehmenden diese erleben und welche Stichworte/Assoziationen sie dazu benennen (die Überschriften für die Gruppierung der Assoziationen wurden mit den Teilnehmenden gemeinsam formuliert):

Staat: wie offen - wie regelnd?

Bürokratisch - Umgang mit Behörden – Steuern – Ordnung – unflexibel - Politik

Haltung der Gesellschaft: Offenheit, Beliebigkeit, Akzeptanz, Toleranz?

Leitkultur - Vorurteile - Intoleranz – Pluralismus – Liberalismus – Einschränkung - Diskriminierung/Rassismus - Ausländerfeindlichkeit - Benachteiligung - keine Akzeptanz

Verantwortung – Integration – Gleichberechtigung – Dauer – Dialog - Ansprechpartner

Kommerzialisierung der Gesellschaft

*Medien - Identitätsprägung durch Medien – Minderwertigkeit – Einfluss- Mitläufer
Gegenwärtigkeit von Alkohol – Sucht – Kriminalität – Konsum – Konsumgesellschaft -
Homosexualität – Trieb - Triebgesellschaft*

Werte

*Gottlosigkeit – Religion – Werteverlust - Vorbilder ??? – Intoleranz - Ablehnung des Die-
nens – Ethik - Werteverfall – Erziehung – Moral - Doppelmoral*

Zerfall sozialer Gefüge – Probleme/Chancen

*Kaputte Familien - Egoismus – Individualisierung - Individualismus – Vereinzelung –
Hass - Gettoisierung - Erwartungen*

*Möglichkeiten – Familie- Nachbarschaft – Identitätsfindung – Persönlichkeitsentwicklung -
Genderrollen – Ehrenamtlichkeit – Engagement - Solidarität (Verantwortung)*

Diese Stichworte dienen als Grundlage für eine weitere Arbeitseinheit, sie sprechen aber bereits in dieser Form für sich, zeigen, wie (gläubige) Muslime ihre Umwelt, ihre/unsere Gesellschaft erleben können – in ihrer ganzen Komplexität und Widersprüchlichkeit (und was ihnen davon anzusprechen wichtig ist).

Ähnlich sieht es mit einer anderen Stichwortsammlung aus: der Frage, wie nach der Beobachtung der Teilnehmenden in Deutschland Muslime gesehen werden, also das von ihnen beobachtete Fremdbild des Islam bzw. der Muslime. Hier wurden vor allem negative Fremdbilder genannt (die uns ja als solche überwiegend bekannt sein dürften, aber noch einmal bestätigt werden), nur wenige positive:

*Zurückgeblieben – unmodern – unrealistisch - Pascha – patriarchalisch - hinterwäldle-
risch - schlechte Deutschkenntnisse – dumm – unterdrückt - Muslima: Herd - zwiegespal-
ten (global) – konservativ – intolerant – Abschottung – integrationsunfähig – engstirnig –
streng – ungerecht – Sündenbock – Ausländer – Kameltreiber - Türke(n) - Bedrohung der
Zivilisation – Sekte - Fundamentalisten/fundamentalistisch – brutal – Terroristen – gefähr-
lich - Feindbild*

Sozial – engagiert – gutmütig – prinzipientreu – zurückhaltend – familiar

Aber auch unter dem Aspekt „wie wir uns selbst sehen“ wurden negative wie positive Bewertungen genannt:

*Verwirrt – zwiegespalten – Uneinigkeit – zersplittert – zusammenhaltslos- materialistisch
– organisationsbedürftig - soziale Abstiegsgefahr - ungeliebte Exoten - faul – Unwissen -
Fakten ohne Herz - blind bezüglich ihrer Chancen - Wertewandel der Generationen -
unterfordert (im Hinblick auf den Glauben) - förderungsbedürftig*

*Wissensbildung – Wertewandel der Generationen - gottesfürchtig bzw. gottesbewusst -
kleine „Gemeinschaften“ – offen - big family – familienbewusst – friedlich - Lichtblick in
unserer verdorbenen Gesellschaft - Freund, freundlich – wertetreu - verschieden – cool –
bemüht – selbstbewusst - Tendenz steigend/sozialer Aufstieg - rücksichtsvoll - starker
Zusammenhalt – hilfsbereit – traditionsbewusst - grenzenbewusst*

Selbst wenn das eine oder andere Stichwort nicht ganz den uns im allgemeinen vertrauten Formulierungen entspricht: insgesamt spricht daraus für mich ein Selbstbild, nach dem sich die Teilnehmenden als Teil unserer Gesellschaft sehen, die sie bejahen trotz aller Fehler und Mängel und zu deren Erneuerung und Weiterentwicklung sie beitragen wollen. Und vieles aus den Gesprächen und Erfahrungen mit den ihnen sprach ebenfalls in diese Richtung.

Im Kurs im Sommer 2000 wurden von zwei muslimischen Teamerinnen gemeinsam mit den Teilnehmerinnen Stichworte zum Thema Islam und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet. Die Teilnehmerinnen hatten den Auftrag, aus Textstellen aus dem Koran Grundrechte zu formulieren, von denen einige hier genannt sind:

- *jeder Mensch hat das Recht auf Leben und auf Schutz seines Lebens*
- *der Staat hat die Pflicht, das Leben zu schützen*
- *keiner hat das Recht, dem Anderen das Leben zu nehmen*
- *jeder Mensch hat eine vom Schöpfer verliehene Würde, die nicht angetastet werden darf*
- *er hat das Recht und die Pflicht, seine Würde zu wahren und zu verteidigen*
- *jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung und darf sie veröffentlichen*
- *jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung unter Wahrung dieses Rechtes für die Entfaltung der anderen*
- *es gibt keine Hierarchie in der Schöpfung*
- *alle Rassen sind gleich*
- *Menschen, die in Not sind, haben ein Recht auf Hilfe und Asyl*

Unter der Fragestellung „Was ergibt sich aus dem Koran als Konsequenz für unsere Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft, in der wir leben?“ wurden auf der Basis von vorliegenden islamischen Textstellen folgende Thesen erarbeitet:

- *das Grundgesetz widerspricht nicht dem heiligen Buch der Muslime, Quràn*
- *der Koran geht im Hinblick auf die Menschenrechte über das Grundgesetz hinaus*
- *Beitrag leisten zur Stärkung und Festigung der eigenen Identität*
- *die muslimischen Jugendlichen sollen lernen, ihre eigenen Rechte bewusst zu nutzen, dadurch wird das Mitspracherecht in der deutschen Gesellschaft gefördert*
- *Gespräche und Dialoge in der Gesellschaft fördern, um gegenseitige Vorurteile abzubauen*
- *den muslimischen Jugendlichen positive Grundeinstellungen vermitteln*

Diese Thesen und Formulierungen gehen nur auf Teilbereiche der Fragen ein, die sich für Muslime in unserer Gesellschaft stellen und für das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Es gibt auch viele Muslime, die Probleme anders sehen, einzelne Aussagen anders formulieren würden oder sogar sehr abweichende, bis hin zu entgegengesetzten Auffassungen haben. Dass es Muslime gibt, die „das westliche System“ (was auch immer das im einzelnen heißen mag) ablehnen und dass es gerade in diesem Zusammenhang viele Fragen gibt, die unterschiedlich gesehen bzw. kontrovers diskutiert werden, ist bekannt.

Doch ist es mir wichtig, einige Sichtweisen und Einstellungen aufzuzeigen, die mir begegnet sind und von vielen Muslimen, insbesondere jüngeren, engagierten, bewussten Muslimen in unserer Gesellschaft zu Grundlagen ihres Glaubens und ihres Handelns gemacht werden.

Was kann das bedeuten ?

Eigentlich wäre das schon genug. Dennoch sollte noch einmal unterstrichen werden, dass es in all den genannten Seminaren mit Muslimen, die auf eigenen Antrieb unseren Einladungen gefolgt waren, im Hinblick auf Demokratie und Grundrechte viele kritische Anmerkungen gab. Keiner wird bestreiten, dass diese vielfach berechtigt. Es gab oft auch nur unterschiedliche Akzentuierungen, aber weder diese noch Kritik werden damit begründet damit, dass die Grundstrukturen unserer Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechte mit dem Islam nicht zu vereinbaren seien. Dies kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es in vielen Dingen unterschiedliche Akzente gibt – aber es sind keine unüberbrückbaren Unterschiede zwischen Orient und Okzident. Schließlich ist die Demokratie keine Erfindung des Christentums sondern hat ihre westliche, europäische Tradition schon in der griechischen Antike, war im römischen Reich bei der Entstehung des Christentums schon wieder abgeschafft und wurde auch im christlichen Mittelalter noch nicht wieder praktiziert. Viele Christen und die Kirchen hatten schließlich lange Zeit große Schwierigkeiten, sich mit Demokratie und modernen Menschenrechten anzufreunden.

Freilich: diejenigen, die bei uns den Islam als mit Demokratie und Menschenrechten unvereinbar halten, können sich ja auf viele berufen, die als Muslime selbst ihre Religion entsprechend interpretieren. Und doch: gerade der Staat, der als moderner Staat im Rahmen seiner islamischen Revolution sich auf die islamische Tradition berief, als er eine neue Verfassung kreierte, der Iran, hat dafür weitgehend Formen westlicher Demokratie beibehalten bzw. gegenüber dem vorangegangenen Regime des Schah überhaupt erst wieder eingeführt – lediglich die Rolle der religiösen Autoritäten im Hintergrund war eine spezifische Ergänzung.

Dass trotz formaler Demokratie es mit den Freiheiten für die Menschen nicht zum Besten bestellt war, den Unterschied zwischen Verfassungsanspruch und –realität, kennen wir ja auch aus anderen Systemen. Und es wurde ja schon einmal darauf hingewiesen, dass es eine funktionierende Demokratie und demokratische Gesellschaft in keinem einzigen islamischen Land gibt. Ob das im Islam begründet ist oder aber der Islam keine Chancen hat, seine demokratischen Elemente in diesen Ländern zum Tragen zu bringen, weil sie autoritär verfasst sind, wie sie sind, ist eine Frage, die ich eher im letzteren Sinne zu beantworten neige.

Viele Probleme auf globaler Ebene rühren heute daher, dass der Westen seit Beginn des 19. Jahrhunderts in der arabischen (und auch darüber hinaus in vielen weiteren Teilen der islamischen) Welt vielfach die Kräfte unterstützt hat, die eher rückwärts gewandt, traditionalistisch eingestellt waren und eher reformorientierte Staaten oder Bewegungen westlichen kolonialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zum Opfer gefallen sind. Es begann mit der Unterstützung der Pforte, des damals schon sehr rückständigen Osmanischen Reiches gegen das reformorientierte Ägypten im frühen 19. Jahrhundert und endete bislang im Umgang mit Afghanistan in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts und Saudi-Arabien bis heute.

Das Misstrauen und die Ablehnung gegenüber „dem Westen“ in vielen Teilen der arabischen und der islamischen Welt hat auch damit zu tun. Für uns sollte es wichtig sein, innerhalb unserer Gesellschaft nicht den gleichen Fehler zu begehen und insbesondere die Zusammenarbeit, das Gespräch und auch gemeinsame Bildungsveranstaltungen mit denen zu suchen, die einen anderen Glauben haben, sich aber mit diesem Glauben durchaus als Teil unserer Gesellschaft sehen. Wenn uns das gelingt, wird es ihnen vielleicht auch gelingen, ihren Glaubensbrüdern und –schwestern zu vermitteln, dass diese Gesellschaft und ihre Grundwerte durchaus mit ihrer Religion im Einklang stehen können und dass es sich lohnt, in dieser Gesellschaft zu leben und sie zu unterstützen.

Gerhart Schöll

seit 1969 pädagogischer Mitarbeiter des Jugendhofes Vlotho mit Schwerpunkt Politische Bildung

Andreas Gleis

Technischer Schutz vor Internetschmutz

Filterprogramme: die effektive Lösung für den Jugendschutz im Internet?

Einführung

Gewaltdarstellungen im Internet sind mittlerweile zu einem Thema von gesamtgesellschaftlichem Interesse geworden. Eltern und pädagogische Fachkräfte stehen vor der Frage wie sie mit dem Medium zukünftig umgehen sollen: Den Computer wegschließen oder Passwortschützen ist keine Lösung, denn früher oder später werden Kinder mit dem Medium konfrontiert. Vielmehr ist Internetkompetenz heute eine wichtige Schlüsselqualifikation in Beruf und Privatleben. Schließlich bietet die Internetindustrie technische Schutzmöglichkeiten an, die Minderjährige vor Gewalt- und Pornographiedarstellungen schützen und die „jugendfreien“ Internetinhalte offen lassen soll.

Am 08.05.2002 wurde vom Bundeskabinett die Neuregelung des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) beschlossen. Kinder und Jugendliche sollen stärker vor Gewaltdarstellungen, vor allem in den neuen Medien geschützt werden. Voraussichtlich am 12. Juli wird die Vorlage nach den anstehenden Beratungen im Bundestag abschließend vom Bundesrat behandelt werden. Nach dem Kabinettsbeschluss sollen analog zur Alterskennzeichnung von Kinofilmen auch Computerspiele gekennzeichnet werden. Kindern und Jugendlichen wird der Zugriff auf schwer jugendgefährdende Medien, insbesondere mit Gewaltdarstellungen, verboten (diese Regelung ist keine Neuerung, wurde aber in der Pressemitteilung des Familienministeriums neben den „echten“ Neuregelungen hervorgehoben).

Darstellungen in allen herkömmlichen und neuen Medien kann die künftige „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (bisher statt „Medien“: „Schriften“) auf die Indizierungssliste setzen. Damit dürfen diese Inhalte Kindern und Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch für Internet-Seiten, allerdings hat diese Indizierung de facto nur Auswirkungen gegenüber deutschen Anbietern. Ob dies ausreichenden Schutz gewährt, ist jedoch eher zweifelhaft, schließlich hört das Internet nicht an den Landesgrenzen auf. Zur freiwilligen Selbstkontrolle haben sich mehr als 400 deutsche Provider¹ verpflichtet, aber die Mehrheit der Gewaltdarstellungen im Internet stammt von Anbietern aus Osteuropa, USA und Asien. Auch indizierte Computerspiele können aus dem Internet, über verschlüsselte Tauschbörsen-Programme (z.B. Filetopia etc.) unbenutzt heruntergeladen werden.

Auch das Verfahren der Indizierung wird neu geregelt: Künftig kann die Bundesprüfstelle ausnahmsweise bereits ohne Antrag gegen jugendgefährdende Darstellungen tätig werden; insbesondere ist das der Fall, wenn eine nicht antragsberechtigende Behörde oder ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe dies anregt. Schon ohne Indizierung sind (wie bisher) kriegsverherrlichende oder die Menschenwürde verletzende Medien wegen ihrer schweren Jugendgefährdung den indizierten Medien gleichgestellt und unterliegen daher weitreichenden Abgabe-, Vertriebs- und Werbeverboten. Im Zuständigkeitsbereich der Länder sollen parallel zum neuen JuSchG in einem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Länder begleitende Regelungen getroffen werden, die zwischen Jugendgefährdung und Jugendbeeinträchtigung unterscheiden. Der JMStV soll eine größere Transparenz im Jugendschutzrecht schaffen.

¹ Internet Service Provider sind Firmen, die den Zugang zum Internet zur Verfügung stellen.

In diesem Beitrag werden Funktionsweisen dieser Filtersoftware², ihre Vor- und Nachteile sowie pädagogische Strategien aufgezeigt. Der Artikel hat allerdings nicht den Anspruch, das Thema Jugendschutz im Internet vollständig abzudecken. So konnten wichtige Akteure (Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften - BPjS, Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia - FSM) nicht berücksichtigt sowie weitere Möglichkeiten des Internet-Jugendschutzes (Rating-Verfahren, Meldestellen etc.) nicht behandelt werden.

Immer mehr Kinder verbringen immer mehr Zeit im Internet. Bei Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen gibt es gleichermaßen Unsicherheit und ein Bedürfnis nach Schutz. Mit diesen Bedürfnissen in Familien und in der Jugendhilfe lässt sich hervorragend Geld verdienen. Das beweist die Existenz zahlreicher Softwareprodukte, mit denen es möglich ist, Webseiten³ mit jugendgefährdenden Inhalten automatisch herauszufiltern. Den Erziehenden soll durch den Kauf eines solchen Computerprogramms das zeitaufwendige Aufsichtführen oder das Wegschließen des Computers erspart bleiben. Außerdem werden die Kinder laut Werbeaussagen damit nicht aus der Informationswelt des Internet ausgeschlossen, sondern das Internetsurfen⁴ für sie nur sicherer gemacht.

Die Filterprogramme schützen vor potentiellen Missständen im Internet und wehren unerwünschte, gefährliche und illegale Informationen ab. Kuhlen (2000) vergleicht die Phantasien, die in die Filtersoftware hereingeprojiziert werden einerseits mit dem 'Schutzengel', der den Nutzer vor den Bedrohungen des Internets schützt sowie andererseits mit dem 'Gespenst', das durch das Internet zieht und Seiten zensiert: "Die emphatisch Zustimmenden sehen in diesen Verfahren die Chance, die Kontrolle über Internetinformationen zu behalten. Die kategorisch Ablehnenden sehen die Einschränkung des freien Zugriffs auf Information, wittern sogar die Gefahr des Einstiegs in eine umfassende Internet-Zensur und sei es nur eine Selbstzensur".

Begriffsdefinitionen Filtern & Abblocken

Filtern ist die Leistung, gewünschte Informationen von Ungewünschten zu unterscheiden und nur die gewünschten bereitzustellen. Dagegen ist das Abblocken die umgekehrte Leistung der Filterung: Die unerwünschten Informationen werden von dem Benutzer ferngehalten. Weiterhin unterscheidet man nach aktivem Abblocken und passivem Abblocken. Beim passiven Abblocken hat der Nutzer selber keinen Einfluss darauf, welche Informationen blockiert werden. Vielmehr entscheiden andere darüber, welche Informationen dem Nutzer zur Verfügung stehen. Beim aktiven Abblocken kann dies der Nutzer selber bestimmen.

Funktionsweisen der Filtersoftware

Filterprogramme regulieren den Zugriff auf Informationen und Dienste des Internets nach wählbaren Kriterien. Installieren lassen sich die hier vorgestellten Programme entweder auf dem Rechner des Nutzers oder auf einem Proxy⁵. Es gibt außerdem Filterprogramme, die direkt auf dem Server des Zugangsproviders liegen. So gliedert der Provider AOL verschiedene Bereiche des Internets z.B. nach Altersgruppen und schränkt die Zahl der erreichbaren Seiten für Kinder z.T. erheblich ein.

² Software ist der Sammelbegriff für alle Arten von Computerprogrammen.

³ Als Webseiten werden Internetangebote aus dem World Wide Web (www, weltweites Netz) bezeichnet. Das www ist der jüngste Dienst im Internet, der sich durch hohe Benutzerfreundlichkeit sowie multimediale Elemente auszeichnet.

⁴ Surfen ist der umgangssprachliche Ausdruck für das Bewegen im Internet.

⁵ Ein Proxy ist ein zwischengeschalteter Rechner einer Institution, der den Zugang mehrerer Nutzer in Internet verwaltet.

Die Programme bieten verschiedene technische Lösungsansätze, um eine Filterung zu gewährleisten. Die empfangenen Datenpakete werden nach der Absende-URL⁶ untersucht und dann inhaltlich ausgewertet. Daraus ergeben sich dann Aktivitäten wie Protokollierung, Warnmeldungen, die Blockierung von inkriminierten Webseiten, die Trennung vom Internet, bis hin zum Abschalten des Computers. Je nach Softwareprogramm werden die folgenden Funktionen einzeln oder kombiniert eingesetzt:

- **Zum Protokoll, bitte...**

Jede aufgerufene Webseite wird protokolliert. Bei einigen Programmen ist es daher später ohne weiteres für Eltern oder Pädagogen möglich, die Internetseiten "nachzusehen". Programme sind sogar in der Lage, den Erziehenden die Protokolldatei per E-Mail zuzuschicken und bieten damit eine Fernüberwachungsfunktion.

- **Disney ja - Pro Familia nein (site blocking)**

Viele Filterprogramme arbeiten mit Sperrlisten, also mit gesammelten Adressen von Webseiten, die blockiert werden sollen. Diese Listen enthalten sowohl positive als auch negative Internetseiten. Während die Positivlisten Seiten enthalten, die für Kinder unbedenklich und geeignet zu sein scheinen (z.B. Walt Disney), sind die Internetseiten auf den Negativlisten ('schwarze Listen') für den minderjährigen Nutzer überhaupt nicht mehr aufrufbar.

In diesen Listen sind die Inhalte der Seiten mit bestimmten Kriterien aufgelistet. Das Programm Cyberpatrol unterscheidet beispielsweise nach Kategorien wie Gewalt, teilweise und komplette Nacktheit, Satanischem/Kulthaften und vielem mehr. Hier kann der Nutzer sogar Seiten zur Sexualaufklärung/AIDS oder Tabak/Alkohol abstellen. Bei vielen Programmen ist es für den Nutzer zudem möglich, den Sperrlisten neue Einträge hinzuzufügen. Eine Beschränkung der Internetnutzung auf die Positivliste ist bei vielen Programmen möglich, aber nicht anzuraten, denn dadurch wird die Internetnutzung auf einen minimalen Teil des Internets reduziert, der zum größten Teil auch noch englischsprachig ist. Schlechte Programme sperren bisweilen ganze Topleveldomains (Hauptadressen mit allen darunter liegenden Dokumenten, z.B. den Fernsehsender www.SWR.de), so dass der Nutzer an Inhalte des ganzen Servers nicht mehr herankommt (z.B. das empfehlenswerte SWR-Kindernetz).

Diese umfangreichen Listen werden von Mitarbeitern der Softwarefirmen gepflegt und klassifiziert und können als Update aus dem Internet herunter geladen werden. Die Updates dieser Listen sind entweder im Kaufpreis enthalten, oder werden nach Ablauf einer gewissen Periode kostenpflichtig.

- **Schlüsselwörter (keyword blocking)**

Hierbei handelt es sich um ein simples Sprachanalyseverfahren. Bevor die aufzurufende Internetseite angezeigt wird, untersucht das Programm sie auf Schlüssel- oder Stoppwörter. Falls keine anstößigen Begriffe oder "bösen Wörter" in dieser Seite vorkommen, erscheint sie auf dem Bildschirm, ansonsten wird sie gesperrt. Für die Softwarefirmen haben diese Schlüsselwortlisten den Vorteil, dass sie kaum der Pflege und Aktualisierung bedürfen und damit kostengünstig sind. Es gibt immer noch Programme, die ausschließlich mit Schlüsselwortanalyse arbeiten.

- **Inhaltsbewertung (page labeling)**

Filtersoftware ist in der Lage, in den Internetseiten versteckt gespeicherte Texte auszulesen, nach denen die Anbieter den Inhalt dieser Seiten selber klassifiziert haben. Je nach Einstellung wehrt die Filtersoftware dann die angewählte Seite ab oder stellt sie dar. Allerdings benötigt der Internetnutzer für diese Inhaltsbewertung nicht unbedingt ein Filterprogramm, denn aktuelle Versionen der Internet-

⁶ Eine URL entspricht der Adresse eines Internet-Angebotes (z.B. www.lwl.org/jugendamtsverzeichnis)

browser⁷ haben solche Ratingsysteme bereits integriert. So enthält der MS Internet-Explorer z.B. den „Inhaltsratgeber“.

- **Andere Internetdienste**
Neben dem www gibt es noch weitere Internetdienste, die unerwünschte Inhalte transportieren können. Dazu gehören z.B. E-Mails oder Chatprogramme⁸ (mIRC, AIM, ICQ, Netmeeting etc.) über die auch Dateien ausgetauscht werden können. Einige Filterprogramme ermöglichen es, diese unterschiedlichen Dienste zu sperren oder zu regulieren. Über das Internet hinaus ist es bei einigen Programmen auch möglich, einzelne auf der Festplatte abgespeicherte Programme oder Spiele, zu sperren.
- **Benutzerprofile**
Ein PC wird vielfach von unterschiedlichen Personen genutzt, daher haben Filterprogramme in der Regel mehrere Benutzerprofile, bei denen Konten für die verfügbare Onlinezeit detailliert eingerichtet sowie unterschiedliche 'Freiheitsgrade' für die einzelnen Benutzer bestimmt werden können. Manche Programme (z.B. Contentbarrier) gehen sogar so weit, dass man den „Reifegrad“ des Benutzers angeben muss.
- **Programmsicherheit**
Die Programme müssen vor der Aushebelung durch nicht autorisierte Benutzer geschützt sein. Völlig nutzlos wären die Programme wenn sie jeder Nutzer einfach wieder deinstallieren könnte, daher sollten sich die Programme nur mit Passwordeingabe wieder vom Computer entfernen lassen.

Probleme

Filterprogramme sind bereits zum Politikum geworden. So haben sich die US-Präsidentschaftskandidaten im Jahr 2000 ein Rededuell geliefert, in dem Einigkeit darüber herrschte, dass jungen Menschen Sexseiten im Internet per Filtersoftware zu verschließen seien. Nicht strittig war die Tatsache an sich, sondern nur mit *welchem* Softwareprogramm die Seiten blockiert werden sollen

Wirksamkeit der Filterung

Die Werbung der Herstellerfirmen suggeriert Filterquoten von bis zu 97% (z.B. cybersitter.com). Die Programme laufen Werbeaussagen zufolge also nahezu perfekt: sie filtern den 'Schmutz' heraus und lassen pädagogisch Wertvolles durch. Bei näherer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass dieses Versprechen einer hochgradig wirksamen Filterung praktisch nicht einlösbar ist.

Unbegrenztheit des Netzes

Das Internet ist ein "unerschöpfliches" Medium. Es ist über Sperrlisten de facto unmöglich, das Internet so zu kategorisieren, dass alle anstößigen Inhalte ausgesperrt werden können. Auch die Filtersoftwareanbieter erstellen ihre Negativ-/Positivlisten nur mit Suchmaschinen und/oder Beschwerden, die Ihnen von Nutzern angetragen werden. Bei dem exponentiellen Wachstum von Webseiten ist es auch mit hohem Personalaufwand nicht durchführbar, die rechtswidrigen Seiten lückenlos zu blockieren. Filterprogramme sind dazu verdammt, der Entwicklung des Internets nachzuhinken.

⁷ Browser sind Programme mit denen Webseiten betrachtet werden können (z.B. Internet Explorer, Netscape Navigator, Opera). Abgeleitet vom Englischen "to browse" (durchblättern, schmökern, sich umsehen)

⁸ Chat ist die Bezeichnung für "Unterhalten" oder "Plaudern" in Online-Diensten.

Regeln für die Filter

Wenn die Filterprogramme noch sehr viele unerwünschte Internetseiten anzeigen, dann liegt das an der Schwierigkeit, Regeln für die Filterung zu erstellen. Die Frage welche Seiten angezeigt werden dürfen und welche nicht, ist sehr komplex. Schließlich soll der Nutzer so wenig wie möglich in seinem sonstigen Surfverhalten beschränkt werden.

Filterprogramme 'scannen' die Internetseiten bisher rein lexikalisch und verstehen nicht, dass Worte verschiedene Bedeutungsebenen haben. Kommt das Wort 'Sex' auf einer Seite vor, so wird diese Seite gesperrt, egal ob es sich um eine pornografische oder aber eine Seite über Sexualaufklärung handelt. Wenn Filter derart eng geschnürt sind, kommt es also dazu, dass alle Seiten, die „Sextant“ enthalten, gesperrt werden. Der Wortbestandteil „sex“ wird immer eindeutig negativ interpretiert. Ebenso ist es dieser Schlüsselwortsuche nicht möglich, historische Berichte über das Dritte Reich von rechtsradikaler Hetze zu unterscheiden.

Wird die Leine dagegen zu locker gelassen, erhöht sich die Durchlassquote der Seiten, die eigentlich blockiert werden sollten.

Filterquote und US-Lastigkeit

In seiner Diplomarbeit für die Universität Koblenz testete Tröndle 1999 einige Filterprogramme systematisch und stellte fest, "daß 75% der (...) gefundenen Web-Sites fälschlicherweise als anstößig bzw. als unangemessen deklariert und damit abgeblockt wurden und 41% der im Prinzip nach den Vorgaben eigentlich anstößigen bzw. unangemessenen Websites nicht als solche identifiziert wurden und damit frei zugänglich blieben. (...) Zum einen wird (...) offensichtlich viel zu viel abgeblockt, zum anderen kann man sich nicht darauf verlassen, dass nichts durchschlüpft, was unerwünscht ist." Andere Testberichte sprechen von 10% blockierten Positivseiten (c't 23/2000), bis hin zu 35% (TIFAP 1997). Die Filterquoten der Programme differieren stark von Testbericht zu Testbericht. Während im Magazin 'Chip' ein Programm eine Erfolgsquote von 80% hatte, erreichte dasselbe Programm in der Zeitschrift 'c't' eine Quote von nur 60%.

Englischsprachige .com-Pornoseiten werden von sämtlichen Softwareprogrammen sehr gut gefiltert, die deutschen Gegenstücke wesentlich schlechter. Verallgemeinernd kann behauptet werden, dass die Filterquote umso höher ist, je mehr englischsprachige Internetseiten mit dem Schwerpunkt Pornographie zum Testsample gehören. Die Filterquote wird geringer, je mehr deutschsprachige und/oder politisch radikale Seiten zum Testumfang gehören. Somit wird deutlich, dass die Programme alle für den amerikanischen Markt ausgelegt sind. Der Schwerpunkt der Programme liegt eindeutig auf der Filterung von Pornographie und nicht auf politisch extremen Inhalten.

Bild-, Video- und Audioanalyse

Aktuelle Filtersoftware versagt bei unkommentierten Bildern und Videos. Zwar sind auf manchen Internetseiten Graphiken im Seitenaufbau mit beschreibenden Texten hinterlegt, die von Filtersoftware erkannt werden. Auch können einige wenige Programme aus (nicht sichtbaren) Meta-Informationen, die in Grafiken/Fotos gespeichert sind, erkennen, dass diese Dateien blockiert werden müssen. Trotzdem ist Filtersoftware bisher noch nicht in der Lage, eine Bildanalyse durchzuführen. Es gibt im Bereich der Digitalphotoarchivierung bereits erste Forschungsansätze, die sich mit dem Vergleichen von Bildmustern und -strukturen beschäftigen, um beispielsweise ähnliche Bildmotive herauszufinden. Diese Programme befinden sich allerdings momentan noch in der Versuchs- bzw. Entwicklungsphase und sind noch nicht in bereits erhältliche Filtersoftware integriert. Sie können daher noch kein jugendgefährdendes Bildmaterial erkennen.

Es gibt allerdings mittlerweile Programme, die nach Werbeaussagen bereits "Hass- und Gewaltsymbole", "Rassistische Bilder und Symbole" und "sexuell explizite Bilder" finden können. Die Firma gibt keinerlei Auskünfte über die Funktionsweise ihres Programms.

Falls sich solche "Visual Intelligence Plattformen" durchsetzen, werden sie mit ähnlichen Problemen wie die o.g. textbasierten Filter zu kämpfen haben. Deren Probleme lassen sich auch auf Grafik- und Videoanalyse übertragen. Auch Bilder können viele Bedeutungen haben. Wie will man Regeln für historische Fotos oder neutrale Aufklärungsbilder erstellen? Welche Filter werden Karikaturen erkennen und Satire durchlassen? Auf der technischen Seite ist ein erheblich höherer Aufwand erforderlich, denn Bilder und Videos verbrauchen wesentlich mehr Speicherplatz als eine Textdatei und müssen zuerst dekomprimiert und entschlüsselt werden.

Es wird wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis Entwickler von Spracherkennungssoftware Wortfilter für das gesprochene Wort z.B. bei Internetkonferenzen und Sprachchats oder für die "explicit lyrics" in Liedtexten entwickeln werden. Vorstellbar ist jedenfalls jetzt schon, was mit visuellen und tonalen Filterprogrammen möglich sein könnte: Werden zukünftig in jedem Tatort, der per Video on Demand ins Haus kommt, automatisch Schimanskis Flüche herausgepiept? Werden Eltern Videoclips nach dem Grad der Bauchfreiheit der Sängerin sperren können?

Sicherheit der Programme

Eine 1999 vom Bundesministerium für Wirtschaft aufgegebenen Studie besagt: "Technische Lösungen zur Filterung der Inhalte bieten bisher keinen adäquaten Schutz, und können prinzipiell keinen absoluten Schutz bieten."

- **Entfernbarkeit:**
Alle Filterprogramme können ausgehebelt werden. Das Programm 'Netnanny' funktioniert schon nicht mehr, wenn nur der Dateiname des Browsers geändert wird. Das Programm SOS KidProof kann sogar ganz regulär ohne Passwortschutz entfernt werden.
In der Regel greifen die Programme zwar wesentlich tiefer in das jeweilige Betriebssystem ein, können aber von versierten Benutzern - zu denen Kinder und Jugendliche oftmals eher gehören als ihre Eltern - wieder entfernt werden.
- **Hackanleitungen:**
Detaillierte Anleitungen oder sogar von Hackern bereitgestellte Entfernungsprogramme (zur Deinstallation) finden sich für nahezu alle Filterprogramme im Internet. Noch raffinierter sind Programme, die eine aktive Filtersoftware vortäuschen und kostenlos im Internet herunterladbar sind. So lassen sich beispielsweise SurfWatch, Cyber Patrol, CYBERSitter, NetNanny, X-Stop, PureSight und Cyber Snoop durch das Mini-Programm Peacefire.exe einfach austricksen.
- **Zusatz-Kick:**
Das Blockierprogramm wird minderjährigen Surfern von ihren Eltern und Erziehern aufoktroiert. Der Anreiz für den Benutzer, diese Programme zu umgehen ist um so größer, je stärker er sich durch die Sperrung behindert fühlt. Durch das Knacken des Programms erweitern sie ihre Bewegungsfreiheit. Kinder und Jugendliche kommen schnell darauf, dass Sperrlisten löscher, Systemdateien austauschbar oder parallele Betriebssysteminstallationen machbar sind. Es hat für sie einen großen Reiz, die Sicherheitslücken der Software herauszufinden, schließlich empfinden sie sich bei erfolgreicher Aushebelung cleverer als die Programmierer und die Erwachsenen, die das Programm installiert haben. Außerdem macht es Spaß, die Funktionsweise der Programme abzuklopfen und logische oder technische Mängel herauszufinden. Provozierend könnte man behaupten, dass ein installiertes Filterprogramm Kinder und Jugendliche sogar dazu animieren kann, jugendgefährdende Seiten zu besuchen, um herauszufinden, wovor die Eltern/Pädagogen sie da eigentlich beschützen wollen. Bei den o.g. niedrigen Filterquoten ist ohnehin davon auszugehen, dass die Kinder und Jugendlichen schon nach wenigen Versuchen erfolgreich auf „verbotene“ Seiten gelangen.

Wertvorstellungen und Betriebsgeheimnisse der Softwareproduzenten

Auch die Philosophie der Hersteller von Filterprogrammen spielt eine große Rolle. So wird z.B. die Software CyberSitter von einer US-Organisation "Focus on the Family" (www.family.org) entwickelt. Die Organisation hat sich damit ein Instrument geschaffen, um gezielt ihre pruden Moralvorstellungen durchzusetzen. Dieses Programm filtert neben sexuellen Aufklärungsseiten auch Begriffe wie "homosexuality", "bullshit" oder "lovestory" (vgl. www.jugendschutz.net) heraus. Themen wie Schwangerschaftsverhütung, Homosexualität oder die künstlerische Darstellung von Nacktheit sind nicht im Interesse des Herstellers und werden ausgesiebt.

Der Nutzer hat aus geschäftspolitischen Gründen keine Einsicht in die verschlüsselten Sperrlisten - andere Firmen könnten die mühevoll Handarbeit ja übernehmen. Die Hersteller argumentieren damit, dass offen gelegte Sperrlisten die Gefahr beherbergen Surfer über diese Listen direkt zu den anstößigen Seiten zu bringen. (Trotzdem bin ich bei der Internetrecherche zu diesem Artikel auf geknackte und offen gelegte Linklisten der Programme CyberSitter und NetNanny gestoßen).

Wird ein Seitenanbieter in eine Negativliste aufgenommen oder wird seine Seite durch 'keyword blocking' nicht angezeigt, so erhält er darüber keine Information und kann darauf auch nicht reagieren. Die Listen nehmen keinerlei Einfluss auf das Internetangebot an sich, sondern blenden nur die vermeintlich negativen Teile aus. Dadurch ist natürlich auch kein „pädagogischer Effekt“ für den Anbieter der (eventuell) anstößigen Information möglich. Er kann sich nicht rechtfertigen oder seine Seiten so verändern, dass er in Zukunft nicht mehr blockiert wird. Und wenn eine Seite erstmal blockiert ist, bedarf es große Anstrengungen sie wieder freigeschaltet zu bekommen (vgl. www.blinde-kuh.de).

Die Firmen legen allerdings nicht einmal ihre Kategorisierungskriterien offen. Es existiert auch keine übergeordnete Kontrollinstanz, die die Listen bewertet oder mit der zusammen Kriterien für Sperrlisten entwickelt werden. Zensur ist damit nicht kontrollierbar, sondern namens- und gesichtslos.

Wenn eine Institution oder Eltern Filtersoftware einsetzen wollen, sollten sie sich also über die Wertvorstellungen und politischen Anschauungen der Softwarefirma (oder den dahinter stehenden Organisationen) genauer informieren. Nutze ich ein solches Programm, unterwerfe ich mich (und die Kinder und Jugendlichen) einer Firma, die entscheidet, welche Informationen gut oder schlecht für mich sind. Die Filterprogramme werden daher von Gegnern als „Censorware“ bezeichnet.

Global unterschiedliche Wertvorstellungen

Es gibt weltweit kein einheitliches Wertesystem, vielmehr ist das Internet „ein globaler Kulturraum, in dem viele Auffassungen zusammenkommen. Amerikaner definieren das Recht auf Meinungsfreiheit anders als etwa Asiaten. Und dann unterscheiden sich nationale Empfindlichkeiten von globalen" (Müller-Manguhn 2000).

Es ist nicht möglich, für jeden Kulturkreis mit Zugang zum Internet die passenden moralischen und normativen Filterkriterien herauszufinden. Für die Softwarehersteller ist es überhaupt nicht machbar, einen allgemeingültigen Standard hierfür zu definieren, denn die Vorstellungen sind immer von kulturellen, religiösen und politischen Vorstellungen und individuellen Sozialisationsgeschichten geprägt. Während in Deutschland einerseits die Darstellung eines nackten Erwachsenenkörpers für liberale Eltern und Pädagogen kein Thema ist, kann dies beispielsweise in den USA zu Problemen führen. Andererseits fällt in den USA, die Leugnung des Holocausts unter das Recht auf freie Meinungsäußerung – ein Umstand, der in Deutschland wiederum undenkbar ist. Diesen extrem unterschiedlichen Wertvorstellungen schenkt die für den amerikanischen Markt produzierte Software kaum Rechnung, nicht einmal in regionalisierten deutschen Versionen der Programme: "Die puritanische Sex-Einstellung in den USA drückt in den Abblockverfahren

der Welt ihren Stempel auf" (Kuhlen 2000). Es ist sehr unwahrscheinlich, dass jemals ein für alle Kulturen gemeingültiger Standard gefunden werden kann.

Entwicklung

Die Nachfrage nach diesen Filterprogrammen steigt rasant. Die darauf spezialisierte Firma SurfControl vermeldete für das zweite Halbjahr 2001 einen Umsatzwachstum von 72 Prozent auf 24,4 Millionen US\$ gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Zurzeit gibt es auf dem Markt etwa 60 Programme. Die Preise liegen zwischen 10,- und 80,- Euro. Zwar gibt es einige Softwareprodukte, die für Eltern umsonst sind. Für Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken und andere Institutionen gilt aber bei nahezu allen Filterprogrammen, dass diese kostenpflichtig sind. In den USA wird momentan mit dem „Children's Internet Protection Act“ ein Gesetzesentwurf vor Gericht verhandelt, der es vorsieht, öffentlichen Einrichtungen, die den Zugang zum Internet nicht durch solche Programme filtern, die staatlichen Zuschüsse zu entziehen.

Fazit und Handlungsvorschläge

Weder „Schutzengel“ noch „Gespenst“

Eltern und pädagogische Fachkräfte können sich keinesfalls auf diese technischen Ansätze verlassen. Die Filtersoftware ist auf dem heutigen Stand der Technik absolut ungenügend. Als alleinige Schutzmaßnahmen sind diese Programme substanzlos und untauglich. Der lexikalische Ansatz dieser Programme ist von atemberaubender Schlichtheit, die Programme sind bisher noch nicht in der Lage, kontextorientiert zu arbeiten und damit die Mehrdeutigkeit von Worten in den Angeboten zu erkennen.

Filterquoten von 40 bis 80 Prozent der jugendgefährdenden Seiten sind eindeutig zu wenig. Außerdem ist die Software i.d.R. nur auf dem Rechner vor Ort installiert. Kinder und Jugendliche können bei Freunden oder im kommerziellen Internetcafé frei und ohne Softwareblockaden surfen. Darüber hinaus ist die Software leicht zu entfernen oder auszuhebeln.

Als einigermaßen sinnvoll könnte man die Überwachungsfunktion der Programme anführen, denn sie erlaubt zumindest das Festhalten der besuchten Internetseiten. Anhand dieser Protokolle können Eltern und Pädagogen fallweise den Kindern „nachsurfen“, damit Sie zumindest einen Überblick gewinnen können, wohin deren Reise gegangen ist. Ob das dem Vertrauensverhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern förderlich ist, kann bezweifelt werden. Außerdem können diese Protokolle von geschickten Benutzern gelöscht werden.

Es ist deutlich geworden, dass diese technischen Möglichkeiten höchstens als flankierende Maßnahmen genutzt werden können. Wo das Individuum und seine Selbstbestimmung einen hohen Stellenwert genießen, kann es keine einfachen und automatisierbaren Erziehungsschemata geben.

Was können pädagogische Fachkräfte und Eltern tun?

Mit diesem Beitrag sollen die vorhandenen Jugendgefährdungen nicht abgeschwächt werden: Kinderpornographie, sexuelle Anmache, extreme Darstellungen von Gewalt und Verletzungen der Menschenwürde, Kriegsverherrlichungen, Nazi-Propaganda u.v.m. gefährden Kinder und Jugendliche im Internet und sind nicht zu tolerieren. Aber: Erziehende kämen auch nicht auf die Idee, ihre Kinder und Jugendlichen nur in Begleitung eines Leibwächters in die Fußgängerzone zu lassen, in der viele reale Gefahren existieren. Kinder und Jugendliche wollen nicht beschützt, sondern ernstgenommen werden. Sie lernen in und aus Beziehungen mit den Erwachsenen:

- Kindern und Jugendlichen im Internet sollte immer eine erwachsene Begleitung zur Verfügung stehen. Und zwar nicht als Aufsicht, sondern als Berater und Ansprechpartner.
- Die Auseinandersetzung der Erziehenden mit Kindern und Jugendlichen ist von zentraler Bedeutung. Sie sollten gemeinsam das Internet erkunden, es verstehen lernen und unbequemen Fragen nicht ausweichen. Eltern und pädagogische Fachkräfte sollten gemeinsam mit den Kindern surfen, über das Internet sprechen und dabei Sexualität, Gewalt und politische Ideologien nicht tabuisieren.
- Kinder benötigen zudem klare Anweisungen, wo sie sich im weltweiten Netz bewegen dürfen.
- Kindern muss die Gelegenheit gegeben werden, sich selbständig im Internet zu bewegen. Eltern, Jugendhilfe, Schule und andere öffentliche Institutionen müssen sie dabei unterstützen und ihnen Medienkompetenzen vermitteln. Unabdingbar ist es, ihnen die Fähigkeit mitzugeben, zwischen wertvollen und unnützen Informationen unterscheiden zu können.
- Eltern und Fachkräfte sollten den Kindern und Jugendlichen Tipps mitgeben, die sowohl in der realen, als auch in der virtuellen Öffentlichkeit sinnvoll sind: "Sprich nicht mit Fremden" und "Gib keine Informationen über Dich und Deine Familie nur weil Du danach gefragt wurdest.", "Gib niemandem, den Du nicht kennst Deine (E-Mail-) Adresse." (siehe Kasten „Sicherheitsregeln im Internet“)
- Für Fachkräfte in Jugendhilfe und Schule ist es besonders wichtig, sich intensiv mit dem Medium auseinanderzusetzen. Sie müssen beispielsweise wissen, welche Sprache und Strategien Pädophile im Internet benutzen, um Kinder zu locken.
- Eltern und Einrichtungen können auch strukturelle soziale Kontrolle schaffen: Der Computer kann so platziert werden, dass es für Kinder nicht möglich ist, alleine den Bildschirm zu betrachten. Einige öffentliche Bibliotheken gehen sogar so weit, einen zusätzlichen Monitor mit gleichem Bildschirminhalt, der für alle Bibliotheksbesucher einsehbar ist, über dem Internetarbeitsplatz aufzuhängen. Aus fachlicher Sicht ist es nicht notwendig, Kindern und Jugendlichen ständig über die Schulter zu gucken. Viel wichtiger ist es, dass den Kindern und Jugendlichen kontinuierlich ein Berater und Ansprechpartner für das Medium zur Verfügung steht.
- Es gibt auch kleine, ganz pragmatische Möglichkeiten für Kinder, die Begegnung mit dem Internet sicherer zu gestalten: So kann die Startseite des Internetbrowsers auf eine kinderfreundliche Suchmaschine gelegt werden (z.B. www.blindekuh.de).

Neben den direkten Erziehungspartnern von Kindern und Jugendlichen (Eltern, Schule und Jugendhilfe) sind andere Instanzen gefragt:

Die Internet-Wirtschaft muss sich stärker selber in die Verantwortung nehmen. Sie macht es sich zu einfach, wenn sie nur auf Softwarelösungen verweist und damit die Verantwortung an Eltern und pädagogische Fachkräfte abtritt. Die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia hat zwar einen eigenen Verhaltenskodex aufgestellt. Sanktionen gegenüber Mitgliedern der FSM finden aber de Facto nicht statt. Nur die wenigsten Internetangebote werden inhaltlich gekennzeichnet (labeling).

Politik muss die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass Bildung und Erziehung den Rang erhalten, den sie verdienen. Die Erziehungsverantwortung der Eltern muss durch eine strukturelle Familienpolitik unterstrichen werden und nicht durch eine Erhöhung des Kindergeldes. Neben diesen finanziellen Aspekten benötigen Kinder, Jugendliche und die Erwachsenen, die sie erziehen, vor allem eines: gesellschaftliche Anerkennung.

Aus der aktuellen Diskussion (Stichwort: Erfurt) sollte nicht der Schluss gezogen werden, dass Computer und Internetanschlüsse aus Jugendeinrichtungen verbannt gehören. In der Studie "Internet - außerschulische Lernangebote für Kinder und Jugendliche bis zum 14. Lebensjahr" (2001) fordert das Deutsche Jugendinstitut (DJI) vielmehr die Einrichtung von weiteren Internetplätzen in außerschulischen Einrichtungen (Horten, Jugendhäusern etc.), denn dem Großteil der Kinder und Jugendlichen fehlen Zugänge zum Internet.

Sicherheitsregeln im Internet

Du solltest misstrauisch werden und mit einer Vertrauensperson sprechen:

- wenn Dich jemand zu irgendetwas überreden oder zwingen will ...
- wenn Dich jemand erpressen will oder Dir droht ...
- wenn jemand "schweinische" Wörter benutzt ...
- wenn Dich jemand locken oder kaufen will ...
- wenn jemand Dir großzügige Geschenke anbietet ...
- wenn Dir jemand Angebote macht, die sich einfach zu gut anhören wie z.B. in einem Film mitspielen, als Model arbeiten, ganz billig Super-Turnschuhe besorgen oder ähnliches ...
- wenn jemand hauptsächlich über Dein Aussehen und Deinen Körper reden will ...
- wenn jemand über Sex spricht, Dir sexuelle Dinge von sich erzählt oder nach Deinen sexuellen Erfahrungen fragt ...
- wenn jemand Fotos von Dir machen will ...
- wenn Dich jemand gegen Deine Eltern oder andere Menschen aufhetzen will ...
- wenn Dir jemand Geheimnisse erzählt oder verlangt, dass Du niemand etwas weitersagen darfst.

Weitere Sicherheitsregeln

- Gib niemand im Internet Deine Adresse, Deine Telefonnummer oder die Adresse Deiner Schule, ehe Du mit Deinen Eltern oder einer anderen Vertrauensperson darüber gesprochen hast.
- Schicke niemand Dein Bild.
- Gib keine Informationen über andere Menschen, z.B. Deine Eltern, Deine Geschwister oder Freunde weiter, ehe Du sie gefragt hast, ob es okay ist.
- Gib keine Kreditkartennummern weiter und erzähle nichts über Geld.
- Triff Dich nie allein mit jemandem, den Du im Internet kennengelernt hast. Sprich vorher mit Deinen Eltern oder einer anderen Vertrauensperson.
- Wenn Du Dich mit jemandem triffst, tu das immer an einem öffentlichen Ort z.B. einem Café oder dem Jugendzentrum. Es reicht nicht, wenn Du einen Freund oder eine Freundin mitnimmst. Beim ersten Treff sollte unbedingt ein Erwachsener dabei sein.
- Bleib nicht in Chat-Rooms, in denen über Dinge gesprochen wird, die Dir seltsam vorkommen, Dir unangenehm oder peinlich sind, Dir Angst machen. Wenn Du ein komisches Gefühl hast, trau diesem Gefühl und erzähle jemandem davon.

Quelle: mit freundlicher Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Landesstelle NRW

Weiterführende Links:

Übersicht über Filtersoftwareprogramme
<http://fsm.de/info/software/index2.shtml>

Jugendschutz.net, die Zentralstelle der Länder für Jugendschutz in Mediendiensten
<http://www.jugendschutz.net>

Aktion Kinder- und Jugendschutz, Fach- und Landesstellen
<http://www.jugendschutz.de/>

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS)
<http://bpjs.bmfsfj.de/>

Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM)
<http://www.fsm.de/>

INHOPE (Internet Hotline Providers in Europe Association)
<http://www.inhope.org/>

DJI-Studie Kinder im Internet: Medienpädagogische Informationen für Erwachsene & Internetseiten für Kinder
<http://www.dji.de/www-kinderseiten/default.htm>

LWL-Landesjugendamt
<http://www.lja-wl.de>

Literatur:

Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie - BMWi (1999): Jugendschutz und Filtertechnologien im Internet,
<http://www.secorvo.de/projekt/jugendschutz.htm>, Stand: 11.05.2002, Berlin

Deutsches Jugendinstitut - DJI / Feil, Christine (Hrsg.)(2001): Internet für Kinder. Hilfen für Eltern, Erzieher und Lehrer. Opladen

Kühlen, Rainer (2000): Gespenst oder Schutzengel - Ambivalenz von Filter-, Abblock- und Rating-Verfahren,
URL: http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/People/RK/Texte/tk_jb00.html/,
Stand: 11.05.2002, Konstanz

Tröndle, M. (1999): Experimentelle Bewertung von Blocking- und Filtersystemen im Internet. Ein Vergleich der Systeme von Net Nanny, Cyber Patrol, Cyber Sitter und Surf Watch. Diplomarbeit im Fach Informationswissenschaft an der Universität Konstanz. Konstanz August 1999

Andreas Gleis

Diplom-Sozialarbeiter, Fachberater Jugendarbeit, verantwortlich für den Internetauftritt des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe

Medien

Thomas Rauschenbach/Matthias Schilling (Hrsg.):

Kinder- und Jugendhilfereport 1

Analysen, Befunde und Perspektiven

254 Seiten, 13,70 € – ISBN 3-933158-46-X – Votum Verlag, Münster

Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe? Welche personellen Entwicklungen lassen sich im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder beobachten? Worin unterscheiden sich Ratsuchenden in den neuen Bundesländern von denen der alten Länder? Und können ambulante Hilfen Fremdunterbringungen vermeiden?

Den Herausgebern des Kinder- und Jugendhilfereport 1, Thomas Rauschenbach, Leiter der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik in Dortmund (AKJ^{Stat}), und Matthias Schilling, dem Geschäftsführer der Arbeitsstelle, ist es in ihrem Datenreport gelungen, insgesamt 11 Beiträge aus den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe von namhaften Autorinnen und Autoren zu vereinen.

Die Beiträge des ersten Kapitels befassen sich mit den Grundfragen der Kinder und Jugendhilfe. Im ersten Beitrag beschäftigen sich die Herausgeber selbst mit der Personalstruktur der Jugendhilfe. Ausgehend von einer Gesamtbilanz der Personalentwicklung in Ost und West, über die personellen Besonderheiten in den einzelnen Arbeitsfeldern, bis hin zu einer „erstmaligen“ Untersuchung der Trägerstruktur in der Kinder- und Jugendhilfe sowie einer ebenfalls „erstmaligen“ Analyse der Leitungsstrukturen werden die Entwicklungen von 1990 bis 1998 ausführlich und differenziert beschrieben. Reinhard Liebig und Norbert Struck haben im anschließendem Beitrag den erfolgreichen Versuch unternommen, „Licht ins Dunkle“ der Jugendhilfe-Ausgaben zu bringen.

Das zweite Kapitel des Bandes legt den Fokus auf einige Arbeitsfelder der Jugendhilfe. Die Kindertageseinrichtungen werden in dem Beitrag von Karin Behr in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Sie zeigt in einem ersten Schritt die generellen Entwicklungen in den Bereichen Personal, Plätze und Einrichtungen der letzten Jahre auf und geht dann, in einem

zweiten Schritt, in die inhaltliche Tiefe. Die Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit (Jens Pothmann/Werner Thole), die Erziehungsberatung im Horizont ihrer Adressaten (Klaus Menne) und das Pflegekinderwesen im System erzieherischer Hilfen (Jürgen Blandow/Michael Walter) sind weitere Themenschwerpunkte des zweiten Kapitels.

Gegenstand des dritten und letzte Kapitels sind die Herausforderungen und Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe. Eröffnet wird das Kapitel mit einem Beitrag zu den Beschäftigungsrisiken in der Kinder- und Jugendhilfe (Thomas Rauschenbach/Matthias Schilling). Die unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland (Michael Winkler), die Frage, ob ambulante Hilfen Fremdunterbringungen vermeiden können (Ulrich Bürger), Risiken der Zukunft und Chancen der Prognose (Thomas Rauschenbach/Matthias Schilling) und die Anpassung der Kinder- und Jugendhilfestatistik an sich verändernde Wirklichkeiten (Evelyn Laue/Franz-Josef-Kovenbach) bilden ein breites Spektrum an Beiträgen zum Thema Prognosen, Modellrechnungen und Perspektiven in der Kinder- und Jugendhilfe.

Man muss sicherlich kein Daten-Fetischist sein, um den einzelnen Beiträgen folgen zu können, denn jeder der elf Beiträge ist so aufgebaut, dass sowohl die zahlreichen Tabellen als auch die erklärenden und ausführlichen Texte den interessierten Leser nicht die Freude am Thema nehmen. Und so ist der Datenreport nicht nur für Planer, Qualitätsentwickler und Verantwortliche der Kinder- und Jugendhilfe geeignet. Vielmehr bieten die unterschiedlichen Beiträge mit ihren teilweise erstmaligen Analysen eine Argumentationsgrundlage und Entscheidungshilfe für Entwickler der Kinder- und Jugendhilfe.

Thomas Fink

**Stadt Dormagen (Hrsg.):
Dormagener Qualitätskatalog
der Jugendhilfe
Ein Modell kooperativer Qualitätsentwicklung
262 Seiten, 20,50 EUR – ISBN 3-8100-3336-7
Verlag Leske + Budrich, Opladen**

Mit dem vorliegenden Band hat die Stadt Dormagen nach eigener Aussage „den ersten deutschen Qualitätskatalog für die Arbeit im Jugendamt“ vorgelegt. Was sich im Begriff des „Kataloges“ beim ersten Hinhören wie eine Ansammlung von „drögen“ Verfahrensstandards einer deutschen Kommunalverwaltung anhört und Befürchtungen von Sozialtechnologie in der Jugendhilfe auslöst, entpuppt sich schon beim Durchblättern als spannende Sammlung von (überwiegend) sozialpädagogischen Praxisreflexionen. Dabei werden insbesondere die programmatischen und methodischen Aspekte der zentralen Hilfeprozesse eines Jugendamtes systematisch entwickelt und beschrieben.

Wenn man dann gründlich in die Lektüre des Qualitätskataloges einsteigt, dämmert dem Leser / der Leserin schnell, dass man sich tatsächlich vom Begriff des Kataloges hat täuschen lassen. Vielmehr zeigt sich – was auch im Untertitel des Buches angekündigt wird – , dass die vorliegenden Prozessbeschreibungen das Ergebnis einer zweijährigen, von Prof. Reinhart Wolff begleiteten, Qualitätsentwicklungswerkstatt sind, an der das gesamte Jugendamt und einige Fachkräfte von freien Trägern teilgenommen haben. Dieser Werkstatt liegt das dialogische, gleichermaßen einfache wie auch anspruchsvolle Qualitätsentwicklungsmodell des Kronberger Kreises zugrunde. Es begreift Qualitätsentwicklung (QE) als permanentes, systematisches und reflektiertes Selbstgespräch einer Organisation über die alltäglichen Praxissituationen. Dabei intendiert die QE jedoch keine einfachen Lösungen. Die AutorInnen gehen vielmehr davon aus, dass „neue Spielräume offenbar nur um den Preis einer erheblichen Komplexitätszunahme zu gewinnen (sind), die institutionell nicht beherrschbar ist“. Sie verzagen jedoch angesichts dieser Diagnose nicht, sondern versuchen, „sich mit Lust und Laune, List und erfinderischem Experiment in der Praxis sozialer Dienste zu engagieren, mit offenem Ausgang“ (S. 14).

Den Ausgang der ersten Phase dieser Qualitätsentwicklung kann man in dem nun vorgelegten Band sehr schön nachvollziehen. Es ist den MitarbeiterInnen von Jugendamt und freien Trägern gelungen, anhand von 23 zentralen Prozessen (vom Zugang zur Hilfe bis zur Krisenintervention) zu beschreiben, was sie selbst nach ihrer intensiven Reflexionsphase für die aktuell beste (zugleich herausfordernde und realisierbare) Fachpraxis halten. Dabei orientieren sie sich in ihrer Vorgehens- und Darstellungsweise an der Logik des Kronberger QE-Modelles, das die sogenannte Programm- und Prozessqualität (PPQ) in sechs Arbeitsschritten entfaltet:

1. Die präzise Beschreibung der Aufgabe unter Berücksichtigung ihrer historischen Entwicklung und gesellschaftlich-politischen Eingebundenheit.
2. Die Klärung und Interpretation der teilweise – bspw. in Bezug auf junge Flüchtlinge – kontroversen rechtlichen Grundlagen.
3. Die Skizzierung der Probleme im Aufgabenfeld unter Berücksichtigung der Grundannahme, dass die Probleme nicht einfach gegeben oder vorhanden sind, sondern sich vielmehr – unter teilweise aktiver Mitwirkung der Fachkräfte – historisch entwickelt haben und auch aktuell reproduziert werden.
4. Die Sammlung und häufig auch Eigenentwicklung von Qualitätsstandards.
5. Die Beschreibung von zukünftig zu berücksichtigenden Methoden und Verfahren der Prozessgestaltung.
6. Die Entwicklung von Verfahren und ersten Instrumenten zur Prozessdokumentation.

Nachdem man in der ersten Publikation des Kronberger Kreises („Wie Kindertageseinrichtungen besser werden“) schon sehr gut sehen konnte, wie eine gemischte ExpertInnen-Gruppe aus Praxis und Wissenschaft mit dem Kronberger QE-Konzept die Programm- und Prozessqualität für ein Arbeitsfeld der Jugendhilfe entfaltet, kann im Dormagener Q-Katalog nun nachvollzogen werden, wie eine real existierende Organisation unter fachlicher Anleitung eines profilierten Q-Entwicklers mithilfe dieses Konzeptes die eigene Arbeit untersuchen und weiterentwickeln kann.

Die vorliegenden Ergebnisse überzeugen insbesondere in Bezug auf die Praxisorientierung, das fachlich durchgängig sehr ansprechende Niveau und den Erfindungsreichtum bzw. die freigesetzte fachliche Kreativität. Wie das bei einem Praxisentwicklungsprojekt andererseits meistens so ist, sind sicherlich auch im Fall des Dormagener Q-Kataloges einige der vorgestellten Prozesse fachlich (bisher noch) weniger überzeugend, manche Arbeitsfelder sind bisher noch gar nicht bearbeitet (z.B. die Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendhilfeplanung) und durchgängig ist die Ebene der Dokumentation und Evaluation der entwickelten Prozesse noch nicht sehr ausgefeilt. Insofern ist der Anspruch, sich an bester Fachpraxis zu orientieren, sicherlich noch nicht durchgängig umgesetzt.

Der besondere Wert des Dormagener Q-Kataloges liegt m.E. für Fachkräfte anderer Jugendämter darin, dass die vorgestellten Ergebnisse Möglichkeiten zu selbstkritischer Auseinandersetzung mit der eigenen Fachpraxis aufzeigen und zudem Anlass zu Optimismus in Bezug auf das Thema Qualitätsentwicklung geben. Am Beispiel des Kronberger Q-Konzeptes zeigen sich die Praxistauglichkeit und der fachliche Gewinn von qualifizierten, dialogorientierten QE-Konzepten, die nicht in erster Linie auf die Produktion von Verfahrensstandards sondern auf die Weiterentwicklung zur lernenden Organisation und die Qualifizierung der Fachkräfte ausgerichtet sind. Während die MitarbeiterInnen der Dormagener Jugendhilfeinstitutionen sicherlich nun sehr gespannt auf die Weiterentwicklung ihrer Arbeit und die zukünftig anstehenden Aufgaben einer Verstetigung von QE-Prozessen blicken, dürften MitarbeiterInnen anderer Jugendämter nach dem Lesen des Dormagener Kataloges Lust auf ähnlich spannende QE-Prozesse bekommen, auch wenn die Arbeit und der zeitliche als auch persönliche Einsatz der rheinischen KollegInnen erheblich gewesen sein mag.

Remi Stork

Oskar Negt:
Arbeit und menschliche Würde
 747 Seiten, 29,-- EUR – ISBN 3-88243-786-3
 Steidl Verlag, Göttingen

Allen Reparaturversuchen zum Trotz steckt der Arbeitsmarkt seit zwanzig Jahren in einer tiefen Krise. Weder die vielbeschworene Globalisierung der Märkte noch die Flexibilisierung der Arbeitszeit wird das Problem der Massenarbeitslosigkeit aus der Welt schaffen. Auch die „Beschäftigungswunder“ in den USA und Holland erweisen sich bei genauerem Hinsehen von Negt als Irrwege. Doch wie können die Strukturprobleme der Erwerbsgesellschaft im Zeitalter der Informationstechnologie beseitigt werden? Wie prägt die Arbeit unser Menschenbild und welcher Stellenwert kommt ihr in unserem Gemeinwesen künftig zu?

Oskar Negt beschreibt Arbeitslosigkeit als einen Gewaltakt, der Millionen von Menschen um ein Leben in Würde bringt – und das, obwohl die Industriestaaten heute reicher sind denn je. Im Rückgriff auf die europäische Geistesgeschichte löst er unseren Blick von der reinen Marktlogik des Kapitalismus und stößt eine Debatte an über den Zusammenhang von Arbeit und Kultur, über die Bedeutung gerecht verteilter Arbeit für eine funktionierende Demokratie.

Der Soziologe und Philosoph Oskar Negt legt ein Werk vor, das erstmals die Phänomene Arbeit und Arbeitslosigkeit in all ihren gesellschaftlichen und kulturellen Aspekten darstellt. Nur eine politisch verantwortliche Ökonomie kann die Spaltung der Gesellschaft bewältigen und in Zukunft eine friedensfähige Weltordnung garantieren.

Hans Joachim Stahl

Gunter Hofmann:
Abschiede, Anfänge
 Die Bundesrepublik – Eine Anatomie
 463 Seiten, 24,90 EUR – ISBN 3-88897-282-5
 Verlag Antje Kunstmann, München

„Es trifft nicht zu, so gern es auch behauptet wird, die Bundesrepublik sei unbeweglich, unglücklich, pessimistisch, und aus Rücksicht auf die unflexiblen Menschen sei die Politik vorsichtig, langsam, unbestimmt. Auf die zivile Gesellschaft, die die Bundesrepublik geworden ist, kann man sich oft eher verlassen als auf viele ihrer Politiker.“

Das ist die Grundthese von Gunter Hofmann und das Fazit seines Buches, das die Geschichte der Bundesrepublik in ihrem eigentümlichen Rhythmus aus Anfängen und Abschieden erzählt und vor diesem Hintergrund eine Analyse der politischen und intellektuellen Befindlichkeit von heute liefert: Wovon hat sich die „Berliner Republik“ bereits verabschiedet, was beginnt wirklich neu und welche Kontinuitätslinien erweisen sich inzwischen als konstitutiv?

Verabschiedet hat sich die Republik klammheimlich vom alten Parteienstaat, vom Wachstumsglauben, vom tradierten Sozialstaat, vom Modellcharakter, ja sogar von der D-Mark. Die Revolution der Kommunikationsverhältnisse, die stille Auflösung des Nationalstaats in der Brüsseler Republik, die Grenzenlosigkeit Europas und die Integration Polens – das alles ist neu. Und Gunter Hofmann, Leiter des Berliner Büros der „Zeit“ stellt die Frage: Wie gehen Joschka Fischer und Gerhard Schröder mit den neuen Herausforderungen um?

Hans Joachim Stahl

Henning Köhler: Deutschland auf dem Weg zu sich selbst

Eine Jahrhundertgeschichte

**749 Seiten, 37,29 EUR – ISBN 3-89850-057-8
Hohenheim Verlag, Stuttgart**

„Was für ein Jahrhundert, von dem man einst glaubte, es werde das ‚deutsche Jahrhundert‘ werden – zu Beginn das Reich Wilhelm II., in der Mitte Adolf Hitler und an seinem Ausgang der rheinische Teilstaat Adenauers, den Kohl durch die Wiedervereinigung vervollständigte. Es ist, als ob Deutschland nicht scheitern kann, zwei Weltkriege zerstören es, vernichten es aber nicht. Der Verlust seiner ostdeutschen Provinzen und die Teilung des Rumpfstaates schneiden zwar tief ein, aber die beiden Deutschlands entwickeln sich zur Stütze ihrer jeweiligen Bündnissysteme. Die Dynamik des Landes in der Mitte Europas scheint sich nicht unterdrücken zu lassen, allerdings ebenso wenig der tiefe Selbstzweifel, der das Land prägt. Aber ist das ein Wunder nach diesem Jahrhundert voller Katastrophen? Lauter Untergänge, denen aber immer wieder Auferstehungen folgten.“

Henning Köhlers Buch erzählt diese glanzvolle und düstere Geschichte wie einen Roman, mit jenen Höhen und Tiefen, die von ihr untrennbar zu sein scheinen.“

Wolf Jobst Siedler

Joseph Rován: Geschichte der Deutschen Von ihren Ursprüngen bis heute 859 Seiten, 17,50 EUR - ISBN 3-423-30638-6 Deutscher Taschenbuch Verlag, München

Die deutsche Geschichte von ihren Ursprüngen bis heute ist die Geschichte eines Volkes ohne feste historische Begrenzungen, eines Territoriums ohne natürliche Grenzen, eines Staatsgebildes, das erst in jüngster Vergangenheit ein einheitlicher Nationalstaat wurde. Joseph Rován beschreibt zwei Jahrtausende in den großen Entwicklungslinien und Epochen mit ihren Umwälzungen und Zäsuren und charakterisiert die Kräfte, die der deutschen Geschichte ihre eigentümliche Dynamik, Kontinuität und Zielrichtung gegeben haben. Das vereinigte Deutschland heute blickt auf eine Geschichte zurück, in der sich wie in keinem anderen Staat die Idee des Föderalismus, die Einheit in der Vielfalt, Anpassungsfähigkeit und Pluralität bedeutet, nachhaltig herausgebildet hat. Ein solcher Föderalismus ist nach Ansicht von Rován auch die Grundlage für die Schaffung eines gemeinsamen Europa, in das Deutschland diese geschichtliche Erfahrung einbringen kann und muss.

Hans Joachim Stahl

Niall Ferguson: Der falsche Krieg Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert 509 Seiten, 13,50 EUR - ISBN 3-423-30808-7 Deutscher Taschenbuch Verlag, München

Welche Faktoren haben 1914 den Zusammenbruch der europäischen Ordnung tatsächlich bewirkt? Wie wäre die Entwicklung verlaufen, wenn Großbritannien nicht in den Krieg eingetreten wäre? Nach Niall Fergusons Neuinterpretation, die zum Teil bislang unzugängliche Quellen auswertet, ist die häufig vorgebrachte

These von der „Unvermeidbarkeit“ des Ersten Weltkrieges so nicht länger haltbar. Indem er neben militärischen und machtpolitischen auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte in die Darstellung einbezieht, entwirft Ferguson ein weitgefasstes Panorama des Krieges, verdeutlicht das komplexe Ursachengeflecht und rückt insbesondere die Kriegsschuldfrage in ein neues Licht. Er geht sowohl mit der deutschen als auch mit der britischen Politik jener Zeit scharf ins Gericht: Auf beiden Seiten haben politisches Unvermögen, unverantwortlicher Ehrgeiz, katastrophale Fehleinschätzungen und der skrupellose Bruch internationalen Rechts zur „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ geführt, die Millionen Menschen das Leben kostete und in fataler Weise auf die weitere Geschichte Europas gewirkt hat.

Hans Joachim Stahl

Norbert Frei:
Der Führerstaat
Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945
336 Seiten, 12,50 EUR - ISBN 3-423-30785-4
Deutscher Taschenbuch Verlag, München

In der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Dritten Reiches von der Machtergreifung bis zum Untergang lassen sich drei Phasen ausmachen: die Formierung des Regimes, die mit dem „Röhm-Putsch“ blutig abgeschlossen wurde, die Konsolidierung im Zeichen des sich entfaltenden „Führer-Mythos“ und einer zeitweilig durchaus Realität gewordenen „Volksgemeinschaft“, schließlich die tiefgreifende Radikalisierung nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Der Autor hat das Standardwerk zur inneren Geschichte des Dritten Reiches von Grund auf aktualisiert, ergänzt und um ein Kapitel zur Verfolgung der Juden erweitert.

Hans Joachim Stahl

Ian Kershaw:
Deutscher Taschenbuch Verlag, München

Hitler
Gesamtausgabe in drei Bänden
2.424 Seiten, 50,-- EUR
ISBN 3-423-30841-9

Wie war Hitler möglich? In seiner umfassenden, auf die neueste Forschung gestützten Darstellung wählt der britische Historiker und NS-Experte Ian Kershaw einen neuen Ansatz: Die genaue Beschreibung von Herkunft und Aufstieg Hitlers und die Analyse seiner Verantwortung für die Entwicklung des Nationalsozialismus, den terroristischen Polizeistaat, für Krieg, Verfolgung und Völkermord verbindet er mit der eingehenden Darstellung der politischen Strukturen und sozialen Kräfte in Deutschland und Europa, die eine solche enorme Machtentfaltung erst ermöglichten. Das Werk Kershaws ist eine Biografie Hitlers und zugleich eine Geschichte des Nationalsozialismus und des „Dritten Reiches“. Kershaws Werk ist neben der Hitler-Biografie von Joachim Fest das Standardwerk, „[e]in modernes Meisterwerk“ („Der Spiegel“).

Der Hitler-Mythos
Führerkult und Volksmeinung
396 Seiten, 10,-- EUR
ISBN 3-423-30834-6

„Man kann ein Volk zwingen zu singen, aber man kann es nicht zwingen, mit solcher Begeisterung zu singen“, hieß es in einem Bericht der Sopade (Exil-SPD) über einen Auftritt Hitlers in München 1935. Wie lässt sich diese Begeisterung erklären, die Millionen Deutsche erfasste, selbst diejenigen, die dem nationalsozialistischen Regime eher skeptisch gegenüber standen? Ian Kershaw zeigt, dass der Kult um die Person Hitlers, ein Kernelement der NS-Herrschaft, nicht nur ein Produkt gezielter Propaganda war, die Joseph Goebbels für sich reklamierte. Auf der Grundlage profunder Quellenkenntnis gelingt es Kershaw, die Stimmung in der Bevölkerung einzufangen, die verschiedenen Strömungen zu verfolgen und die Entstehungsbedingungen und die Entwicklung des „Führer“-Kultes anschaulich zu machen.

Hitlers Macht
Das Profil der NS-Herrschaft
 267 Seiten, 10,-- EUR
 ISBN 3-423-30757-9

Wie war es möglich, dass Hitler, dessen Charakter und Herkunft ihn nicht dafür prädestinierten, von einer unscheinbaren Randfigur zum mächtigsten Mann Europas aufsteigen und es binnen weniger Jahre in Schutt und Asche legen konnte? Ian Kershaw gibt in seiner Untersuchung eine neu akzentuierte Antwort, indem er May Webers Konzept der „charismatischen Herrschaft“ konsequent auf die Analyse von Person und Rolle Hitlers anwendet: Die Akzeptanz uneingeschränkter persönlicher Machtausübung im Deutschland der späten Weimarer Republik ermöglichte es Hitler, im Bündnis mit den alten Machteliten die destruktive Dynamik des Nationalsozialismus in Gang zu setzen. Kershaws moderne Studie zeichnet ein klares Profil des NS-Regimes und verdeutlicht das Ineinanderverwirken von Hitlers persönlichem Machtanspruch, der Machtausübung durch die Partei und den Machtstrukturen des Systems.

Hans Joachim Stahl

Bernd Sösemann (Hg.):
Der Nationalsozialismus und
die deutsche Gesellschaft
Einführung und Überblick
 400 Seiten, 29,90 EUR – ISBN 3-421-05617-X
 Deutsche Verlags-Anstalt, München

Hitlers Diktatur bleibt die zentrale Epoche der neuen deutschen Geschichte. Die führenden deutschen Experten haben sich hier zu einem Überblickswerk zusammengefunden, das eine ebenso aktuelle wie verständliche Einführung in alle wesentlichen Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft darstellt. Neben Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik werden u. a. Propaganda, Universitäten, Film, Widerstand und die Situation der Frauen behandelt. Ein Anhang mit informativen Schaubildern und ein chronologischer Überblick ergänzen dieses Buch.

Unter den Autoren sind: Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Benz, Hagen Schulze, Peter Steinbach, Gisela Bock, Peter Longerich, Wolfgang Michalka, Jürgen Kocka.

Hans Joachim Stahl

Klaus-Jürgen Matz:
Wer regierte wann?
Regententabellen zur Weltgeschichte.
Von den Anfängen bis zur Gegenwart
 437 Seiten, 11,50 EUR - ISBN 3-423-32523-2
 Deutscher Taschenbuch Verlag, München

Wie hieß der Vorgänger Ramses' II. und welcher römische Kaiser folgte auf Diokletian? Wie lange regierten Karl-August von Sachsen-Weimar und die Zarin Katharina II.? Wer herrschte 1880 in El Salvador? Wer war beim Kriegsausbruch 1914 französischer Regierungschef? Auf solche und ähnliche Fragen nach den Männern und Frauen, die Geschichte machten oder von der Geschichte gemacht wurden, gibt dieses Buch zuverlässige Antwort.

Die Regententabellen verzeichnen Kaiser und Päpste, Zaren und Sultane, Könige und Landesfürsten, Präsidenten, Diktatoren und Regierungschefs sowie für uns wichtige Minister mit ihren Lebens- und Regierungsdaten in chronologischer Folge in insgesamt mehr als 340 untergegangenen oder noch existierenden Staaten und Territorien. Sie reichen vom Pharaos Menes (2950 v. Chr.) bis in die jüngste Gegenwart. Das Buch ist universalhistorisch angelegt, jedoch ist den Daten zur deutschen Geschichte ein besonders großer Raum gewidmet: Die Regenten zahlreicher früherer deutscher Territorien sind aufgeführt und für die Zeit nach 1918 die Regierungschefs der Länder sowie die Reichs- und Bundesminister.

Hans Joachim Stahl

Karen Armstrong:
Kleine Geschichte des Islam
 296 Seiten, 9,90 EUR – ISBN 3-442-76087-9
 Berliner Taschenbuch Verlag

Der Islam hat die meisten Anhänger weltweit, aber: Keine Religion wird in der westlichen Welt so gefürchtet und missverstanden. Die englische Religionswissenschaftlerin Karen Armstrong erläutert in ihrem gut recherchierten und spannend erzählten Buch Wesen und Motive des Islam von Beginn an, der Geschichte des Propheten Muhammad bis zum modernen islamischen Staat. Provokativ und intellektuell herausfordernd gelingt Karen Armstrong ein Gegenentwurf zu der Auffassung,

dass sich der Westen und der Islam notwendigerweise auf Kollisionskurs befinden müssen.

Hans Joachim Stahl

Gudrun Krämer:
Geschichte Palästinas
440 Seiten, 17,90 EUR - ISBN 3-406-47601-5
Verlag C. H. Beck, München

Die Geschichte des Heiligen Landes ist zwischen Juden und Muslimen ebenso umstritten wie der Besitz des Lande selbst. Gudrun Krämer schiebt in ihrer Darstellung den Schleier der religiösen Geschichtsbilder beiseite und erzählt fundiert und allgemeinverständlich die Geschichte Palästinas vom Beginn der osmanischen Herrschaft im 16. Jahrhundert bis zur Gründung des Staates Israel 1948. Dabei gelingt es ihr immer wieder, die Brisanz von scheinbar „harmlosen“ Aussagen zur Entwicklung von Politik und Gesellschaft deutlich zu machen. Den Auftakt bilden ein Überblick über die wechselnden Grenzen und Namen Palästinas seit der Antike und ein Kapitel über die Heiligkeit des Heiligen Landes für Juden, Christen und Muslime.

Hans Joachim Stahl

Bernard Wasserstein:
Jerusalem
Der Kampf um die heilige Stadt
432 Seiten, 24,90 EUR - ISBN 3-406-48871-4
Verlag C. H. Beck, München

Keine andere Stadt der Welt trägt so schwer an der Last ihrer Geschichte wie Jerusalem. Die heilige Stadt ist für Christen, Juden und Muslime von großer religiöser Bedeutung und sie liegt im Fadenkreuz der politischen Konflikte zwischen Arabern, Palästinensern und Israelis. Ohne eine Einigung über Jerusalem wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben. Bernard Wasserstein schildert den Kampf um Jerusalem vom 19. Jahrhundert, als dort die europäischen Mächte erstmals auf den Plan traten, bis hin zu den blutigen Ereignissen der letzten Wochen. Er entwirrt für den Leser das Knäuel der risalisierenden Kräfte und Interessen in der Stadt und er erklärt, warum so viele Friedensbemühungen gescheitert sind. Wasserstein versucht, allen am Konflikt beteiligten Parteien gerecht zu werden.

Hans Joachim Stahl

Bücher aus dem Bibliographischen Institut

Brockhaus Recht

848 Seiten, 49,95 EUR – ISBN 3-7653-0561-8
Brockhaus-Verlag, Mannheim

Die Vielzahl von Rechts-Ratgebern auf dem Buchmarkt zeigt, wie gefragt und wichtig kompetente Unterstützung in juristischen Angelegenheiten ist. Ratgeber haben bei der Mannheimer Brockhaus-Redaktion Tradition. Nach so erfolgreichen Titeln wie dem „Brockhaus für Eltern“ und dem „Brockhaus Ernährung“ ist jetzt mit dem **Brockhaus Recht** ein umfangreiches Kompendium erschienen, das die relevanten Themen rund ums Recht in einem Band bündelt und dabei vor allem auf die praktische Bedeutung der Gesetze abhebt. In über 4.200 Stichwörtern beantwortet der neue **Brockhaus Recht** die wichtigsten Fragen aus allen wesentlichen Rechtsgebieten. Dabei legt der Band den Schwerpunkt auf die Fragen, die für den Benutzer von praktischer Bedeutung sind, wie z. B. das Arbeitsrecht, Sozialrecht, Steuerrecht, Familienrecht und Verbraucherrecht.

Alle Texte wurden von juristischen Fachleuten mit langjährigem Praxisbezug geschrieben und von der Brockhaus-Redaktion auf Verständlichkeit hin bearbeitet. Der Band nennt viele Beispiele und gibt praktische Tipps und Hinweise, die teils im Text verankert und teils in rund 200 gesonderten Infokästen, Grafiken und Listen dargestellt werden. Ein zwölfseitiges Einführungskapitel erschließt das deutsche Rechtssystem im Zusammenhang. Hilfreiche Internetadressen geben Empfehlungen zur weitergehenden Recherche.

DUDEN: Das Bedeutungswörterbuch (Band 10)

Wortschatz und Wortbildung
1 140 Seiten – ISBN 3-411-04103-X -

DUDEN: Redewendungen (Band 11)

Wörterbuch der deutschen Idiomatik
960 Seiten – ISBN 3-411-04112-9 -

DUDEN: Zitate und Aussprüche (Band 12)

Herkunft und aktueller Gebrauch
960 Seiten – ISBN 3-411-04122-6 -

je Band 21,50 EUR

Dudenverlag Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich

Wer sich kein *X für ein U* vormachen lassen möchte, wer den Unterschied zwischen *anscheinend* und *scheinbar* beherrschen und sich bei der Suche nach *des Pudels Kern* nicht an seinem Hund vergreifen will, der sollte sich von den drei Neuauflagen aus der Standardreihe **Der Duden in 12 Bänden** beraten lassen.

Das Bedeutungswörterbuch liegt in 3., erweiterter und grundlegend erneueter Auflage vor. Der um 300 Seiten verstärkte Band behandelt mit 18 500 Stichwörtern, davon 2 500 Neuaufnahmen, den Grundwortschatz der deutschen Sprache und bietet die wesentlichen Informationen zu Wortschatz und Wortbildung des Deutschen. Der vergrößerte und aktualisierte Stichwortbestand enthält den Wortschatz des *Zertifikats Deutsch*. Damit eignet sich der Band auch hervorragend als Wörterbuch für alle Deutsch lernenden Ausländer. Rund 450 Sonderartikel zeigen die Systematik der deutschen Wortbildung. 75 neue Kästchenartikel zu leicht verwechselbaren Wörtern wie „real“ und „reell“ klären Zweifelsfälle.

Die **Redewendungen** liegen in 2., neu bearbeiteter Auflage vor. Der Band informiert über 10 000 feste Wendungen, Redensarten und Sprichwörter. Zu den 880 Neuaufnahmen zählen Redensarten wie *dumm gelaufen*, *lass*

stecken oder *bis der Arzt kommt*. Der Band erklärt die Redewendungen, beschreibt, woher sie stammen und wie sie angewendet werden können. Diese ausführlichen Erklärungen spiegeln zum Teil sehr unterhaltsam sprach- und kulturgeschichtliche Entwicklungen wider.

Die 2., aktuelle Auflage der **Zitate und Aussprüche** vereint rund 7 500 klassische und moderne Zitate von der klassischen Antike (*Carpe diem!*) bis zur modernen Werbesprache (*Ich bin drin!*). Das Wörterbuch erläutert die Herkunft der Zitate, verweist auf ihren ursprünglichen Zusammenhang und beschreibt den späteren und den heutigen Gebrauch. Der Band enthält einen Anhang mit einer Sammlung von Zitaten, Sentenzen, Bonmots und Aphorismen, die nach thematischen Gesichtspunkten geordnet sind: von A wie *Abendland* über *Beziehungen*, *Intelligenz*, *Klatsch* und *Liebe* bis Z wie *Zynismus*.

Die drei hier angezeigten Bände zeichnen sich durch modernes, zweifarbiges Layout und neue Typographie aus. Die neue Gestaltung der Wörterverzeichnisse mit der übersichtlichen Anordnung der Stichworteinträge und ein Griffregister machen die Nachschlagewerke benutzerfreundlich.

DUDEN: Basiswissen Schule

Einzelbände Mathematik, Informatik, Wirtschaft, Physik, Chemie, Biologie, Technik, Astronomie
je 21,- EUR

Die PISA-Studie, die auch in der Jugendhilfe heftig diskutiert, gewertet und ausgewertet wird, belegt u. a., dass Jugendliche zunehmend weniger lesen, zunehmend ungern lesen und wenn sie lesen den Lesestoff nur überfliegen und das Gelesene oft im Ganzen und auch in Teilen nicht einordnen, vergleichen oder überhaupt verstehen können. Paralleluntersuchungen zeigen, dass diese Jugendlichen dagegen zunehmend die neuen Medien nutzen, also den PC, und unvermindert gern fernsehen.

Das Bibliographische Institut hat eine neue Reihe **Basiswissen Schule** entwickelt, die diese Befindlichkeiten der Jugendlichen berücksichtigt. Die neue Reihe vereint und verlinkt die drei Medien Buch, Multimedia-CD-ROM für den PC und Internet. Die Schüler finden in der **Basiswissen**-Reihe Materialien für Referate, Prüfungen, Stundenvor- und –

nachbereitungen. Die Bände sind inhaltlich auf die Lehrpläne für die Schulen abgestimmt, das Grundlagenwissen wird knapp und verständlich dargeboten. Die Sachverhalte werden mit Illustrationen und Grafiken veranschaulicht.

Die Kapitel sind klar gegliedert. Der Leser orientiert sich an Hervorhebungen im Text. Kernaussagen oder wichtige Formeln (in der Mathematik) oder etwa physikalische Gesetze sind so auf einen Blick erkenntlich. Zusatzinformationen und Verweise auf relevante benachbarte Textabschnitte im Buch finden sich am Seitenrand. Fotos, Diagramme und Infografiken lockern das Layout auf. Der Lerninhalt wird an praxisnahen Beispielen erläutert.

Auf der letzten Umschlagseite eines jeden Buches ist eine Klarsichthülle aufgeklebt, die eine CD-ROM enthält. Die Bücher liegen in digitalisierter Form vor. Treffen sich Schüler zur Gruppenarbeit, reicht oftmals die CD-ROM, um kliffligen Fragen nachzugehen. Was die CD wertvoll macht: Textstellen kann man in andere Dokumente kopieren oder ausdrucken. Mit der Suchfunktion kann man Stichwörter und gewünschte Textstellen schnell auffindig machen.

Auf der CD-ROM finden sich Animationen, kleine Lehrfilme, die Sachverhalte verständlich machen. Ob Modelle von Molekülen oder die Laufbahn von Planeten – in dreidimensionaler Darstellung werden auch komplexe Dinge plötzlich plausibel.

Ein weiterer Pluspunkt der CD-ROM sind interaktive Rechenbeispiele – nicht nur im Band zur Mathematik, sondern auch in allen anderen naturwissenschaftlichen Fächern und in der Wirtschaft. Der Schüler verändert beispielsweise eine Variable und hat sofort das neue Ergebnis parat. So lassen sich durch Probieren und Experimentieren abstrakt erscheinende Formeln leichter durchschauen.

DUDEN-Schülerhilfen Deutsch und Mathematik

Aufsatz / Erzählen

Von der Erzählidee bis zum fertigen Text

Aufsatz / Bericht

Berichte entwerfen und verfassen

Flächen und ihre Berechnung 1

Dreiecke und Vierecke

Flächen und ihre Berechnung 2

Rechtwinkliges Dreieck und Kreis

Sachaufgaben lösen

Aufgabentexte entschlüsseln und Lösungswege finden

je 112 Seiten, 9,95 EUR

Dudenverlag Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich

Rechtschreibung und Aufsätze sind im Deutschunterricht der Sekundarstufe I entscheidend. Dazu sind in der Reihe **DUDEN-Schülerhilfen Deutsch** jetzt mehrere Bände in der 2., aktualisierten Auflage erschienen, die von Deutschlehrern anhand der Lehrpläne entwickelt wurden. Die Bände liefern systematisch die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zum Abfassen guter Erzählungen und Berichte und zur korrekten Rechtschreibung. Lustige farbige Illustrationen und Grafiken sowie Icons kennzeichnen die wichtigsten Regeln und Merksätze.

In der Reihe **DUDEN-Schülerhilfen Mathematik** sind die o. g. drei Titel in der 3., aktualisierten Auflage erschienen. Die Bände bereiten den Unterrichtsstoff gezielt auf, der dann anhand vieler Musteraufgaben mit detaillierten und verständlichen Lösungen gefestigt wird. Fachpädagogen haben die Lernhilfen schülergerecht und gemäß den aktuellen Lehrplänen konzipiert. Originelle Zeichnungen und optische Hilfen dienen der schnellen Orientierung, sie verweisen beispielsweise auf Formeln und Regeln, Merksätze sowie Übungsaufgaben und Lösungen.

DUDEN–Abiturhilfen Deutsch

Aufsatz Deutsch

Training für Klausuren und Abitur

Erzählende Prosatexte analysieren

Grundbegriffe und Methoden zur stilistischen Analyse erzählender Texte

Dramentexte analysieren

Grundbegriffe und Methoden, Beispiele und Übungen

jeder Band 112 Seiten, 9,95 EUR

Die drei Bände wurden für die 2. Auflage neu bearbeitet und aktualisiert. Beispiele und Musterklausuren bereiten gezielt auf das Abitur vor. Tipps von prüfungserfahrenen Lehrern, anschauliche Grafiken und das arbeitsorientierte Layout helfen bei der Abiturvorbereitung. Prägnante Symbole erleichtern die schnelle Orientierung und verweisen auf Lösungsvorschläge, Definitionen oder das Grundlagenwissen.

In der Sekundarstufe II werden die zentralen Aufsatztypen Inhaltsangabe, Textvergleich, Textanalyse und Problemerkörterung behandelt. Die **DUDEN-Abiturhilfe Aufsatz Deutsch** bereitet auf diese Aufgaben vor. Lösungsvorschläge, Modellaufsätze und reale Klausuraufgaben veranschaulichen die Lernziele.

Der Band **Erzählende Prosatexte analysieren** stellt die wichtigsten Grundbegriffe und Fragestellungen zusammen, die bei der Erschließung erzählender Texte benötigt werden. anhand von Beispieltexten und Interpretationsvorschlägen kann der Schüler die Textanalyse gezielt trainieren.

Der Band **Dramentexte analysieren** arbeitet die besonderen Merkmale der Textgattung hinsichtlich Aufbau, Erzählweise und Strukturelementen heraus. Er beantwortet Fragen zum Thema Dramenanalyse anhand zahlreicher Beispiele, praktischer Übungen und detaillierter Lösungsvorschläge.

DUDEN–Abiturhilfen Geschichte

Geschichte I

Von der Französischen Revolution bis zur Grundlegung der bipolaren Welt (1918)

Geschichte II

Von der Weimarer Republik bis zur Europäischen Union

112 Seiten, 9,95 EUR

Die beiden Abiturhilfen sind ein Trainingsprogramm für Klausuren und Prüfungen im Unterrichtsfach Geschichte. Die Bände bieten einen zusammenhängenden Überblick über die in

der Sekundarstufe II behandelten historischen Epochen von der Französischen Revolution bis zur Europäischen Union. Sie wurden von erfahrenen Lehrern anhand der Lehrpläne entwickelt. Die Schüler haben die Möglichkeit, die methodische Bearbeitung und Interpretation historischer Quellen zu üben und sich mit Hilfe von Originalklausuraufgaben auf Fragestellungen in der Abiturprüfung einzustellen. Lösungshilfen und Musterinterpretationen helfen dann, den eigenen Lösungsansatz zu überprüfen. Die Bände sind durch ihr klar strukturiertes Layout und die prägnanten Vignetten übersichtlich gegliedert und sehr benutzerfreundlich.

Hans Joachim Stahl

PC-Programme

Internet-Guide für Studien- und Berufsanfänger

CD-ROM, 16,90 EUR - ISBN 3-8032-4092-1 – United Soft Media Verlag, München

Für Schulabgänger ist das wichtigste Problem die Berufswahl. 400 anerkannte Ausbildungsberufe und die vielen oft unübersichtlichen Studienangebote bereiten Schulabgängern Schwierigkeiten und manchmal Ängste.

Der **Internet-Guide für Studien- und Berufsanfänger** auf CD-ROM gibt Informationen zur Entscheidungshilfe. Er bietet über 3 500 Links zu Fragen der Berufsausbildung, zum Studium oder zur Ausbildung, zu Studienfächern, Hochschulen, Praktika, Wehr- und Zivildienst. Die CD-ROM ist benutzerfreundlich aufbereitet, so dass Informationen gezielt abgerufen werden können. Ein umfangreiches Schlagwortregister und die übersichtliche Gliederung nach Themengebieten erleichtern die schnelle Orientierung. Mit Tipps zu Studium, Finanzierung, Bibliotheken, Bewerbung, Vorstellungsgespräch, Arbeitsverträgen usw. können sich die Schüler auf das Berufsleben oder das Studium gut vorbereiten.

Wörterbuch Pädagogik

CD-ROM, 19,90 EUR - ISBN 3-89853-165-1 Directmedia Publishing, Berlin

Die Aspekte der Theorie und Praxis von Bildung und Erziehung sind bereits seit Jahrhunderten Themen, die für jede Gesellschaft und ihre Zukunft von zentraler Bedeutung sind. Das Lexikon, basierend auf der 4., grundlegend überarbeiteten und erweiterten Auflage der Buchausgabe von Oktober 2000, stellt eine wichtige Wissensquelle dar: Es informiert in rd. 1.800 Artikeln über theoretische Ansätze und Konzepte der Pädagogik, praktische Aufgaben der Bildung und Erziehung, Bildungssysteme in Deutschland und allen europäischen Staaten und ihre Einrichtungen vom Kindergarten bis zur Hochschule. Ferner wurden biografische Kurzinformationen zu Pädagoginnen und Pädagogen, eine ausführliche Bibliographie der aktuellen Fachliteratur, relevante Internet-Adressen und ein Anschriftenverzeichnis wichtiger Einrichtungen und Verbände aufgenommen. Alle Texte können ausgedruckt oder in die Zwischenablage kopiert werden.

Geschichte der Philosophie

CD-ROM, 19,90 EUR - ISBN 3-89853-103-1
Directmedia Publishing, Berlin

Die CD-ROM enthält ungekürzte elektronische Ausgaben folgender Werke:

Darstellungen:

- Hegel: Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie
- Schelling: Zur Geschichte der neuen Philosophie
- Ludwig Feuerbach: Geschichte der neuen Philosophie von Bacon bis Spinoza
- Heinrich Heine: Zur Geschichte der Philosophie und Religion in Deutschland

Handbücher:

- Friedrich Albert Lange: Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart (1866, nach der erweiterten Ausgabe 1873/75)
- Wilhelm Windelband: Lehrbuch der Geschichte der Philosophie (1892, nach der 6. Auflage 1912)
- Karl Vorländer: Geschichte der Philosophie (1902, nach der 5. Auflage 1919)
- Johannes Hirschberger: Geschichte der Philosophie (1949 ff., nach der 13./14. Auflage 1991) © by Herder Verlag, Freiburg i.Br.

Lexika:

- Friedrich Kirchner: Wörterbuch der philosophischen Grundbegriffe (1886, nach der Neubearbeitung von Carl Michaelis 1907)
- Rudolf Eisler: Wörterbuch der philosophischen Begriffe (1899, nach der 2. Aufl. 1904)
- Rudolf Eisler: Philosophen-Lexikon. Leben, Werke und Lehren der Denker (nach der 1. Auflage 1912)
- Fritz Mauthner: Wörterbuch der Philosophie. Neue Beiträge zu einer Kritik der Sprache (1910/11, nach der 2. Auflage 1923).

Philosophie von Platon bis Nietzsche

CD-ROM, 19,90 EUR - ISBN 3-89853-102-3
Directmedia Publishing, Berlin

Ausgestattet mit komfortablen Suchmaschinen, integrierter Druckfunktion und der Möglichkeit, Texte in die Zwischenablage zu kopieren, ist die digitale Sammlung von Primärtexten ein unverzichtbarer elektronischer Helfer für alle, die sich mit Philosophie beschäftigen. Von zentralen Texten der antiken Philosophie führt die Volltextbibliothek über Mittelalter und Renaissance bis zur Philosophie der Neuzeit. Die CD-ROM enthält – neben einer Einleitung und illustrierten Biografien – u. a. ungekürzte Werke von Aristoteles, Augustinus, Francis Bacon, Giordano Bruno, Ludwig Büchner, Cicero, Charles Darwin, Meister Eckhart, Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach, Johann Gottlieb Fichte, Johann Wolfgang Goethe, Ernst Haeckel, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Johann Gottfried Herder, Thomas Hobbes, Wilhelm von Humboldt, Jean Paul, Immanuel Kant, Sören Kierkegaard, Gotthold Ephraim Lessing, John Locke, Niccolò Machiavelli, Marc Aurel, Karl Marx, Thomas Morus, Paul, Friedrich Nietzsche, Platon, Jean-Jacques Rousseau, Friedrich Schiller, Friedrich Schlegel, Friedrich Schleiermacher, Arthur Schopenhauer, Seneca, Baruch de Spinoza, Thomas von Aquin, Voltaire und viele, viele andere.

Marx/Engels: Ausgewählte Werke

CD-ROM, 49,90 EUR - ISBN 3-89853-111-2
Directmedia Publishing, Berlin

Die CD-ROM bietet auf 13.800 Bildschirmseiten die zu Lebzeiten veröffentlichten theoretischen Werke von Marx und Engels, wichtige Schriften aus dem Nachlass, eine repräsentative Auswahl aus den Artikeln, Polemiken und Analysen zum Zeitgeschehen, Dokumente und eine Zeittafel. Alle Texte verfügen über eine wortgenaue Seitenkonkordanz zu der Ausgabe **Marx/Engels: Werke (MEW)**.

Der Herausgeber hat aus dem riesigen Reservoir der MEW einen überzeugenden Extrakt zusammengestellt. Die CD-ROM enthält u. a.: **Karl Marx:** Doktordissertation; Zur Judenfrage; Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; Ökonomisch-philosophische Manuskripte; Thesen über Feuerbach; Die heilige Familie

(zus. mit Engels); Die deutsche Ideologie (zus. mit Engels); Das Elend der Philosophie; Manifest der kommunistischen Partei (zus. mit Engels); Lohnarbeit und Kapital; Der achtzehnte Brumaire; Zur Kritik der politischen Ökonomie; Lohn, Preis, Profit; Das Kapitel u.v.a.

Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England; Der deutsche Bauernkrieg; Anti-Dühring; Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft; Dialektik der Natur; Der Ursprung der Familie u.v.a.

Die elektronische Formelsammlung

CD-ROM – ISBN 3-89517-042-9 –

Das elektronische Tafelwerk

CD-ROM – ISBN 3-89517-636-2 –

MATHE zum Abitur

CD-ROM – ISBN 3-89818-165-0 –

je 29,95 EUR

Paetec Verlag, Berlin

Die CD-ROM **MATHE zum Abitur – 200 Standardaufgaben interaktiv gelöst** liefert ein sofort einsetzbares Hilfsmittel zur Lösung typischer Aufgaben des Mathematikunterrichts der gymnasialen Oberstufe. Mehr als 200 dynamische Arbeitsblätter zu Problemen der Analysis, der Analytischen Geometrie und linearen Algebra sowie der Stochastik können zur Lösung neuer Aufgaben eingesetzt werden. Veränderungen in den Eingabefeldern liefern unmittelbar neue Ergebnisse oder neue grafische Darstellungen. Damit lassen sich Aufgaben nach erfolgter Modellierung schnell lösen, überprüfen oder neu entwickeln. Die Arbeitsblattsammlung ist so ein Arbeitsmittel, das von aufwändigen Routinearbeiten entlastet.

Die Lösungswege folgen in der Regel schulüblichen Darstellungen, ohne dass jedoch immer jeder Schritt sichtbar wird. Insofern werden grundlegende mathematische Kenntnisse vorausgesetzt. Andererseits ist die Beispielsammlung auch als Lernhilfe nutzbar. Mithilfe vorbereiteter Lösungsalgorithmen und grafischer Lösungsvarianten lassen sich viele mathematische Zusammenhänge veranschaulichen und erarbeiten. Die Arbeitsblätter sind mit Mathcad 8 erstellt und können mit dem mitgelieferten Mathcad-Explorer bearbeitet werden.

Mathcad ist eine Kombination aus einer leistungsstarken Software für wissenschaftliche und technische Berechnungen und einem vollwertigen Textverarbeitungsprogramm. Dadurch ist es möglich, Berechnungen und grafische Darstellungen mit erläuternden Textelementen zu präsentationsreifen Dokumentationen zusammenzufügen.

Die Besonderheit von Mathcad besteht darin, dass Rechnungen und Diagramme dank eines integrierten Computeralgebrasystems dynamisch reagieren: Werden Eingabewerte oder Gleichungen geändert, berechnet Mathcad sofort neu und aktualisiert Ergebnisse und Diagramme. Und das auch, wenn das Mathcad-Arbeitsblatt beispielsweise in ein Word-Dokument eingebunden wird.

Die für die Arbeit mit den Rechenblättern erforderlichen minimalen Kenntnisse im Umgang mit Mathcad werden in einer kurze Einführung vermittelt. Weitere Hinweise auf den Arbeitsblättern selbst sollen dazu anregen, Mathcad auch über die Arbeitsblätter hinaus zu nutzen.

Hans Joachim Stahl

Termine

- 01.07. - 03.07.2002 **„Gut gebrüllt Löwe“ - Konfliktregelung in der Jugendhilfe**
MitarbeiterInnen in Allgemeinen Sozialen Diensten und ambulanten erzieherischen Hilfen
Landhotel Meier Gresshoff, Oelde
- 03.07. - 05.07.2002 **Gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern - Langzeitfortbildung mit Zertifizierung (2. Seminarblock)**
Sozialpädagogische Fachkräfte aus integrativ arbeitenden Tageseinrichtungen, die in 2002/2003 behinderte Kinder betreuen
Westf. Berufskolleg, Fachschulen Hamm
- 03.07. - 05.07.2002 **Lernen in Zusammenhängen - die Methode der Projektarbeit**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Kolpingbildungsstätte Coesfeld
- 04.07.2002 **Das Team - Gestaltungsmöglichkeiten für die Zusammenarbeit entdecken (Reflexionstag)**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Jugendhof Vlotho
- 05.07. - 06.07.2002 **„Nicht Fisch, nicht Fleisch“ - Pflegekinder im Übergang vom Kind zum Erwachsenen**
Fachkräfte der Adoptions- und Pflegekinderdienste, MitarbeiterInnen des Allgemeinen Sozialen Dienstes
Franz-Hitze-Haus, Münster
- 03.09.2002 **Familiäre Bereitschaftsbetreuung – Eine Alternative zur Heimunterbringung?**
MitarbeiterInnen und Leitungskräfte öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe
Franz-Hitze-Haus, Münster
- 04.09. – 05.09.2002 **Raumgestaltung – die Tageseinrichtung als Lebens- und Erfahrungsraum**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- 04.09. – 07.09.2002 **Werkpädagogik – Zertifikatskurs für WerkanleiterInnen in Jugendwerkstätten – Aufbaukurs zum Grundkurs III (Teil 1)**
WerkanleiterInnen in Jugendwerkstätten in Nordrhein-Westfalen
Jugendhof Vlotho
- 09.09. – 10.09.2002 **Beurkundungsrecht für Fortgeschrittene**
Urkundspersonen des Jugendamtes
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- 10.09. – 12.09.2002 **Traumatisierung von Pflegekindern**
FachberaterInnen der Westfälischen Pflegefamilien
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- 11.09.2002 **Die Haager Adoptionskonvention von 1993 – Aktuelle Fragestellungen und Austausch erster Praxiserfahrungen**
Franz-Hitze-Haus, Münster
- 11.09. – 13.09.2002 **Partizipation aber wie? Entwicklungspsychologische Grundlagen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Hilfen zur Erziehung**
MitarbeiterInnen aus Allgemeinen Sozialen Diensten und Diensten und Einrichtungen der erzieherischen Hilfen, insbesondere auch stationäre erzieherische Hilfen
Kath. Landvolkshochschule „Schorlemer Alst“, Warendorf-Freckenhorst
- 11.09. – 13.09.2002 **Gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern – Langzeitfortbildung mit Zertifizierung (3. Seminarblock)**
Sozialpädagogische Fachkräfte aus integrativ arbeitenden Tageseinrichtungen, die in 2002/03 behinderte Kinder betreuen
Westf. Berufskolleg Fachschulen Hamm
- 16.09. – 18.09.2002 **Die Arbeitsplanung – ein Kompass für den pädagogischen Alltag**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Kolpingbildungsstätte Coesfeld

-
- 16.09. – 20.09.2002 **Zertifikatskurs: Systemisch-lösungsorientiertes Arbeiten im Feld der Pflegekinderarbeit und Adoptionsvermittlung (4. Kurswoche)**
Fachkräfte der Pflege- und Adoptionskinderdienste und der Allgemeinen Sozialen Dienste
Heimvolkshochschule „Gottfried Könzgen“, Haltern
- 17.09. – 19.09.2002 **Jugendgerichtshilfe – Aufbaulehrgang**
MitarbeiterInnen der Jugendgerichtshilfe der öffentlichen und freien Träger;
MitarbeiterInnen der Allgemeinen Sozialen Dienste
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- 18.09.2002 **Singen mit Kindern – die eigene Stimme (wieder) entdecken (3. Fortbildungstag)**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Haus Ortlohn, Iserlohn
- 18.09. – 20.09.2002 **„Auf die Leitung kommt es an“ – sozialpädagogisches Management (3. Block)**
Sozialpädagogische Fachkräfte in Leitungsfunktionen
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- 18.09. – 20.09.2002 **Fachtagung für kommunale Jugendhilfeplanung in NRW**
JugendhilfeplanerInnen in Nordrhein-Westfalen
Politische Akademie Biggese, Attendorn
- 23.09. – 24.09.2002 **Kollegiale Beratung – gemeinsam Lösungskonzepte entwickeln**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Haus Ortlohn, Iserlohn
- 23.09. – 24.09.2002 **Das Außengelände – ein naturnaher Garten für Kinder**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- 30.09. – 01.10.2002 **Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern – eine fachliche und persönliche Herausforderung**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Jugendhof Vlotho
- 30.09. – 02.10.2002 **Die erweiterte Altersmischung – Chancen und Anforderungen bedarfsorientierter Gruppenstrukturen**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Landhotel Meier-Gresshoff, Oelde
- September 2002 **Pädagogische, psychologische und soziologische Fragen im Zusammenhang mit der Führung von Vormundschaften und Pflegschaften**
MitarbeiterInnen für Vormundschaften und Pflegschaften
- 01.10. – 02.10.2002 **Anleiten von BerufspraktikantInnen – ein gemeinsamer Lernprozess (2. Seminarblock)**
Sozialpädagogische Fachkräfte aus Tageseinrichtungen
Heimvolkshochschule Sorpese, Sundern-Langscheid
- 07.10. – 08.10.2002 **Aktuelle und spezielle Fragen der Heranziehung zu den Kosten gemäß § 91 ff. SGB VIII**
SachbearbeiterInnen der wirtschaftlichen Jugendhilfe
Heimvolkshochschule „Gottfried Könzgen“, Haltern
- 07.10. – 09.10.2002 **Gesprächsführung – die Kunst gegenseitiger Verständigung**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Heimvolkshochschule Sorpese, Sundern-Langscheid
- 23.10. – 25.10.2002 **Die Arbeit mit den Biografien der Kinder und Jugendlichen vor dem Hintergrund der eigenen Biografie (Aufbaulehrgang) Biografien II**
Fachkräfte aus Diensten und Einrichtungen der Erziehungshilfe, die bereits den Einführungslehrgang beim Landesjugendamt besucht haben, und auf Anfrage weiter interessierte Fachkräfte
Kath. Landvolkshochschule „Schorlemer Alst“, Warendorf-Freckenhorst
- 28.10. – 30.10.2002 **Viele Wege helfen der Familie**
MitarbeiterInnen in Allgemeinen Sozialen Diensten und Diensten und Einrichtungen der Erzieherischen Hilfen
Heimvolkshochschule „Gottfried Könzgen“, Haltern
- 28.10. – 29.10.2002 **Schulvorbereitung – der eigenständige Bildungsauftrag der Tageseinrichtung**
Pädagogische MitarbeiterInnen aus Tageseinrichtungen
Heimvolkshochschule Sorpese, Sundern-Langscheid

05.11. – 06.11.2002 **Arbeitstagung für LeiterInnen und leitende MitarbeiterInnen der Jugendämter in Westfalen-Lippe**
LeiterInnen und leitende MitarbeiterInnen der Jugendämter in Westfalen-Lippe
Schloss Herten